

## **Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen**

Die 5. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses findet am

**Mittwoch, 06.10.2021, 16:00 Uhr,**

im Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, Großer Sitzungssaal, statt.

---

### **A.      ÖFFENTLICHE SITZUNG**

1.      Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 01.09.2021
2.      Fragestunde
3.      Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung
4.      Gleichstellungsplan - Zwischenresümee 2021
5.      Sofortprogramm zur Stärkung unserer Innenstädte und Zentren in NRW
6.      Rubenspreis der Stadt Siegen, 14. Verleihung
7.      Musikpavillon Schlosspark - Gestaltungsvarianten
8.      Schaffung einer barrierearmen Verbindung zwischen Backes und Turnhalle in Trupbach
9.      Mittelbereitstellung für die Weiterführung des Brückenprojekts "Kinderbetreuung in besonderen Fällen für Kinder aus Flüchtlingsfamilien und vergleichbaren Lebenslagen" im Zeitraum 01.01.2022 - 31.12.2022
10.     Stadtteilzentrum Lindenberg
11.     Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung und außerplanmäßiger Mittel zur Errichtung des temporären Containergebäudes an der Albert-Schweitzer-Schule
12.     Sachstand zur Errichtung eines Ortes der Erinnerung an den ermordeten Siegener Bürger Bruno Kappi durch die Stadt Siegen

**B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG**

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 01.09.2021
2. Wichtige Verwaltungsangelegenheiten
3. Neubau Stützmauer (Ufermauer) 1877 An der Alche  
Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln
4. Anmietung des Gemeindezentrums der Ev. Erlöser-Kirchengemeinde Siegen für  
Zwecke der Kinder- und Jugendhilfe

**5. VERSCHIEDENES**

**6. MITTEILUNGEN AN DIE PRESSE**

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter [www.siegen.de](http://www.siegen.de) abrufbar.

---

Siegen, 24.09.2021

Der Bürgermeister

## **ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT**

### **über die 5. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses**

vom: **06.10.2021**  
von: **16:00 Uhr**  
bis: **17:05 Uhr**  
Ort: **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,  
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

#### **Anwesend waren:**

##### Vom Haupt- und Finanzausschuss:

Stv Weber, Frank	als Vorsitzender
Stv Boller, Joachim	
Stv Groß, Michael	
Stv Heupel, Rüdiger	vertritt Sondermann, Christian
Stv Keßler, Silvia	
Stv Klein, Henning	
Stv Klein, Marc	
Stv Könen, Wolfgang Max	vertritt Walter, Klaus Volker
Stv Langer, Günther	vertritt Bertelmann, Hans-Günter
Stv Molzberger, Adhemar	
Stv Rujanski, Detlef	
Stv Schiltz, Ingmar	
Stv Shirley, Julia	
Stv Steffe, Roland	
Stv Tigges, Johannes	
Stv Wittenburg, Samuel	

##### Als Zuhörer:

VA Schneider, Daniel (Personalrat)

Von der Verwaltung:

StK Cavelius  
StR Fries  
StBR Schumann  
VA Helmes  
VA Dr. Schutz  
Gleichstellungsbeauftragte Kratzel  
Städt. VR Runge  
StAR Schmelzer  
StAR Münker

Nicht anwesend waren:

Bürgermeister Mues, Steffen	
Stv Bertelmann, Hans-Günter	vertreten durch Stv Langer, Günther
Stv Sondermann, Christian Paul	vertreten durch Stv Heupel, Rüdiger
Stv Walter, Klaus Volker	vertreten durch Stv Könen, Wolfgang Max

## A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Die Tagesordnung wird im öffentlichen Teil um den nachgereichten Punkt 13 sowie im nicht-öffentlichen Teil um Punkt 5 (Tischvorlage) ergänzt.

## 1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 01.09.2021

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

**5. HFA 06.10.2021**

## 2. Fragestunde

Es wurden keine Anfragen eingereicht.

**5. HFA 06.10.2021**

### 3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

**5. HFA 06.10.2021**

#### 4. Gleichstellungsplan - Zwischenresümee 2021

Vorlage Nr. VL 522/2021

Frau Shirley merkt kritisch an, dass neben den Bemühungen um die Gleichstellung auch die gleichberechtigte Teilhabe im Blick gehalten werden sollte. Sie muss am Beispiel der Zusammensetzung des HFA mit nur zwei Frauen feststellen, dass dies nicht der Fall ist.

Auf die Nachfrage von Herrn Groß zur Definition und Besetzung der „Leitungsebene“ wird im Nachgang zur Sitzung mitgeteilt:

*Die Leitungsebene umfasst die Abteilungsleitungen, Arbeitsgruppenleitungen und Institutsleitungen mit insgesamt 84 Stellen, wovon zwei unbesetzt sind.*

##### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt das Zwischenresümee 2021 zum Gleichstellungsplan zur Kenntnis.

**5. HFA 06.10.2021**

#### 5. Sofortprogramm zur Stärkung unserer Innenstädte und Zentren in NRW

Vorlage Nr. VL 529/2021

Die Diskussion zwischen Herrn Groß, Herrn Langer, Herrn Schiltz und Herrn Runge zusammenfassend wird festgehalten, dass über die konkreten Maßnahmen im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften berichtet wird.

##### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt die Beteiligung der Stadt Siegen am „Sofortprogramm zur Stärkung unserer Innenstädte und Zentren in NRW“ mit einem Antragsvolumen von 512.279 Euro in dem Zeitraum 2021 bis 2023 zur Kenntnis.

**5. HFA 06.10.2021**

**6. Rubenspreis der Stadt Siegen, 14. Verleihung**

Vorlage Nr. VL 464/2021

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen verleiht den 14. Rubenspreis der Stadt Siegen im Jahre 2022 im Rahmen einer öffentlichen Sitzung des Rates am 26.06.2022 an Miriam Cahn, Basel.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen****5. HFA 06.10.2021****7. Musikpavillon Schlosspark - Gestaltungsvarianten**

Vorlage Nr. VL 505/2021

Herr Wittenburg erklärt, dass er sich für die Volt-Fraktion bei der Abstimmung enthalten wird, da sie mit dem Ergebnis nicht zufrieden sind und den Prozess nicht nachvollziehen können.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die Variante 1 planerisch weiterzuführen und baulich umzusetzen.

**Beratungsergebnis: 15 Stimmen dafür, 1 dagegen, 1 Enthaltungen**

Nein: Stv Steffe, Enthaltung: Volt

**5. HFA 06.10.2021****8. Schaffung einer barrierearmen Verbindung zwischen Backes und Turnhalle in Trupbach**

Vorlage Nr. VL 463/2021

Von Herrn Schiltz und Herrn Langer wird an die in den Ausschüssen gewünschten Anregungen zum Ersatzstandort für das betroffene Spielgerät und die Anbringung eines Handlaufs entlang des Weges erinnert.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Universitätsstadt Siegen

1. beschließt den Bau einer Rampe und die Ertüchtigung des anschließenden Weges sowie die damit verbundene Umgestaltung des Spielplatzes „Kleeweg“ zur Herstellung einer barrierearmen Verbindung zwischen Backes und Turnhalle in Trupbach,

2. beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des Projektes,
3. beauftragt die Verwaltung mit der Beantragung von Fördermitteln aus dem Dorferneuerungsprogramm des Landes NRW.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**5. HFA 06.10.2021**

9. **Mittelbereitstellung für die Weiterführung des Brückenprojekts "Kinderbetreuung in besonderen Fällen für Kinder aus Flüchtlingsfamilien und vergleichbaren Lebenslagen" im Zeitraum 01.01.2022 - 31.12.2022**

Vorlage Nr. VL 514/2021

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Mittelbereitstellung in Höhe von 93.600,00 € für Personal- und Sachkosten auf 06020100/5019000 + 5281000 für die Weiterführung des Brückenprojektes in der Hüttenstr. 16c in Siegen-Geisweid ab 01.01.2022

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**5. HFA 06.10.2021**

10. **Stadtteilzentrum Lindenberg**

Vorlage Nr. VL 453/2021

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Einrichtung eines Kinder- und Jugendhilfezentrums im Wohngebiet Lindenberg (Stadtteilzentrum Lindenberg) gemäß den inhaltlichen Eckpunkten dieser Vorlage zum 01.01.2022.
2. Für die Ausstattung der Einrichtung erfolgt eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung gem. § 83 Abs. 2 GO NW in Höhe von 30.000 € auf H060201117 für das Jahr 2021. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben bei H060201106 – Kita Breitscheidstraße, Umbau ehem. Hüttentalschule.
3. Für Personal- und Sachkosten werden ab dem Haushaltsjahr 2022 Personal und Sachkosten in Höhe von 270.000 € haushaltsneutral bereitgestellt.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**5. HFA 06.10.2021**

**11. Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung und außerplanmäßiger Mittel zur Errichtung des temporären Containergebäudes an der Albert-Schweitzer-Schule**

Vorlage Nr. VL 541/2021

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt gemäß § 85 i. V. m. § 83 GO NRW die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe 1.540.000,00 € für die Maßnahme H030102105 – Albert-Schweitzer-Schule, Containerbau. Die Deckung erfolgt aus T120204084 - Kreisverkehr Schleifmühlchen -.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt gemäß § 83 GO NRW die Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel im Jahr 2021 in Höhe von 10.000 Euro für die Maßnahme H030102105 - Albert-Schweitzer-Schule, Containerbau Erweiterung -. Die Deckung erfolgt aus H130101000 – Stadtgärtnerei Neubau Sozialgebäude -.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**5. HFA 06.10.2021**

**12. Sachstand zur Errichtung eines Ortes der Erinnerung an den ermordeten Sieger Bürger Bruno Kappi durch die Stadt Siegen**

Vorlage Nr. VL 394/2021

Auf Nachfragen verweist Herr Schmidt auf den Grundgedanken der Initiatoren, dass die Errichtung des Erinnerungsortes von der Stadtgesellschaft getragen werden sollte. Es ist keine Verwaltungsaufgabe. Insofern gilt sein Appell den politischen Vertreterinnen und Vertretern, die Initiative zu unterstützen. Das Spendenkonto wird vom Verein für Soziale Arbeit und Kultur verwaltet. Zwischenzeitlich sind ca. 22.000 Euro an Spenden eingegangen, die für die Arbeit des Künstlers eingesetzt werden sollen. Weitere Gelder werden für öffentlichkeitswirksame Aktionen und Ansprachen benötigt, die bisher aufgrund der Coronabeschränkungen nicht stattfinden konnten.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht und Planungsstand zur Errichtung eines Ortes der Erinnerung an den ermordeten Sieger Bürger Bruno Kappi zur Kenntnis.

Die städtischen Abteilungen sind aufgefordert, das Vorhaben weiter zu unterstützen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**5. HFA 06.10.2021**



**13. Aufstockung des Personals der Verkehrsüberwachung**

Vorlage Nr. VL 532/2021

Herr Fries erläutert verwaltungsseitig, dass im Vordergrund die Überwachung des ruhenden Verkehrs und die Geschwindigkeitskontrollen stehen. Neben den derzeitigen Einsatzzeiten sollen weitere Zeiten in den Abendstunden, den Wochenenden und bei Sonderveranstaltungen abgedeckt werden, ohne andere Zeiten bzw. Orte zu vernachlässigen. Verwaltungsseitig würde die Variante 1 favorisiert mit der Maßgabe, zu beobachten, wie sich die Umsetzung in der Praxis bewährt.

Als Ergebnis der Aussprache zwischen Herrn Groß, Herrn Langer, Herrn Schiltz, Herrn Weber, Herrn Wittenburg, Herrn Könen, Herrn Tigges, Herrn Steffe sowie verwaltungsseitig Herrn Fries und Herrn Cavelius wird festgehalten, dass auf Seiten der Fraktionen noch Beratungsbedarf zu den vorgeschlagenen Varianten besteht. Daher einigt man sich darauf, eine konkrete Festlegung erst im Rat zu treffen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Universitätsstadt Siegen empfiehlt dem Rat grundsätzlich die in der Vorlage dargestellte Aufstockung des Personals zur Überwachung des ruhenden Verkehrs im Stellenplan 2022 und die Ausweitung der Dienstzeiten zu beschließen und die Verwaltung mit der Umsetzung zu beauftragen. *Eine Festlegung auf eine der von der Verwaltung vorgeschlagenen Varianten wird erst im Rat erfolgen.*

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**5. HFA 06.10.2021**

gez. Frank Weber  
Vorsitzender

gez. Dorothee Münker  
Schriftführerin

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1  
Abteilung 1/1 Personal und Organisation  
Bearbeitet von Projektgruppe Gleichstellungsplan

Siegen, 03.09.2021

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Haupt- und Finanzausschuss**

**06.10.2021**

**Rat**

**27.10.2021**

Kurzbezeichnung:

**Gleichstellungsplan - Zwischenresümee 2021**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt das Zwischenresümee 2021 zum Gleichstellungsplan zur Kenntnis.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Nach dem Inkrafttreten des novellierten Gleichstellungsgesetzes Nordrhein-Westfalen (LGG NW) am 15.12.2016 konzentrieren sich die Neuregelungen des Gleichstellungsrechts auf fünf Schwerpunktziele:

1. Aus dem Frauenförderplan wurde ein Gleichstellungsplan
2. Quotenregelung entsprechend dem Dienstrechtsmodernisierungsgesetz
3. Präzisierung der Aufgaben und Rechte der Gleichstellungsbeauftragten (Stärkung der Position)
4. Gremienbesetzung
5. Geschlechtergerechte Sprache.

Hierauf geht der aktuelle Gleichstellungsplan detailliert ein.

Gemäß § 5 Absatz 7 LGG NW ist die Zielerreichung des Gleichstellungsplans nach spätestens zwei Jahren zu überprüfen. Nach der sechsten Fortschreibung gemäß dem Landesgleichstellungsgesetz NRW im Dezember 2018 – Laufzeit bis zum 31.12.2022 – liegt nun, nach der

Hälfte der aktuellen Laufzeit, ein von der Projektgruppe Gleichstellungsplan erarbeitetes Zwischenresümee vor.

Gemäß § 5 Absatz 7 LGG NW dienten als Datenbasis für dieses Resümee die Beschäftigtenzahlen und weitere Informationen mit dem Stichtag 31.12.2020.

Betrachtet wurden erneut, neben den reinen Frauenquoten, d.h. dem Verhältnis der Anzahl von weiblichen Beschäftigten zu den jeweiligen Gesamtbeschäftigtenzahlen in den verschiedenen Berufsgruppen, auch andere Aspekte, die die besondere Förderung von Frauen in den Fokus nehmen.

Diese weiteren Aspekte lassen sich größtenteils in 3 Themenbereiche untergliedern:

- ✓ Ausbildung
- ✓ Aufstiegsförderung / Frauen in Leitungsfunktionen
- ✓ Vereinbarkeit von Beruf und Familie bzw. Pflege.

Im Ausbildungsbereich konnte die Zielsetzung, die Quote weiblicher Auszubildender bei der Berufsgruppe „Technischer Dienst“ auf mindestens 50% zu erhöhen, erreicht werden. Der im letzten Gleichstellungsplan dargestellte Negativtrend bei den Ausbildungsberufen im „Gewerblichen Bereich“ (z.B. Gärtner/Gärtnerin, Straßenbauer/in) konnte gebrochen werden und geht mit einer Quote von 17,39% (4 von 23) in die Richtung der Zielplanung von mindestens 25% (Quote 2018 14,29%). Die Situation ist nach wie vor von gesunkenen Bewerberzahlen allgemein wie auch insbesondere im gewerblichen Bereich geprägt. Entsprechend niedrig war der Anteil von Bewerberinnen auf die ausgeschriebenen Ausbildungsberufe. So sanken die Bewerbungszahlen für die ausgeschriebenen Ausbildungsberufe, die der Berufsgruppe „Allgemeine Verwaltung“ zuzuordnen sind von 158 in 2018 auf jetzt 98 und bei den ausgeschriebenen Ausbildungsgerufen, die der Berufsgruppe „Gewerblicher Bereich“ zuzuordnen sind von 42 in 2018 auf 31 in 2020. Neben der Weiterführung aller bisherigen Aktivitäten soll insbesondere die Zusammenarbeit mit den Schulen weiter gefördert werden, um junge Menschen für die vielfältigen Ausbildungsmöglichkeiten bei der Stadtverwaltung zu gewinnen.

Intern sind in allen Bereichen der Stadtverwaltung, insbesondere dort, wo männliche bzw. weibliche Auszubildende unterrepräsentiert sind, alle Anstrengungen zu unternehmen, um Praktika für Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen, mehr Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen und so deutliche Zeichen für eine ausbildungsfreundliche Stadtverwaltung zu setzen. Auf die positiven Resonanzen (und die Bereitschaft, sich hier zu engagieren) anlässlich einer Befragung verantwortlicher Bereiche im Rahmen der Personalbedarfsplanung 2019/2020 kann an dieser Stelle erfreulicherweise hingewiesen werden. Pandemiebedingt konnten seit März 2020 kaum Praktikumsplätze vergeben werden. Lediglich in begründeten Einzelfällen konnten im studentischen Bereich einige wenige Praktika zur Vermeidung besonderer Härten abgeleistet werden.

Ausführliche Betrachtungen zum Ausbildungsbereich wurden im Bericht 2019/2020 zur Personalbedarfsplanung „Neue Wege – Investitionen in die Zukunft“ aufgezeigt.

Die Entwicklung bei der Frauenquote in Leitungsfunktionen stellt sich positiv dar. Sowohl die Zielplanungen bei den Leitungsebenen Abteilung, Arbeitsgruppen und Institut (Ziel: mind. 35% - erreicht: 36,90%) sowie auch bei den Stellvertretungen (Ziel: 26% - erreicht: 40,91%) wurden deutlich übertroffen. Diese erfreuliche Entwicklung unterstützt die Zielsetzung, mittelfristig eine Quote von 50% in den Leitungsstellen zu erreichen.

Nach wie vor gilt, dass es letztlich bei dem dritten Schwerpunkt dann auch nicht mehr „nur“ um die einzelnen Aspekte „Vereinbarkeit von Beruf und Familie bzw. Pflege“ geht, und es muss auch nicht mehr betont werden, dass dieses Themenfeld nur rein „weiblich“ besetzt ist. Zusammen mit weiteren Bereichen wie „Heimarbeit“, „Teilzeitangebot“ oder „Arbeitszeitgestaltung“ sind diese Aspekte Bausteine einer familienfreundlichen Unternehmenskultur der Stadtverwaltung Siegen und so für Frauen und Männer weiter auszubauen.

Die Auswirkungen der Pandemie etwa auf die weitere Entwicklung bei den Themen Heimarbeit, Teilzeit oder auch hinsichtlich gesundheitlicher Aspekte sind zu einem späteren Zeitpunkt aufzuarbeiten und zu bewerten.

Sowohl der Personalrat wie auch die Gleichstellungsstelle haben an der Erstellung dieses Zwischenresümées mitgewirkt.

**Finanzielle Auswirkungen** ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

**Veranschlagung**

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

**Klimaschutz**

<b>Klimarelevanz</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>			

gez.

Mues  
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage: [Microsoft Word - Zwischenresümee2021-0821.docx](#)

# Gleichstellungsplan

## - Zwischenresümee Stand 31.12.2020

### **Berufsgruppe Allgemeine Verwaltung**

Nach der Zielplanung soll die Beschäftigungsquote von Frauen ab Besoldungsgruppe A 10 LBesG bzw. EG 10 TVöD aufwärts bis zur nächsten Fortschreibung des Gleichstellungsplanes bis Ende 2022 von 42,54 (Stand 31.12.2018) auf 45% erhöht werden.

Mit Stand 31.12.2020 liegt eine Quote von 50,4% vor. Die angestrebte Quote ist damit bereits zur Hälfte der Laufzeit deutlich übertroffen worden. Von 131 Personen waren mit Stand 31.12.2018 57 Frauen in den betreffenden Gehaltsstufen, jetzt sind es 66 Frauen von erneut 131 Beschäftigten zum 31.12.2020.

### **Berufsgruppe Technischer Dienst**

Die Zielplanung sieht vor, den Frauenanteil in dieser Berufsgruppe von 36,57% (49 Frauen) auf 39% (52 Frauen) bis Ende 2022 zu erhöhen.

Mit Stand 31.12.2020 sind von 132 Beschäftigten in der Berufsgruppe 46 Frauen, das entspricht 34,85%. Da nach derzeitigem Stand lediglich 4 Beschäftigte der Berufsgruppe bis Ende 2022 ausscheiden, erscheint die Zielplanung gefährdet.

Festzuhalten ist – und das gilt für alle Berufsgruppen, dass Gleichstellung mit vielen Schwierigkeiten verbunden, und eine systematische Förderung nicht immer realisierbar ist.

Die Zielerreichung findet nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ihre Grenzen, wo ohne sachlichen Grund eine Benachteiligung oder Ungleichbehandlung anderer Personengruppen die Folge wäre. Für die Personalverwaltung ist zudem das Prinzip der Bestenauslese zu beachten, das beispielsweise von Verwaltungsgerichten bei der Einstellung, Funktionsübertragung und Beförderung von beamteten Beschäftigten detailliert überprüft wird. Eine zielgerichtete Förderung von Frauen ist damit zumindest erschwert.

Für die Berufsgruppe „Technischer Dienst“ ist hinsichtlich des prozentual eher geringfügigen Rückgangs darauf hinzuweisen, dass sich in den letzten Jahren zunehmend Frauen auf entsprechende Stellen bewerben, so dass mittelfristig eine Erhöhung des Frauenanteils möglich sein könnte.

### **Berufsgruppe Feuerwehr und Rettungsdienst**

Zielplanung ist es, den Frauenanteil in dieser Berufsgruppe auf mindestens 7 Frauen bis Ende 2022 auszuweiten. Zum Stand 31.12.2020 waren 6 von 96 Beschäftigten der Berufsgruppe Frauen, jetzt sind es 5 von 95. Die Quote betrug 2018 6,25%, zum Stand 31.12.2020 sind es 5,26%. Damit erscheint die Zielplanung kaum noch erreichbar.

Bei dieser Berufsgruppe sind Bewerbungen von Frauen sehr selten, was allerdings kein „Siegentypisches Problem“ darstellt. Im Bereich der „Freiwilligen Feuerwehr“ sind zunehmend Frauen engagiert. Allerdings kann daraus nicht abgeleitet werden, dass diese jungen Frauen eine

hauptberufliche Tätigkeit in der Feuerwehr anstreben, zumal hierfür eine handwerkliche abgeschlossene Ausbildung Voraussetzung ist.

#### **Berufsgruppe Gewerblicher Bereich**

Die Zielplanung sieht vor, den Frauenanteil in dieser Berufsgruppe auf 11% (mindestens 30 Frauen) anzuheben.

Zum Jahresende 2018 betrug der Frauenanteil in der Berufsgruppe lediglich 9,57% (27 von 282).

Zum 31.12.2020 ist der Frauenanteil mit 8,76% (24 von 274) erneut leicht gesunken. Die Erreichung der Zielplanung erscheint gefährdet, da nicht damit zu rechnen ist, dass von den bis Ende 2022 voraussichtlich ausscheidenden 9 Beschäftigten alle Stellen mit Frauen besetzt werden können.

Hinsichtlich der begrenzten Möglichkeiten zur Gegensteuerung wird auf die Ausführungen bei der Berufsgruppe „Technischer Dienst“ hingewiesen.

#### **Gewerblicher Bereich – Ausbildung**

Im Ausbildungsbereich soll versucht werden, die Frauenquote bis Ende 2022 auf mindestens 25% anzuheben, langfristig wird entsprechend der Zielsetzung des LGG NW eine Quote von 50% angestrebt. Ende 2018 betrug der Frauenanteil in diesem Bereich 14,29% (3 von 21), zum Ende 2020 liegt er bei 17,39% (4 von 23).

Zu berücksichtigen ist, dass in den klassischen gewerblichen Ausbildungsberufen (z.B. Straßenbau oder Gärtner/in) je nach Berufsfeld die Quote der Auszubildenden zwischen 0,00% (Straßenbau) und 20% (Gärtner/in) liegt. Im Zusammenwirken mit dem Prinzip der Bestenauslese, welches nur bei gleicher Eignung und Befähigung zur bevorzugten Berücksichtigung einer Bewerberin führt, sind die Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Erhöhung des Frauenanteils in den gewerblichen Ausbildungsberufen sehr begrenzt. Bei der Fortschreibung ist die Zielplanung insoweit neu zu bewerten. In den letzten Jahren sind die Bewerbungszahlen für den gewerblichen Bereich insgesamt rückläufig gewesen (10, davon 2 Frauen in 2018). Eine deutlich bessere Bewerbungslage ist dagegen aktuell (Stand 2020) zu konstatieren (31 davon 18 Frauen).

#### **Berufsgruppe Hausmeister/-innen**

Bis Ende 2022 soll die Quote weiblicher Beschäftigter auf 27% (mindestens 13 Frauen) ausgeweitet werden.

Mit Stand 31.12.2020 sind von den insgesamt 45 Beschäftigten der Berufsgruppe 9 Frauen. Dies entspricht einer Quote von 22,22% (2018: 25,00%). Obwohl bis Ende 2022 altersbedingt 5 Beschäftigte ausscheiden könnten, erscheint die Zielplanung aus heutiger Sicht gefährdet.

Hinsichtlich den begrenzten Möglichkeiten zur Gegensteuerung wird auf die Ausführungen bei der Berufsgruppe „Technischer Dienst“ hingewiesen.

#### **Berufsgruppe Lehrdienst (Musikschule, Volkshochschule)**

Zielplanung ist es, den Frauenanteil in der Berufsgruppe auf 50% zu halten. Ende 2018 waren von 45 Beschäftigten der Berufsgruppe 22 Frauen (48,89%). Nach vielen Jahren mit einer Quote um 50% war bei der letzten Fortschreibung beschlossen worden, diese Maßnahme aus der Betrachtung zu entfernen. Mit Stand 31.12.2020 sind 18 von 44 Beschäftigten Frauen. Die Quote weiblicher Beschäftigter ist in der Berufsgruppe mit 40,90% damit deutlich unter 50% gesunken.

Dies ist umso kritischer zu sehen, da altersbedingt wahrscheinlich erst nach der nächsten

Fortschreibung mit nennenswerten Abgängen zu rechnen ist. Da die Quote im zurückliegenden Betrachtungszeitraum so deutlich abgesunken ist, wird die Zielplanung der letzten Fortschreibung abgeändert auf die neue Zielplanung, wieder einen Frauenanteil von 50% anzustreben.

### **Geschlechtergerechte Sprache**

Die Generalklausel „dass aus Gründen der besseren Lesbarkeit nur die männliche Form genutzt wird und Frauen mitgemeint sind“ wird in städtischen Publikationen, soweit die Gleichstellungsstelle im Vorfeld Einsicht hatte, nicht mehr verwendet. Die Gleichstellungsstelle wird regelmäßig im Rahmen ihrer Beteiligungsrechte, zum Beispiel über neue Dienstvereinbarungen, informiert. Diese werden gemäß § 4 LGG NW unter anderem auf geschlechtergerechte Formulierungen geprüft und gegebenenfalls modifiziert.

Der von der Gleichstellungsstelle erarbeitete Leitfaden „Geschlechtergerechte Sprache“ für die praktische Anwendung bei der täglichen Arbeit wurde im August 2021 veröffentlicht.

### **Aufstiegsförderung**

Zielplanung ist die paritätische Besetzung von Frauen und Männern in den höheren Besoldungsbeziehungsweise Entgeltgruppen. In den Jahren 2019 und 2020 wurden 42 Stellen ab einer Wertigkeit der Besoldungsgruppe A 11 LBesG beziehungsweise Entgeltgruppe 10 TVöD aufwärts ausgeschrieben. Nach den durchgeführten Auswahlverfahren konnten 20 dieser Stellen mit Frauen besetzt werden und 18 mit Männern. Bei 4 Stellen war das Verfahren zu Redaktionsschluss noch offen.

Im Rahmen der Vortragsreihe „Vitamine über Mittag“ wurden bisher folgende Impulse zur Karriereförderung angeboten:

- 16.04.2015 Selbstmarketing im Beruf 15 TN
- 17.11.2016 Coaching – Was ist das eigentlich? 16 TN
- 19.04.2018 Mit gutem Gefühl in das interne Bewerbungsgespräch 5 TN
- 09.05.2019 Wenn das Gute nie genug ist – Wege aus der Perfektionismusfalle 12 TN.

Am 03.11.2016 wurde im Rahmen des Fortbildungskataloges das Seminar „Charakter gefragt – Karriereförderung für Frauen“ (12 TN) angeboten. Für 2021 ist eine Netzgründung für weibliche Führungskräfte geplant. Zur Zielgruppe gehören auch Stellvertretungen, um sie auf mögliche Führungsaufgaben vorzubereiten. Aktuell ist die für 10.06.2021 geplante Veranstaltung mit der Fachreferentin Susanne Zimmermann pandemiebedingt auf 07.10.2021 verschoben worden.



### **Anwendung der Richtlinien zur Stellenbesetzung**

Eines der Ziele der Stellenbesetzungsrichtlinien ist, bei jeder Stellenausschreibung eine Übereinstimmung des Anforderungsprofils mit den in der Ausschreibung beschriebenen Anforderungen zu erreichen. Angestrebt wird dabei, dass Anforderungsprofil und Gewichtung der Anforderungskriterien bei jeder Stellenbesetzung vor der Erstellung des Ausschreibungstextes vorliegt. Dabei ist darauf zu achten, dass der ggf. nachgereichte Gesprächsleitfaden inhaltsgleich mit den in der Ausschreibung beschriebenen Anforderungen übereinstimmt. Eine Projektgruppe wird in nächster Zeit an einer Novellierung der Richtlinien zur Stellenbesetzung arbeiten. Die Gleichstellungsstelle ist beteiligt.

### **Leitungsfunktionen**

Die Zielplanung sieht vor, dass die Frauenquote in Leitungsfunktionen auf den Ebenen Abteilungs- und Arbeitsgruppenleitung sowie Institutsleitung bis Ende 2022 mindestens 35% und die der stellvertretenden Leitungsfunktionen 26% erreicht. Ende 2020 beträgt die Quote bei den o.a. Leitungsfunktionen 36,90% (31,88% in 2018) und bei den stellvertretenden Leitungsfunktionen 40,91% (23,81% in 2018). Bei den sonstigen Leitungsfunktionen (z.B. Betriebsleitung) beträgt die Quote 31,03% (35,48 in 2018), bei den Stellvertretungen dieser Ebene beträgt die Quote Ende 2020 25% (36,36% in 2018 – relativ kleiner Personenkreis, daher nicht aussagekräftig).

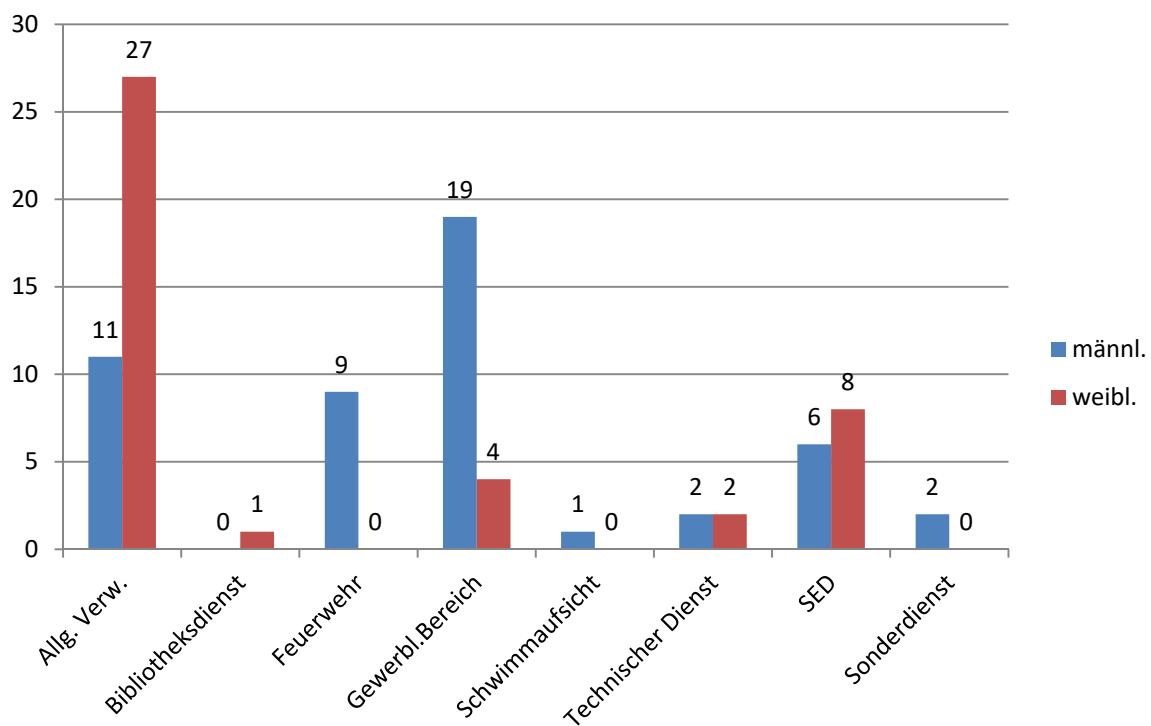
Zur Motivation und Förderung der Bereitschaft zur Übernahme von Leitungsverantwortung ist für 2021 die Bildung eines Netzwerkes für weibliche Führungskräfte durch die Gleichstellungsstelle geplant. Die Auftaktveranstaltung war für den 10.06.2021 terminiert und ist pandemiebedingt auf 07.10.2021 verschoben worden.

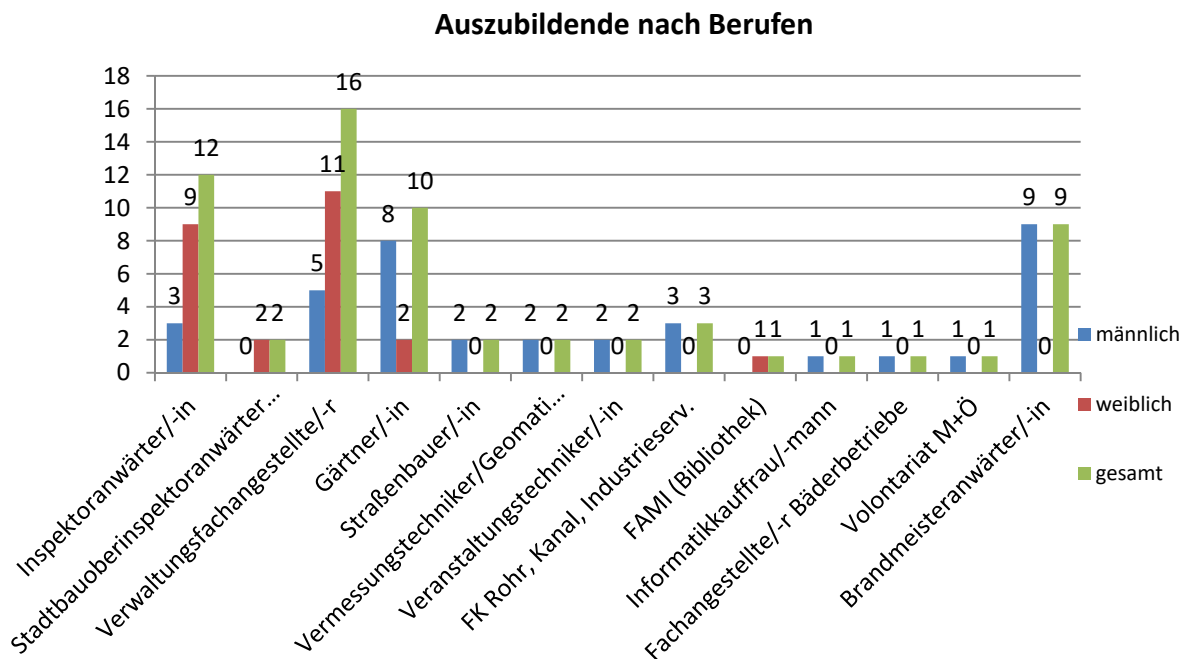
### **Ausbildung**

Die Frauenquote soll nach der Zielplanung in allen Ausbildungsberufen mit Ausnahme der Berufsgruppe „Allgemeine Verwaltung“ bis Ende 2022 deutlich angehoben werden. Dabei soll die Quote im gewerblichen Bereich auf mindestens 25% und in der Berufsgruppe „Technischer Dienst“ auf mindestens 50% steigen. Mit 17,39% (4 von 23 Auszubildenden) tendiert die Quote mit Stand Ende 2020 (Quote 2018 14,29%) im gewerblichen Bereich in die richtige Richtung.

Im Bereich „Technischer Dienst“ sind es mit Stand Ende 2020 50% (2 von 4 Auszubildenden), vgl. nachfolgendes Schaubild. Die Zielsetzung im Bereich „Technischer Dienst“ ist damit zum jetzigen Zeitpunkt erreicht, im gewerblichen Bereich befindet sich die Entwicklung der Frauenquote auf gutem Kurs. In der Berufsgruppe „Allgemeine Verwaltung“ ist die Zahl der weiblichen Auszubildenden von 21 auf 27 gestiegen (Quote 71,05%). Im „Sozial- und Erziehungsdienst“ ist die Anzahl der Berufspraktikantinnen (8 von 14) leicht gestiegen (Quote 57,14%), in der Berufsgruppe „Sonderdienst“ sind zwei Personen männlichen Geschlechts in Ausbildung und in der Berufsgruppe Schwimmaufsicht ist die eine Ausbildungsstelle männlich besetzt (Quote demnach jeweils 0%). Im Bereich der Berufsgruppe Bibliotheksdienst ist die eine Ausbildungsstelle weiblich besetzt (Quote 100%).

## Auszubildende + Praktika nach Berufsgruppen 2020





### Paritätische Besetzung von Gremien

Nach § 12 Absatz 1 LGG NW müssen in bestimmten Gremien Frauen mit einem Mindestanteil von 40% vertreten sein. Nicht gemeint sind damit regelmäßige interne Besprechungsrunden oder interne ad-hoc Arbeits- und Projektgruppen zu Einzelvorhaben. Für diese Gremien gilt der allgemeine Grundsatz der geschlechterparitätischen Gremienbesetzung gemäß § 12 Absatz 7 LGG NW. Der Rat und seine Ausschüsse sind nach § 12 Absatz 2 Satz 5 LGG NW von der Geltung ausgenommen. Dies trifft ebenso auf den Betriebsausschuss eines Eigenbetriebes zu, auf Personalräte, Integrationsräte, Seniorenbeiräte und ähnliche Gremien.

Zum Jahresende 2020 ist die Projektgruppe „Gleichstellungsplan“ überwiegend mit Frauen besetzt (5 Frauen / 1 Mann). Paritätisch beziehungsweise annähernd paritätisch besetzt sind die Projektgruppen „Erweiterung Siegerlandmuseum“ (6 Frauen / 6 Männer), „Neugestaltung Herrengarten“ (2 Frauen / 3 Männer), „E-Government“ (3 Frauen / 3 Männer) und „Digitale Rechnungslegung“ (3 Frauen / 4 Männer).

In den Projektgruppen „Mobilisierung preiswerter Wohnraum“ (1 Frau / 6 Männer), „Energie, Klimaschutz und Klimaanpassung“ (1 Frau / 13 Männer) und „Bau und Herrichtung von Tageseinrichtungen für Kinder“ (1 Frau / 6 Männer) konnten die Zielvorgaben dagegen nicht verwirklicht werden.

**Rückkehr aus Elternzeit / familienbedingter Beurlaubung**

Um die Arbeitsaufnahme nach Elternzeit oder einer familienbedingten Beurlaubung auf eine gleichwertige Stelle unter Verwirklichung des Wunsches nach Teilzeit zu stützen wird die Gleichstellungsstelle insbesondere bei Umsetzungsschwierigkeiten eingebunden. Die Arbeitsgruppe Personal informiert die Gleichstellungsstelle quartalsweise über voraussichtliche Rückkehrfälle. Zusätzlich zu den Beratungen der Gleichstellungsstelle weist die Arbeitsgruppe Personal die Beschäftigten nach Antragstellung schriftlich darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, auf Antrag auf die Angebote und Informationen des städtischen Intranets (Infoportal) zuzugreifen.

Neben der Realisierung der Zugriffsmöglichkeit für alle städtischen Schulsekretariate wurden im Jahr 2020 14 weitere entsprechende Anfragen realisiert, so dass mit Stand Ende 2020 jetzt 70 Zugriffsmöglichkeiten realisiert werden konnten.

Die Gleichstellungsstelle überarbeitet derzeit die Broschüre „Infos und Tipps von Schwangerschaft bis Elternzeit“, die zu gegebener Zeit mit Personalrat und der Arbeitsgruppe Personal abgestimmt wird.

**Männer im Mainstream**

Die Stadt Siegen unterstützt den durch das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) geschaffene Möglichkeit für Männer, von den Möglichkeiten der Beurlaubung und Teilzeit Gebrauch zu machen. Im maßgeblichen Zeitraum (Anfang 2019 bis Ende 2020) haben 14 männliche Beschäftigte Elternzeit beantragt. In zwei weiteren Fällen erfolgte während eines Teils der Elternzeit eine Beschäftigung in Teilzeit.

Aufgrund zahlreicher Anfragen an die Gleichstellungsstelle bezüglich männerspezifischer Personalentwicklungsangebote und der Veränderung der Männerrolle in der Gesellschaft war im Betrachtungszeitraum eine Fachveranstaltung in Planung, die jedoch aufgrund der Pandemie nicht stattfinden konnte.

### **Vereinbarkeit von Pflege und Beruf**

Um Kolleginnen und Kollegen im Bedarfsfall bestmöglich unterstützen zu können, ist die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, so wie auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, als weitere Säule in die Unternehmenskultur der Stadtverwaltung Siegen integriert. Ziel bleibt, weiter erfolgreich an der Umsetzung der Rahmenbedingungen zu arbeiten. Hierbei werden Beschäftigte über wesentliche gesetzliche und tarifliche Regelungen sowie betriebliche und regionale Beratungsstellen und andere Unterstützungsmöglichkeiten informiert.

Für die zurückliegenden zwei Betrachtungsjahre wurden keine Anträge auf Freistellung auf Grundlage des Pflegegesetzes oder einer Arbeitszeitreduzierung auf Basis des Familienpflegegesetzes erfasst.

Nach einem Vortrag im Rahmen der von der Gleichstellungsstelle organisierten Veranstaltungsreihe „Vitamine über Mittag“ in 2017 hat die Buchautorin Birgit Lambers unter dem Titel „Wenn die Eltern alt werden, sich kümmern ohne krank zu werden“ am 06.03.2019 erneut ein Seminar mit 15 Teilnehmern/innen und am 13.10.2020 ein Seminar mit 12 Teilnehmern/innen im Rahmen des städtischen Fortbildungsprogramms durchführen können. Die Veranstaltung „Beim Pflegen gesund bleiben – Kinaesthetics für pflegende Angehörige“, die für 2019 geplant war, musste wegen zu geringer Anmeldezahlen leider ausfallen.

### **Heimarbeit**

Die Zielvereinbarung des aktuellen Gleichstellungsplans betont, dass die Einrichtung von Arbeitsplätzen für Heimarbeit als wertvoller Baustein zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie betrachtet wird. Fünf Jahre nach Abschluss der Dienstvereinbarung (2015) sollte eine Evaluation vorgenommen und die Dienstvereinbarung ggf. angepasst werden.

Zum 01.11.2020 ist die neue „Dienstvereinbarung über mobiles Arbeiten“ in Kraft getreten. Hiernach setzt das Arbeiten im Homeoffice einen Antrag der Beschäftigten und den Abschluss einer Individualvereinbarung voraus.

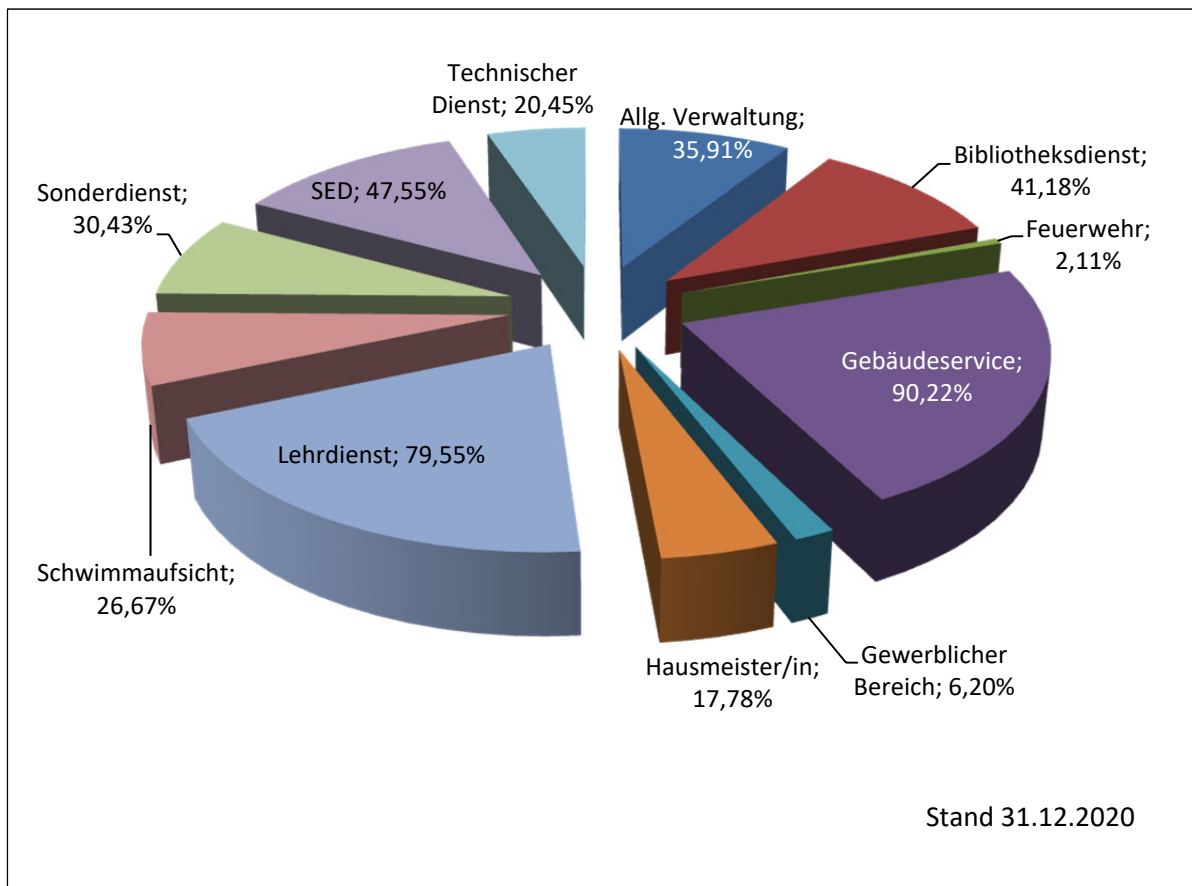
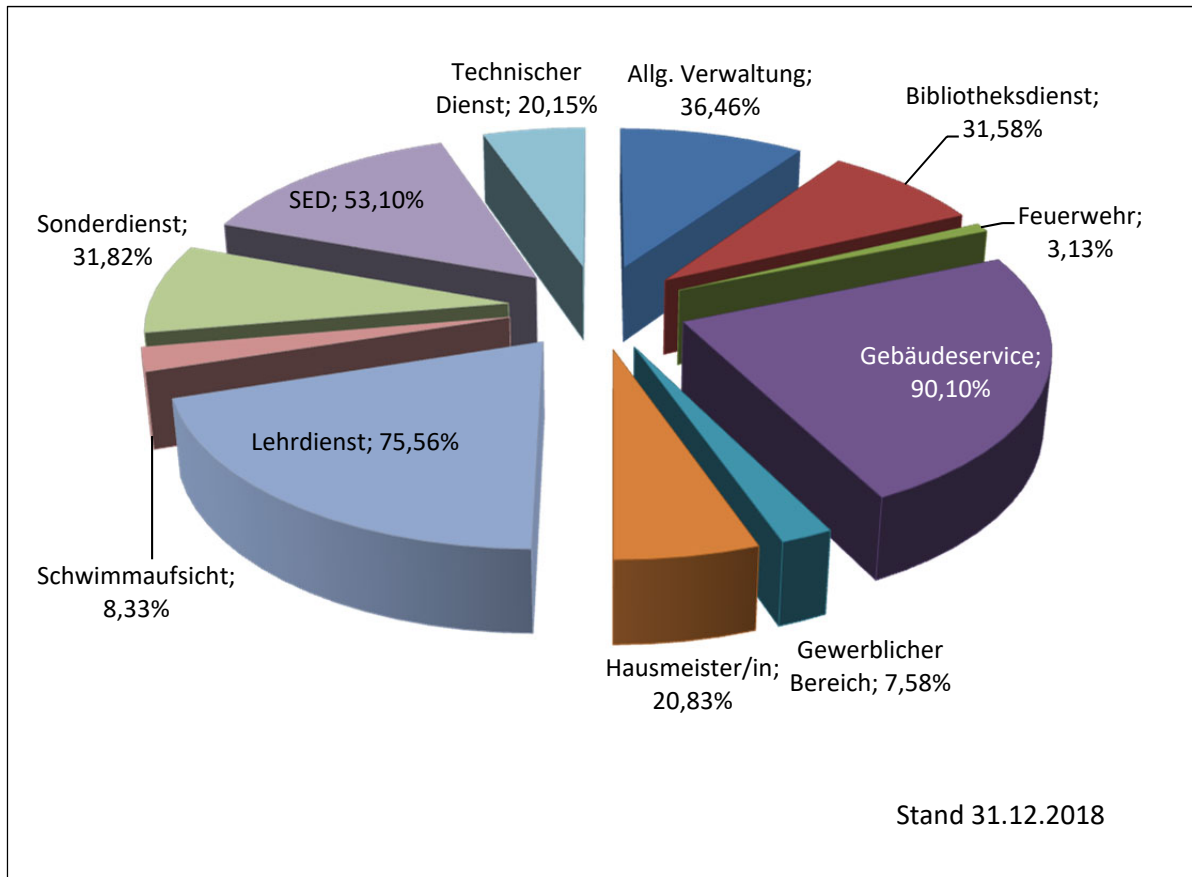
Außerhalb des Geltungsbereiches der Dienstvereinbarung, also auch ohne das vorgeschriebene Verfahren, wird bis auf Weiteres das Arbeiten im Homeoffice aus pandemiebedingten Gründen (u.a. Sicherstellung von Redundanzen, Betreuung in Quarantäne befindlicher Familienangehöriger) nach Absprache mit der Abteilung 1/1 Organisation und IT ermöglicht, wenn sich die dienstlichen Aufgaben dazu eignen und die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes nicht gefährdet wird. Aus verschiedenen Gründen kann derzeit keine exakte Aussage über die Einzelnachfrage getroffen werden, da kurzfristig organisations- und ressourcenbedingt mobile Endgeräte zur Verfügung gestellt wurden, die teilweise wechselweise innerhalb der Organisationseinheiten genutzt werden.

**Verbesserung des Teilzeitangebotes**

Die Zielplanung sieht vor, konsequent alle Stellen auch in Teilzeit auszuschreiben (s. § 8 (6) LGG). Dies schließt die Funktionsstellen ein. Dieser Grundsatz wird nahezu durchgehend eingehalten. Die Besetzung von Funktionsstellen in Teilzeit ist aber weiterhin die Ausnahme. Problematisch ist hin und wieder, dass die Wünsche bezüglich des Umfangs und der Verteilung der Arbeitszeit nicht immer mit den dienstlichen Belangen in Einklang gebracht werden können. Es empfiehlt sich, die Gründe, die einer Besetzung in Teilzeit entgegenstehen, aktenkundig zu machen.

Zum Stichtag 31.12.2020 lag der Gesamtanteil der Teilzeitbeschäftigten bei 446 (bei 1398 berücksichtigten Beschäftigten insgesamt). Hiervon sind 383 weibliche und 63 männliche Beschäftigte. Die Teilzeitbeschäftigten sind – wie dem nachfolgenden Diagramm entnommen werden kann – in den dargestellten Berufsgruppen tätig.

## Teilzeitbeschäftigungsquoten in den Berufsgruppen



### **Arbeitszeitänderungen**

Ziel ist es, Anträgen der Beschäftigten auf Arbeitszeiterhöhungen bzw. –reduzierungen zu entsprechen, sofern keine dienstlichen Belange entgegenstehen. Lediglich zwei Antragsablehnungen waren in den Jahren 2019 und 2020 zu verzeichnen.

Im Berichtszeitraum wurden seit Anfang 2019 205 Arbeitszeiterhöhungen und 206 Arbeitszeitreduzierungen durchgeführt (beinhaltet Mehrfachnennungen). Arbeitszeiterhöhungen und –reduzierungen erfolgten teils auf Antrag der Beschäftigten und teils aus organisatorischen bzw. personalwirtschaftlichen Gründen.

Bei 168 weiblichen und 37 männlichen Beschäftigten erfolgte eine Erhöhung der Arbeitszeit. Bei 167 weiblichen und 39 männlichen Beschäftigten erfolgte eine Reduzierung der Arbeitszeit.

### **Schulsekretariate**

Die Zielplanung sieht vor, das Netzwerk Schulsekretärinnen regelmäßig einzuberufen, um die besonderen Arbeitsbedingungen an den städtischen Schulen besser berücksichtigen zu können. Das letzte Treffen des Netzwerkes hat am 16.05.2019 stattgefunden. Eine Bedarfsabfrage im Februar 2020 war negativ. Für 2021 ist ein weiteres Treffen geplant.

### **Leistungszuschläge / Leistungsentgelte**

Das Instrument der „LOB“, der „Leistungsorientierten Bezahlung“ nach § 18 TVöD hat in den vergangenen Jahren kontinuierlich an Akzeptanz bei Führungskräften und Beschäftigten gleichermaßen verloren. Dies ist sowohl dem Verwaltungsvorstand als auch dem Personalrat nicht verborgen geblieben. Die Leistungsorientierte Bezahlung soll daher künftig pauschal ausgeschüttet werden. Ergänzt wird dies um ein verpflichtendes Mitarbeitergespräch mit Zielvereinbarung. Von den neuen Möglichkeiten des § 18 a TVöD soll kein Gebrauch gemacht werden.

### **Beteiligungsrecht der Gleichstellungsstelle**

Die Zielplanung sieht vor, die Gleichstellungsstelle gemäß § 18 LGG NW frühzeitig und im Vorfeld über beabsichtigte Maßnahmen zu unterrichten und anzuhören, insbesondere, wenn von formalen Verfahren abgewichen wird oder beabsichtigte Maßnahmen verändert werden. Die Gleichstellungsstelle ist in die Entscheidungsgespräche mit einzubinden. Dies gilt für alle sozialen, organisatorischen und personellen Maßnahmen.

Grundsätzlich ist in den zurückliegenden zwei Betrachtungsjahren die Gleichstellungsstelle regelmäßig per Zuschrift über beabsichtigte Maßnahmen informiert und formal beteiligt worden. Zusätzlich finden Monatsgespräche zwischen der Gleichstellungsstelle und Abteilung 1/1 statt.

### **Fortbildung von Führungskräften zum Thema Gender Mainstreaming**

Da Gender Mainstreaming ein Thema für die gesamte Verwaltung bleibt, sollen insbesondere die Führungskräfte für diese Problematik sensibilisiert werden. Eine für 2020 geplante Vortragsveranstaltung musste aus organisatorischen Gründen abgesagt werden. Die Arbeit am neuen „Leitfaden zur geschlechtergerechten Sprache“ ist abgeschlossen. Die Veröffentlichung steht noch aus.



**Fortbildungsangebote zu den Themen Konflikte, Mobbing und Sexuelle Belästigung**

Zur Sensibilisierung der Beschäftigten wurden zuletzt im Verlauf des Jahres 2018 eine Reihe von themenbezogenen Veranstaltungen durchgeführt. Unabhängig von Informations- und Sensibilisierungsmaßnahmen steht jederzeit der Betriebliche Ansprechpartner – Prävention (BAP-P) Sucht und Prävention mit Beratungs- und Hilfsangeboten zur Verfügung.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1  
Bereich: Wirtschaftsförderung  
Bearbeitet von: Diana Zilz

Siegen, 08.09.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

<b>Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften</b>	<b>23.09.2021</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>06.10.2021</b>
<b>Rat</b>	<b>27.10.2021</b>

Kurzbezeichnung:

### **Sofortprogramm zur Stärkung unserer Innenstädte und Zentren in NRW**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Beteiligung der Stadt Siegen am "Sofortprogramm zur Stärkung unserer Innenstädte und Zentren in NRW" mit einem Antragsvolumen von 512.279 Euro in dem Zeitraum 2021-2023 zur Kenntnis.

#### **Sachverhalt / Begründung:**

Die Corona-Pandemie hat den Strukturwandel in deutschen Innenstädten – und hier besonders im stationären Einzelhandel – stark beschleunigt. Während einerseits die Digitalisierung einen erheblichen Sprung gemacht hat und auch der Handel davon profitiert, machen sich punktuell neue Leerstände sichtbar. Äußere, nicht beeinflussbare Umstände, wie lange Lockdown-Phasen, haben auch die Bereinigung des Filialnetzes einiger Unternehmen zeitlich forciert. Viele Händlerinnen und Händler waren Existenzängsten ausgesetzt und mussten flexibel auf regelmäßig neue Verordnungen reagieren. Dennoch wurde im Handel und in der Gastronomie optimistisch an mutigen, kreativen und innovativen Ideen gearbeitet, um weiterhin für die Kunden da zu sein und das Geschäft fortzuführen. Im Bereich der Wirtschaftsförderung wurde eine deutliche Steigerung des Beratungsbedarfs festgestellt. Insbesondere die explizit eingerichtete Service-Hotline für Gewerbetreibende wurde sehr stark nachgefragt.

Das Land hat zur Stärkung der Innenstädte und Zentren in NRW erstmals im Sommer 2020 ein Fördervolumen von 70 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, um von Leerstand und Schließungen in Handel und Gastronomie betroffene Städte und Kommunen zu unterstützen.

Weitere 30 Mio. Euro wurden im zweiten Aufruf zur Verfügung gestellt.

Allgemeine Zielsetzung des Förderprogramms ist die Stärkung der Innenstädte und Zentren, insbesondere vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie.

Das Programm umfasst vier Handlungsfelder:

1. Den **Verfügungsfonds Anmietung**, im Kern mit der vorübergehenden Anmietung leerstehender Ladenlokale durch die Kommunen zur Etablierung neuer Nutzungen und Belebung der Fußgängerzone.
2. Das Unterstützungspaket **Einzelhandelsgroßimmobilien**, die aktuell von Filialschließungen großer Warenhäuser betroffenen Städte und Gemeinden werden gestärkt, um durch die Konzentration von Immobilien-Knowhow gegenüber den Eigentümern auf Augenhöhe agieren und Nachnutzungsperspektiven entwickeln zu können.
3. Den **Zwischenerwerb von Einzelhandelsimmobilien**, da leerstehende Einzelhandelsimmobilien oft Gegenstand von Immobilienspekulationen werden. Den Kommunen wird der Zwischenerwerb von Gebäuden ermöglicht, um die Verfügungsgewalt über die Objekte zu erlangen.
4. Der **Anstoß eines Zentrenmanagements**, in Folge von massivem Leerstand ist ganz konkret zu prüfen und zu entscheiden, ob die Konzentration von Handelslagen erforderlich ist und, wenn ja, wo diese räumlich und in welcher Form stattfinden soll. Hier sollen Beratungs- und Planungsangebote helfen, ein Zentrenmanagement (max. 100.000 Euro für zwei Jahre) anzustoßen.

Nach den Förderbedingungen bedurfte es für die Antragstellung keines Ratsbeschlusses. Die Entscheidung der Verwaltungsspitze war für den Antrag ausreichend, daher erfolgte die Beschlussfassung zur Beteiligung an dem Förderprogramm im Verwaltungsvorstand. Der Rat ist über die Antragstellung zu informieren. Die notwendigen Eigenmittel von 10 % werden im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung berücksichtigt.

Der Siegener Förderantrag zum „Sofortprogramm Innenstadt“ wurde unter dem Leitmotiv „Neue Wege – neue Perspektiven für den Einzelhandel in der Siegener Innenstadt“ in enger Kooperation durch die Wirtschaftsförderung, Stadtentwicklung und die Stadtmarketing GmbH erarbeitet. Ansatzpunkte für eine Förderung in Siegen sind der Förderbaustein 1 – Verfügungsfonds Anmietung – und der Baustein 4 – Anstoß eines Zentrenmanagements –.

Da die Innenstadt mit Schwerpunkten im inhabergeführten Einzelhandel und im nicht nahversorgungsrelevanten Sortiment aktuell am deutlichsten von der Corona-Pandemie betroffen ist, sollen Finanzmittel und personelle Ressourcen für den Verfügungsfonds dort gebündelt werden. Der **Verfügungsfonds Anmietung** eröffnet die Möglichkeit zur Anmietung von **bis zu 10 Ladenlokalen** in der Fußgängerzone Bahnhofstraße und Kölner Straße.

Förderfähig ist die Anmietung eines Ladenlokals in Höhe von bis zu 70 % der Altmiete (kalt), bei einer maximalen Objektgröße von 300 m<sup>2</sup>. Bei der Weitervermietung darf die Altmiete um bis zu 80 % reduziert werden. Ein Ladenlokal mit einer Ausgangskaltmiete von z. B.

10 Euro /m<sup>2</sup> kann durch die Stadt für 7 Euro angemietet werden und für 2 Euro weitervermietet werden. Die Anmietung durch die Stadt erfolgt nur, wenn es zeitgleich einen konkreten Interessenten gibt, damit eine direkte Weitervermietung sichergestellt ist.

Funktionsfähige, vitale Innenstädte sowie deren Urbanität und Attraktivität hängen vom Einzelhandels- und Gastronomiebesatz ab, sind jedoch perspektivisch durch interessante Nutzungsmischungen zu ergänzen. Dazu gehören neben dem Handel und der Gastronomie z. B. auch Handwerk / Produktion (z. B. kleine Manufakturen), Bildung, Kultur und Kommunikation als Innenstadt prägende Elemente zu stärken und multifunktionale Stadtstrukturen zu ermöglichen. Auch urbane Manufakturen, die durch Handarbeit und höchste Wertigkeit Produkte zu etwas Besonderem machen, Ateliers verschiedener Art und kleine individuelle Gewerbe sorgen für vitale und frequentierte Zentren. Kurzzeitvermietung von Ladenflächen und flexible Mietverträge ermöglichen es einen neuen Markt zu schaffen, der künftig auch junge Ladenbetreiber mit innovativen Konzepten ins Stadtbild integrieren kann. Kleine Marken, Manufakturen und innovative, interessante Konzepte können auf diese Weise freie Ladenflächen belegen und den Branchenbesatz nachhaltig bereichern. Dabei gilt es Gestaltungsspielräume zu eröffnen, junge, innovative Konzepte zu unterstützen und möglichst langfristig zu etablieren.

Dies setzt voraus, dass sich Immobilieneigentümer offen gegenüber neuen Nutzungskonzepten und Zielgruppen zeigen. Damit einhergehend ist die Bereitschaft vorübergehend geringere Mieteinnahmen zu erwirtschaften, was neue Nutzungsoptionen eröffnen und langfristig dennoch einen wirtschaftlichen Betrieb der Immobilie sichern kann.

Bei der Weitervermietung der Gewerbeflächen im Konzentrationsbereich sollen frequenzbringende, innovative Nutzungen ermöglicht werden:

- Einzelhandels- und Gastronomie Start-ups (auch als Pop-up denkbar),
- Gründungen mit innenstadtaffinen Sortimenten aus dem Haus der Innovation,
- Manufakturen (Kleinbetriebe, Schmuck, Taschen o.ä.) und Ateliers mit Verkauf,
- Showroom u. Store für digitalen Einzelhandel,
- Direktvermarktung regionaler Produkte,
- Neue Angebote von Lieferservices, Verteilstationen, neue Mobilität,
- Kulturwirtschaftliche Nutzung u. nachbarschaftliches Engagement (Repair-Café o. ä.),
- Dienstleistungsgewerbe mit Publikumsverkehr

Das Förderprogramm bietet bei Start-Ups z. B. eine gute Einstiegschance das jeweilige Geschäftskonzept einem breiten Publikum zu präsentieren und den Standort Innenstadt „anzutesten“. Auch zukünftig sind die Begegnungen und Gespräche, die das Einkaufserlebnis im stationären Laden ausmachen, von besonderer Bedeutung. Auch die Generation der sog. „Digital Natives“ wird sich perspektivisch auf den Mehrwert eines analogen Einkaufserlebnisses besinnen. Die persönliche Beratung durch den Fachhändler anstelle des gesichtslosen Chatprogramms oder anderer Online-Algorithmen wird auch in Zukunft die größere Kundenzufriedenheit erzeugen. Junge, interessante Ideen und Konzepte können die Innenstadt bereichern und attraktivieren, dies auch vor dem Hintergrund der weiteren universitären Entwicklungen im Stadtkern. Grundsätzliche Bereitschaft einiger Vermieter zur vergünstigten Vermietung von Gewerbeflächen an die Stadt wurde bei einer exemplarischen Abfrage signalisiert. Mit der Industrie- und Handelskammer, dem Gründerwerk Siegen und dem Start-

punkt 57 wurde das Förderprogramm und mögliche Synergien zur Siegener Gründerszene und dem Haus der Innovation thematisiert. Eine kooperative Zusammenarbeit bei der Umsetzung des Programms ist vorgesehen.

Aktuell existieren im Konzentrationsbereich acht Leerstände, sechs Ladenlokale in der Kölner Straße und zwei in der Bahnhofstraße. Die vermietbaren Räume sollen Platz für frische Ideen, temporäre Stores und besondere Konzepte bereithalten. Ziel ist es, vermietbare Ladenlokale zu beleben, Frequenzen zu erhöhen, Aufenthaltsqualität zu stärken und für die Besucher Abwechslung und Vielfalt zu bieten. Alles unter dem Leitgedanken „Neue Wege – neue Perspektiven“, unternehmerische Ideen in Siegen neu-, weiter- und zusammendenken.

Das Förderprogramm eröffnet Möglichkeiten und Chancen, Experimentierbereiche für neue, innovative Geschäftsideen zu definieren und die Multifunktionalität der Innenstadt nachhaltig zu stärken. Langfristiges Ziel dabei ist die Steigerung der Branchenvielfalt im Stadtkern und die Etablierung neuer, innovativer Nutzungen in kleinteiligen Leerständen.

**Erfolg zu ermöglichen, um die UnternehmerInnen auch nach dem Förderprogramm am Standort zu halten, ist der Ansporn für diesen herausfordernden Prozess. Dies erfordert von allen Akteuren Mut zur Veränderung, hohe Kooperationsbereitschaft und immobilienwirtschaftliche Flexibilität seitens der Eigentümer.**

Die Vorbereitung, Umsetzung und Koordination der Fördermaßnahme im „Verfügungsfonds Anmietung“ erfolgt durch die Wirtschaftsförderung.

Darüber hinaus wurde der „**Anstoß eines Zentrenmanagements**“ als perspektivischer, konzeptioneller Rahmen beantragt. Hierfür ist nach den Förderkriterien die Beauftragung von Dritten die Voraussetzung, wobei die maximale Förderhöhe 100.000 € beträgt. Die Bausteine des begleitenden Zentrenmanagements sollen durch die Stadtmarketing GmbH abgewickelt werden. Antrags- und empfangsberechtigt sind nur Gemeinden oder Gemeindeverbände. Daher wurde der Antrag durch die Stadt Siegen eingereicht, die bewilligten Mittel für das Zentrenmanagement (Baustein 4) werden an die Stadtmarketing GmbH weitergeleitet. Beantragt wurden insgesamt 93.000 €, 77.500 € für den Anstoß des Zentrenmanagements und 15.500 € für die begleitende Marketingkampagne. Da eigene Personal- und Sachkosten im Sofortprogramm NRW nicht förderfähig sind, ist vorgesehen, die Leistungen des Zentrenmanagements durch die Stadtmarketing GmbH ausschreiben zu lassen und ein externes Büro zu beauftragen.

Für das Sofortprogramm Innenstadt NRW – Siegen-Mitte - werden voraussichtlich Mittel in Höhe von 512.279 € benötigt. Die Förderung beträgt 90 %, der Eigenanteil beläuft sich auf 10 % der zuwendungsfähigen Gesamtkosten und damit auf insgesamt **51.228 € bis Ende 2023**. Die Gesamtkosten sind so aufgeteilt, dass 10 % der Antragssumme 2021 verausgabt werden kann, je 45 % können in 2022 und 2023 ausgezahlt werden.

	Gesamt in €	Voraussichtliche Fälligkeit in €		
		2021	2022	2023
Zuwendungs- fähige Ausgaben	512.279	51.228	230.525	230.525
Eigenanteil	51.228	5.123	23.053	23.053
Beantragte Zuwendung	461.051	46.105	207.473	207.473

Der Siegener Antrag für das „Sofortprogramm zur Stärkung unserer Innenstädte und Zentren in NRW“ wird nach Auskunft der Bezirksregierung gefördert, die Bewilligung soll bis Mitte Oktober 2021 vorliegen. Der vorzeitige Maßnahmenbeginn wurde genehmigt. Ein Anspruch auf Förderung entsteht jedoch erst mit Zugang des Zuwendungsbescheides.

Sofern in 2021 Mittel erforderlich werden, erfolgt die außerplanmäßige Bereitstellung durch den Stadtkämmerer. Die Deckung kann aus dem Budget der Wirtschaftsförderung sichergestellt werden.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen (Zuwendung)	Abstimmung mit dem Kämmerer
512.279 Euro		51.228 Euro gesamt  5.123 Euro 2021 23.053 Euro 2022 23.053 Euro 2023	461.051 Euro	<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt.  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

#### Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
			51.228 Euro gesamt	150101001
			5.123 Euro 2021	Sachkonto
			23.053 Euro 2022	5281800
			23.053 Euro 2023	5291800
				5422800

#### Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  			

Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)

gez.

Steffen Mues  
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 2  
Bereich: Kulturförderungen und -veranstaltungen  
Bearbeitet von: Eike Jungheim, Astrid Schneider

Siegen, 03.08.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Kulturausschuss	07.09.2021
Haupt- und Finanzausschuss	06.10.2021
Rat	27.10.2021

Kurzbezeichnung:

**Rubenspreis der Stadt Siegen, 14. Verleihung**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen verleiht den 14. Rubenspreis der Stadt Siegen im Jahre 2022 im Rahmen einer öffentlichen Sitzung des Rates am 26.06.2022 an Miriam Cahn, Basel.

### Sachverhalt / Begründung:

Die vom Rat der Universitätsstadt Siegen berufene Jury zur Verleihung des 14. Rubenspreises der Stadt Siegen hat in ihrer Sitzung am 23. Juni 2021 den 14. Rubenspreis der in Basel und Maloja (Graubünden/Schweiz) lebenden Künstlerin

**Miriam Cahn**

zuerkannt. Die Begründung hat folgenden Wortlaut:

*"Miriam Cahn vertritt eine eigensinnige malerische Position von großer Ausdruckskraft. Dabei verbinden sich subjektive Wahrnehmungen und Empfindungen mit gesellschaftlichen und politischen Fragen. Im Zentrum steht der Körper in seiner Fragilität und Ausgesetztheit, auch gegenüber äußeren Faktoren, wie sich insbesondere in den Arbeiten zur Situation von Geflüchteten zeigt. Das Verhältnis von menschlichem Körper und Maschine ist ebenso Thema wie das Organische, auch im Sinne einer Verbindung von menschlichen und nicht-menschlichen Wesen. Von Anfang ihrer Entwicklung an hat Cahn eine bewusst feministische,*



*unabhängige und kompromisslose Haltung eingenommen. Ihre Malerei hat sich frei von akademischen Regeln und Ästhetiken in unterschiedlichsten Formen und Materialien entfaltet."*

Die Künstlerin hat sich bereit erklärt, den Preis anzunehmen.

Nach der Stiftungsurkunde zum Rubenspreis der Stadt Siegen wird der Preis von der Jury zuerkannt, während die Verleihung durch den Rat der Stadt zu erfolgen hat. Hierbei ist der Rat an die künstlerische Entscheidung der Jury gebunden.

Die Jury war wie folgt besetzt:

- 1) Frau Prof. Dr. Beate Söntgen, Lüneburg  
als Dozentin - Vorsitzende -
- 2) Frau Prof. Jutta Koether, Hamburg/Berlin  
als Malerin bzw. Grafikerin
- 3) Frau Prof. Susanne Pfeffer, Frankfurt (Main)  
als Museumsdirektorin (entschuldigt bei Jurysitzung als Präsenzveranstaltung)
- 4) Herr Prof. Philippe Pirotte, Frankfurt (Main)  
als Kunstsachverständiger
- 5) Frau Prof. Dr. Astrid Mania, Hamburg/Berlin  
als Kunstkritikerin

**Finanzielle Auswirkungen**    ☒ ja    ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
50.000		50.000		

**Veranschlagung**

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
				Sachkonto

**Klimaschutz**

<b>Klimarelevanz</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  <div></div>			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>  <div></div>			

i. V.

gez.

Arne Fries

Stadtrat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4, 2  
Bereich: 4/5 Stadtentwicklung, 2/4 Kultur  
Bearbeitet von: Philipp Springmann, Astrid Schneider

Siegen, 08.09.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

<b>Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften</b>	<b>23.09.2021</b>
<b>Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie</b>	<b>28.09.2021</b>
<b>Bauausschuss zusammen mit Kulturausschuss</b>	<b>29.09.2021</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>06.10.2021</b>

Kurzbezeichnung:

### **Musikpavillon Schlosspark - Gestaltungsvarianten**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Bauausschuss empfiehlt und der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die Variante \_\_\_\_\_ (wird im Ausschuss festgelegt) planerisch weiterzuführen und baulich umzusetzen.

#### **Sachverhalt / Begründung:**

##### **1. Einleitung und förderseitige Rahmenbedingungen**

Der Musikpavillon wurde in seiner heutigen Form, als zeltüberdachte Spielfläche mit einem Durchmesser von ca. 8 Metern, in den 1980er Jahren angelegt. Das fest installierte, ansteigende Gestühl ist nach Art eines Amphitheaters im Halbkreis um die Spielfläche herum angelegt. Die Kapazität beträgt 360 Plätze. Zu der Anlage gehören Sonnenschirme, die später nachgerüstet wurden. In 39 Jahren ist das Zeltdach mehrfach gerissen und notdürftig repariert worden. Von zwölf Sonnenschirmen sind nur noch zwei verwendbar, die übrigen sind zerrissen und / oder defekt.

Für die Sanierung der Anlage wurden im Haushalt 2014 50.000 Euro zur Verfügung gestellt. Nachträglich eröffnete sich die Möglichkeit, die Maßnahme im Rahmen der Schlossparksanierung in die Städtebaufördergesamtsmaßnahme „Rund um den Sieberg“ (RudS) aufzunehmen.

Seit der Aufnahme in RudS ist die Maßnahme Teil des Zuwendungsbescheides aus 2017. Gemäß der Fristen des Zuwendungsbescheides muss der Neubau des Musikpavillons bis zum 31.12.2022 umgesetzt werden. Mit der Planung ist das Büro SAUERZAPFE ARCHITEKTEN beauftragt. Die Grundform des Pavillons wurde bereits in der ersten Zusammenarbeit mit dem Architekturbüro im Jahr 2018 erarbeitet, welches zu diesem Zeitpunkt als Subunternehmer des damals beauftragten Generalpla-

ners Atelier Loidl tätig war. Nach Beendigung der Zusammenarbeit mit dem Atelier Loidl und der damit einhergehenden, etwa 1,5 Jahre langen Unterbrechung der Planung, wurde die Fortführung der Maßnahme in den aus 2018 bestehenden Grundpfeilern in der Ratssitzung am 15.12.2020 beschlossen. Zudem wurden bei der Wiederaufnahme der Maßnahme ergänzende Anforderungen an den Bau gestellt (siehe VL 48/2020 A). Hierzu zählt vor allem die Schaffung von Lagerflächen, baulich unmittelbar an den Pavillon angeschlossen, da ohne entsprechende Lagermöglichkeiten keine funktionale Nutzung möglich ist. Denn durch den Neubau soll ein deutliches erweitertes Spektrum von Veranstaltungen im Vergleich zum heutigen Zelt-Pavillon angeboten werden können. Das Nutzungskonzept wird im Folgenden erläutert.

## 2. Das Nutzungskonzept

Zur Einordnung des Nutzungskonzepts folgende Vorbemerkung

KulturSiegen ist die Arbeitsgruppe für Kulturförderung und –veranstaltungen der Stadt Siegen. Schwerpunkt und Kernkompetenz liegen in der Durchführung von Open-Air-Veranstaltungen. Mit Veranstaltungsformaten wie dem Bühnenprogramm im Schlossinnenhof, der Reihe Sonntagnachmittag um 4 im Schlossgarten oder auch dem Siegener Stadtfest trägt KulturSiegen maßgeblich zum kulturellen Angebot der Stadt Siegen in den Monaten Mai bis Oktober bei.

Der Pavillon wird seit 1982 für die Konzertreihe „Sonntagnachmittags um 4 im Schlossgarten“ genutzt. Diese wird jährlich zwischen Mai und September durchgeführt. Es handelt sich i. d. R. um 18 Konzerte, dargeboten von regionalen Chören, Musikvereinen und Bands. Veranstalterin ist KulturSiegen. Der Eintritt ist frei.

Eine weitere Traditionsveranstaltung am Musikpavillon ist das „Kindertheater in den Ferien“. Von KulturSiegen gezeigt werden im Juli und August jährlich sechs bis sieben Produktionen.

Die Nutzung des Musikpavillons ist ausschließlich kulturellen, nicht-kommerziellen Veranstaltungen vorbehalten. Neben den genannten Reihen von KulturSiegen wird die Anlage zum Beispiel regelmäßig anlässlich des Siegener Freundschaftsfests und in der Vergangenheit im Rahmen von Veranstaltungsformaten wie dem Siegener Rubensfest, dem Siegener Märchenfest, dem Siegener Schlossfest, dem Blue Stock Festival und bei der „Nacht der 1000 Lichter“ genutzt. In Ausnahmefällen wurde die Erlaubnis zur Nutzung erteilt, z. B. für das Bundestreffen der Jagdhornbläser in Siegen. Eine Gebühr bei Fremdnutzung wird nicht erhoben.

Die Anzahl der Veranstaltungen pro Jahr beläuft sich auf 25 bis 30 Veranstaltungstage.

Die Publikumsfrequenz ist stark witterungsabhängig. Von einer durchschnittlichen Auslastung von 300 Sitzplätzen pro Veranstaltung kann jedoch ausgegangen werden, so dass unter den derzeitigen Bedingungen pro Saison 7.500 und 9.000 Besucher des Pavillons zu verzeichnen sind.

Die Verwaltung des Musikpavillons oblag bis 2020 der Grünflächenabteilung und ist seither KulturSiegen übertragen worden.

### Schwächen des Pavillons in der jetzigen Form

Abgesehen vom Materialverschleiß und der Abgängigkeit von Zeltdach und Sonnenschirmen weist der Musikpavillon eine Reihe von Schwächen auf:





- Durch die tragende Säule des Zeltdachs und die Abspannungen, die in der Spielfläche verankert sind, ist diese zergliedert.
- Die Spielfläche ist mit Verbundsteinen belegt, was insbesondere für Tanzvorführungen nachteilig ist.
- Das Zeltdach ist offen und bietet keinen Schutz vor Windeinwirkung
- Das Zeltdach überspannt nur einen Teil der Spielfläche und schützt somit nur kleinere Ensembles unter 10-15 Personen.
- Veranstaltungsinfrastruktur in Form von Lagerraum, Technik, Umkleide, Toilette, Regieraum sind nicht vorhanden.

Im Rahmen des Förderprojekts RudS und der Sanierung des Schlossparks eröffnete sich die Möglichkeit, einen Neubau des Pavillons planerisch anzugehen und dabei ein Nutzungskonzept für die Open-Air-Bühne und ein Anforderungsprofil zugrunde zu legen.

#### Ist-Stand Open-Air-Angebot

Das Nutzungskonzept für den Neubau im Schlosspark nimmt insbesondere die Open-Air-Veranstaltungen in den Blick und zwar mit der Fragestellung, welche Genres in welchem Umfang im Jahresveranstaltungs-kalender repräsentiert sind. Die nachstehende Tabelle gibt hierzu einen Überblick.

Die Farben stehen für

-  hohe Anzahl, gut repräsentiert
-  geringe Anzahl, ausbaufähig
-  fehlt, stellt eine Angebotslücke dar
-  bühnentechnische Voraussetzung für aufwändigere Produktionen fehlen

#### Veranstaltungsportfolio im Open-Air-Bereich

	Wann	Wo	Wer	Wie oft
Straßentheater	Juni / Juli	Plätze Innenstadt	KulturSiegen	2 – 3 x jährlich
Kindertheater	Juli / August	Musikpavillon	KulturSiegen	6 – 7 x jährlich
Rock / Pop-Cover	Mai - September	Musikpavillon Schlossplatz Stadtfestbühnen	KulturSiegen Mittwochs In Saturday Night Fever u. a. m.	20 – 25 x jährlich
Volkstümliche Musik	Mai - September	Musikpavillon Stadtfestbühnen	KulturSiegen	5 – 6 x jährlich
Internationale Folklore	Mai - September	Musikpavillon	KulturSiegen	1 – 2 x jährlich
Jazz	Mai - September	Musikpavillon	KulturSiegen	1 – 2 x jährlich
Weltmusik	-	-	-	-
Regionale Tanzgruppen	August	Stadtfestbühne	KulturSiegen	1 x jährlich
Klassik	-	-	-	-
Comedy	Juni / Juli	Schlossinnenhof	KulturSiegen	3 – 5 x Jährlich
Kabarett	Juni / Juli	Schlossinnenhof	KulturSiegen	3 – 5 x Jährlich
Akrobatik	Juni / Juli	Schlossplatz Scheinerplatz	KulturSiegen	1 – 2 x jährlich
Open-Stage (Theater, Musik)	-	-	-	-
Straßenmusik	-	-	-	-
Programm-Kino	August	Brunnenwiese	Martin Horne Organisation	1 x jährlich 20 Veranstaltungstage
House Music	August	Schlossplatz	WillerWatz	1 x jährlich 2 Veranstaltungstage
Poetry Slam	Juni / Juli	Schlossinnenhof	KulturSiegen	1 – 2 x jährlich
Lesungen / Diskussionen	-	-	-	-

Angebotslücke heißt hier zweierlei:

- Es gibt keinen kommerziellen oder nicht-kommerziellen Veranstalter, der sich des Genres in der Open-Air-Saison annimmt
- Es sind insbesondere die Genres, die kulturelle Teilhabe und Integration fördern, die im Portfolio unterrepräsentiert sind.

Konkret handelt es sich um:

- Klassik
- Weltmusik
- Internationale Folklore
- Die Vorstellung von Nachwuchs- und Laienkünstler/-innen auf einer offenen Bühne (Open-Stage)
- Lesungen / Diskussionen
- Straßenmusik

Aus dieser Analyse leitet sich das Nutzungskonzept für den Nachfolgebau des Musikpavillons ab, für den wir hier den Begriff „Parkbühne“ einführen wollen.

#### Zukünftige Bespielung der Parkbühne

Wie ausgeführt, wird der Musikpavillon derzeit fast ausschließlich von KulturSiegen bespielt und zwar mit den Veranstaltungsreihen „Sonntagnachmittags um 4“ und „Kindertheater in den Ferien“. Es handelt sich i. d. R. um 23 Veranstaltungen jährlich.

Zielsetzungen des neuen Nutzungskonzepts für die Parkbühne sind die folgenden:

- Schaffung eines dauerhaft nutzbaren, innerstädtischen Präsentationsortes für die freie Szene im Bereich Musik und darstellende Kunst
- Bereitstellung professioneller Infrastruktur
- Sichtbarmachung und Förderung von Genres, die im Veranstaltungsportfolio der Stadt Siegen unterrepräsentiert sind
- Förderung partizipativer und integrativer Veranstaltungsformate
- Verstetigung des hohen Angebotsniveaus im Bereich Theater / Konzerte in der spielfreien Zeit der festen Häuser,
- Profilierung der Stadt Siegen als Veranstaltungsort überregional wirkender Musikreihen im Bereich Klassik und Weltmusik
- Positionierung des Schlossparks in Verbindung mit dem Siegerlandmuseum und der neuen Parkbühne als kulturtouristisches Ziel





Letztlich zielt das Nutzungskonzept für die Parkbühne auf eine qualitative und quantitative Verbesserung des Kulturangebots der Stadt Siegen ab.

Quantitativ ist eine Erhöhung von 23 Veranstaltungen pro Jahr auf 54 darstellbar, wobei der deutliche Hinweis erfolgt, dass bei der Auslastung der Parkbühne auch nachbarschaftliche Belange (Immissionsschutz, Parksituation) bei der konkreten Saisonplanung zu berücksichtigen sind.

Qualitativ lassen sich für die Parkbühne nicht nur ergänzende Einzelveranstaltungen, sondern Veranstaltungsreihen, z. B. im Bereich Klassik und Weltmusik, darstellen, die der oben genannten Zielsetzung entsprechen.

Das nachstehende Kalendarium ist als grob schematischer Belegungsplan zu verstehen und soll veranschaulichen, wie die fehlenden bzw. unterrepräsentierten Genres den derzeitigen Spielplan ergänzen können. Anzumerken ist, dass auch für bestehende Veranstaltungsformate, wie die von KulturSiegen präsentierten Straßentheater-Produktionen, aufgrund der deutlich vergrößerten Bühnenfläche und verbesserten technischen Ausstattung, ein größerer Gestaltungsspielraum entsteht.

## Schema Belegungsplan Parkbühne

 SoNa4	 Klassik	 Kindertheater	 Weltmusik
 Tanz	 Open Stage	 internationale Folklore	 Jazz
 Lesungen / Diskussionen			

W = Woche

vo = Vormittag

na= Nachmittag

ab = Abend

	Mai				Juni				Juli				August				September			
W	D	Fr	Sa	So	D	Fr	Sa	So	D	Fr	Sa	So	D	Fr	Sa	So	D	Fr	Sa	So
1	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo
	na	n	n	n	na	n	n	n	na	n	n	n	na	n	n	n	na	n	n	n
	ab	a	a	a	ab	a	a	a	ab	a	a	a	ab	a	a	a	ab	a	a	a
2	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo
	na	n	n	n	na	n	n	n	na	n	n	n	na	n	n	n	na	n	n	n
	ab	a	a	a	ab	a	a	a	ab	a	a	a	ab	a	a	a	ab	a	a	a
3	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo				
	na	n	n	n	na	n	n	n	na	n	n	n	na	n	n	n	na	n	n	n
	ab	a	a	a	ab	a	a	a	ab	a	a	a	ab	a	a	a	ab	a	a	a
4	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo	vo
	na	n	n	n	na	n	n	n	na	n	n	n	na	n	n	n	na	n	n	n
	ab	a	a	a	ab	a	a	a	ab	a	a	a	ab	a	a	a	ab	a	a	a

Zur Organisation des Programms ist folgendes auszuführen

Die Anlage befindet sich in der Verwaltung von KulturSiegen und wird von dieser Organisationseinheit der Stadt Siegen bespielt. Zukünftig soll jedoch auch anderen, nicht-kommerziellen Veranstaltern die Möglichkeit eröffnet werden, die Parkbühne zu nutzen. Zu denken ist hier beim Genre „Open Stage“ an die Blue Box, das Format Kunstwertschätzen, das Junge Theater Siegen oder auch die Fritz-Busch-Musikschule, bei der Internationalen Folklore an die Vereine ausländischer Mitbürger/-innen, bei Lesungen / Diskussionen an Stadtbibliothek, Volkshochschule und andere Bildungsträger als Partner.

Hierzu wäre eine Miet- und Benutzungsordnung zu erstellen, ähnlich wie beim Schlossplatz am Unteren Schloss, wobei keine Gewinnerzielung angestrebt wird, sondern lediglich eine Kostendeckung bei Personaleinsatz und Verbrauchskosten.

Technisches Anforderungsprofil

Beim technischen Anforderungsprofil, das der Planung der neuen Bühne zugrunde gelegt wurde, sind folgende Kriterien zugrunde gelegt:

Bühnengröße:	geeignet für Ensembles bis zu 40 Personen
Bühnenbeschaffenheit:	geeignet für den Aufbau von Bühnenpodesten Bodenbelag geeignet für Tanzdarbietungen
Zuschauerkapazität:	400 bis 450 Sitzplätze
Witterungsschutz:	Überdachung und Seitenwände
Licht- und Tontechnik:	auf das Bühnenhaus ausgerichtet, fest installiert bzw. installierbar an fest installierten Traversen und Aufhängepunkten
Lagerraum:	30 qm für Licht- und Tontechnik, Mobiliar für Bühne und anderes
Umkleide /Künstlergarderobe:	in Verbindung mit Bühnenhaus bzw. in erreichbarer Nähe
Toiletten:	In Verbindung mit Bühnenhaus bzw. in erreichbarer Nähe
Erreichbarkeit / Anfahren:	ausreichend dimensionierte Zuwege für die Anlieferung von Instrumenten und sonstigem Equipment mit Kleintransportern

Die hier nur summarisch genannten Anforderungen sind für die Ausschreibung der Planung spezifiziert worden und werden hier nicht im Detail wiedergegeben. Berücksichtigt sind die an anderer Stelle beschriebenen Veranstaltungsformate, wobei Konzerte, Theater- und Tanzdarbietungen die höchsten Anforderungen in Bezug auf Fläche, Technik und Akustik stellen.

Hervorzuheben ist, dass die neue Parkbühne in Siegen und der Region die einzige feste Open-Air-Bühne mit entsprechender Bühnentechnik sein wird. Auch die Ausstattung mit 400 bis 450 Sitzplätzen stellt ein Alleinstellungsmerkmal dar.

Vorbehaltlich der Beschlussfassung der städtischen Gremien und der Fertigstellung bis März 2023 kann die Programmplanung für die Saison 2023 auf der neuen Parkbühne unmittelbar aufgenommen werden.

### 3. Weiteres Vorgehen

Das Büro SAUERZAPFE ARCHITEKTEN hat Anfang September drei Gestaltungsvarianten zur Lage und Form eines direkt an den Pavillon angebauten Lagerraums und unter Berücksichtigung aller gestellten Anforderungen eingereicht (Siehe Anlage 1). Neben den drei Grundrissalternativen sind zudem verschiedene technisch umsetzbare und grundsätzlich geeignete Materialien der Außenfassade dargestellt (spiegelndes Metall, Holzschalung, Holzschindeln und Begrünung). Die Materialien sind unabhängig von der Wahl des Grundrisses in der Anlage lediglich exemplarisch bei den entsprechenden Grundrissen und Ansichten dargestellt. Für die Innenverkleidung ist auf jeden Fall eine geeignete Verkleidung aus Holz vorgesehen, um den Ansprüchen an die Akustik gerecht zu werden. Hierfür arbeitet ein Akustikplaner mit dem Architekten zusammen.

Die in der Anlage befindlichen Gestaltungsvarianten wurden am 07. September im Arbeitskreis „Stadtentwicklung“ vorgestellt. Aus funktionalen Gründen sprechen sich der Arbeitskreis und die Verwaltung gegen die Variante 2 (beidseitiger Lageraum) aus. Die hier gezeigten Lagerräume als „Tortenstücke“ sind hinsichtlich der Lagerung der benötigten Utensilien in den spitz zulaufenden Bereichen nicht nutzbar. Zudem spricht gegen eine beidseitige Lageraum-Variante, dass ein einseitiger Lageraum (rechts vom Pavillon) den Blick durch den Schlosspark sowohl Richtung Süden als auch Richtung Norden weniger beeinträchtigt, da der Bau somit weniger in die offene Schlossparkfläche (links vom Musikpavillon) hineinragt.

Demnach wird grundsätzlich eine Variante mit einseitigem Lageraum bevorzugt. Ein eindeutiges Votum für die Variante 1 (einseitiger Lageraum „fließender Übergang“) oder die Variante 3 (einseitiger Lageraum „angegliedert“) wurde seitens des Arbeitskreises nicht ausgesprochen. Die Verwaltung spricht sich mehrheitlich für die Variante 3 mit dem „angegliederten“ Lageraum aus. Vorteil gegenüber der Variante 1 ist aus Sicht der Verwaltung, dass der Pavillon und der Lageraum jeweils



eine Eigenständigkeit in ihrer Form aufweisen und der Pavillon für sich wirken und in Erscheinung treten kann und der Lagerraum „ehrlich“, ablesbar angegliedert ist.

Ein Votum hinsichtlich der Materialwahl der Fassade wurde nicht getroffen. Keines der gezeigten Material-Beispiele überzeugte mehrheitlich.

Am 16. September werden die Gestaltungsvarianten dem Beirat für Stadtgestaltung vorgestellt. Über mögliche Empfehlungen aus dem Beirat wird mündlich in den Ausschüssen berichtet.

Zudem werden in den Ausschüssen (foto-)realistische Visualisierungen des Pavillons inklusive des Umfelds vorgestellt, um sich die Wirkung des Neubaus im Schlossparkumfeld hinsichtlich der Kubatur und der Materialität besser vorstellen zu können. Eine Erarbeitung zur Vorlagenfrist war zeitlich nicht möglich.

Erst nach Beschlussfassung durch den Haupt- und Finanzausschuss am 6. Oktober kann die Konkretisierung der Planung durch den Architekten erfolgen. Der sich aus dem Umsetzungszeitraum der Förderung ergebende Zeitplan, macht eine Beschlussfassung in dieser Sitzungsfolge erforderlich.

#### Zeitplan (Umsetzungszeitraum Förderung endet am 31.12.2022)

06.10.2021	Beschluss einer Gestaltungsvariante als Entwurfsplanung
Bis 29.10.2021	Genehmigungsplanung
Bis 23.12.2021	Ausführungsplanung
Bis 28.02.2022	Erstellung der Leistungsverzeichnisse über alle Gewerke
01.03. – 30.04.2022	Ausschreibung und Vergabe Bauleistungen/Gewerke
01.05. – 30.11.2022	Bauausführung
31.12.2022	Fertigstellung gemäß der Förderbedingungen

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

## Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

i. V.

Mitzeichnung

gez.

gez.

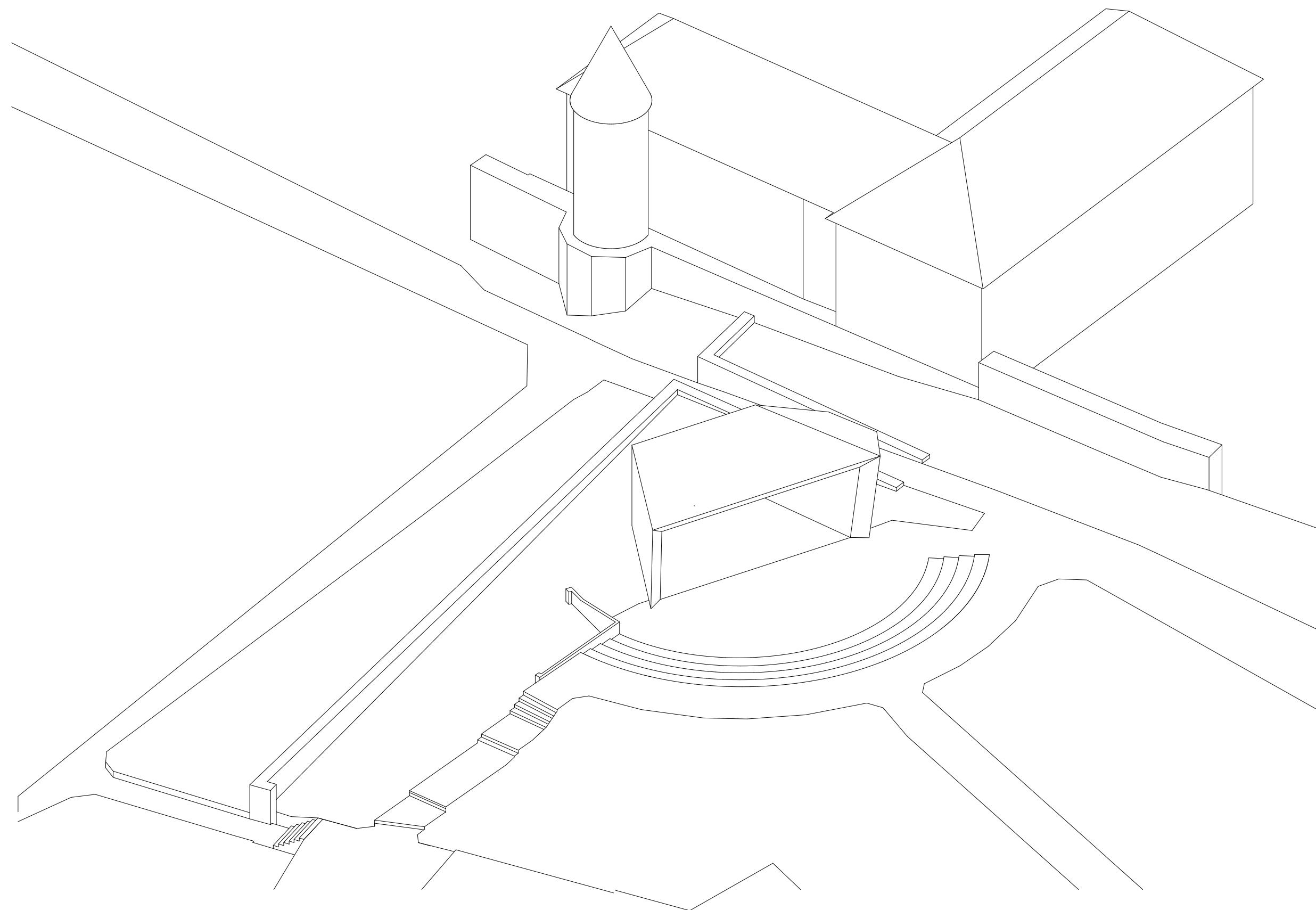
Henrik Schumann  
 Stadtbaurat

Arne Fries  
 Stadtrat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Anlage 1 Musikpavillon Schlosspark Gestaltungsvarianten\\_neu](#)



# NEUBAU MUSIKPAVILLON SCHLOSSPARK

Variantenstudie Position Lager

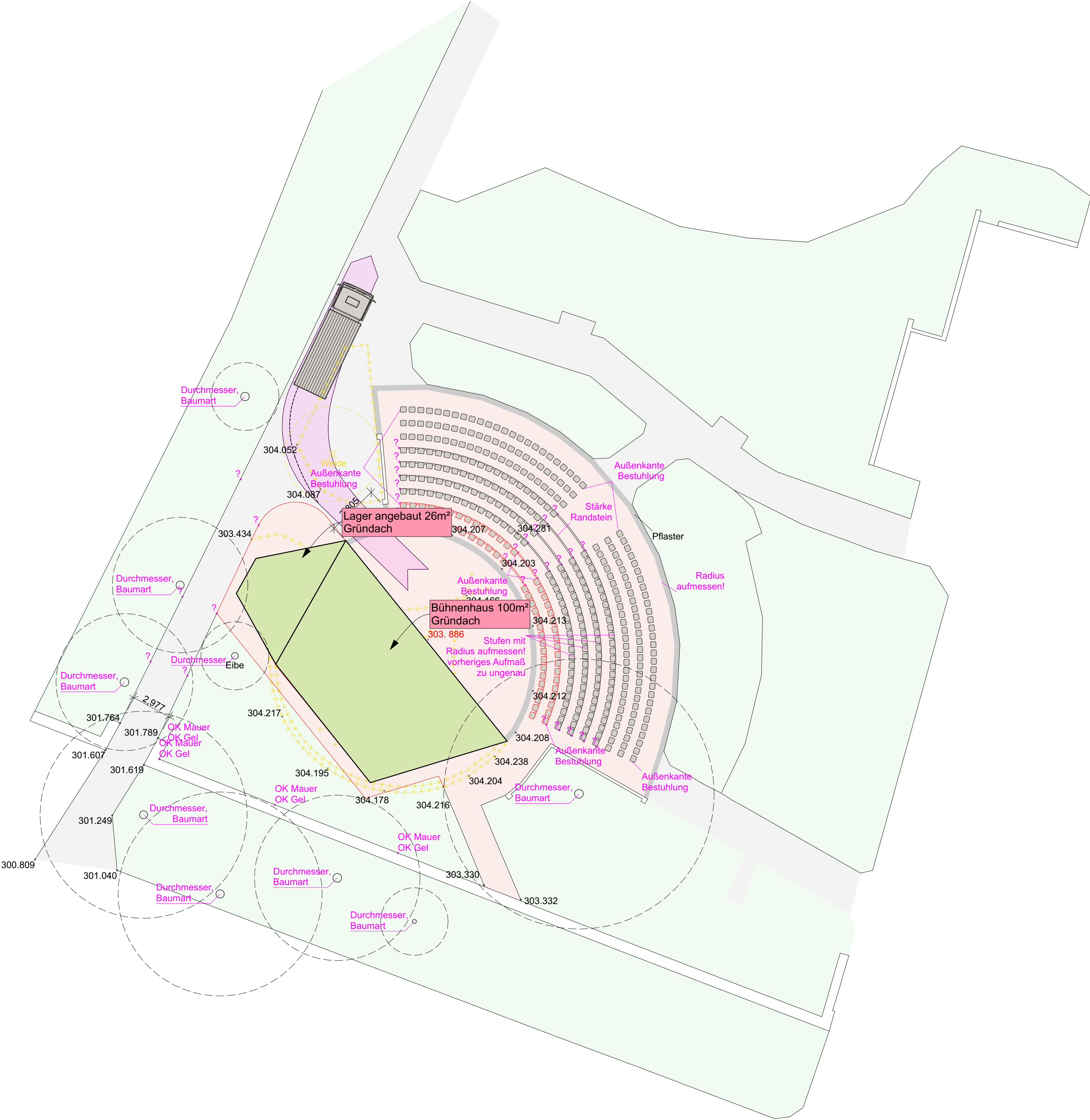
Datum: 01.09.2021 M 1/200

Sauerzapfe Architekten GmbH  
Lindenstraße 91,  
10969 Berlin,  
T 030 / 26390490  
info@sauerzapfearchitekten.de  
www.sauerzapfearchitekten.de

BAUHERR  
Universitätsstadt Siegen  
Abteilung 4/6 Grünflächen,  
Fludersbach 56, 57074 Siegen



Variante 1



Variante: V 1

Lageplan

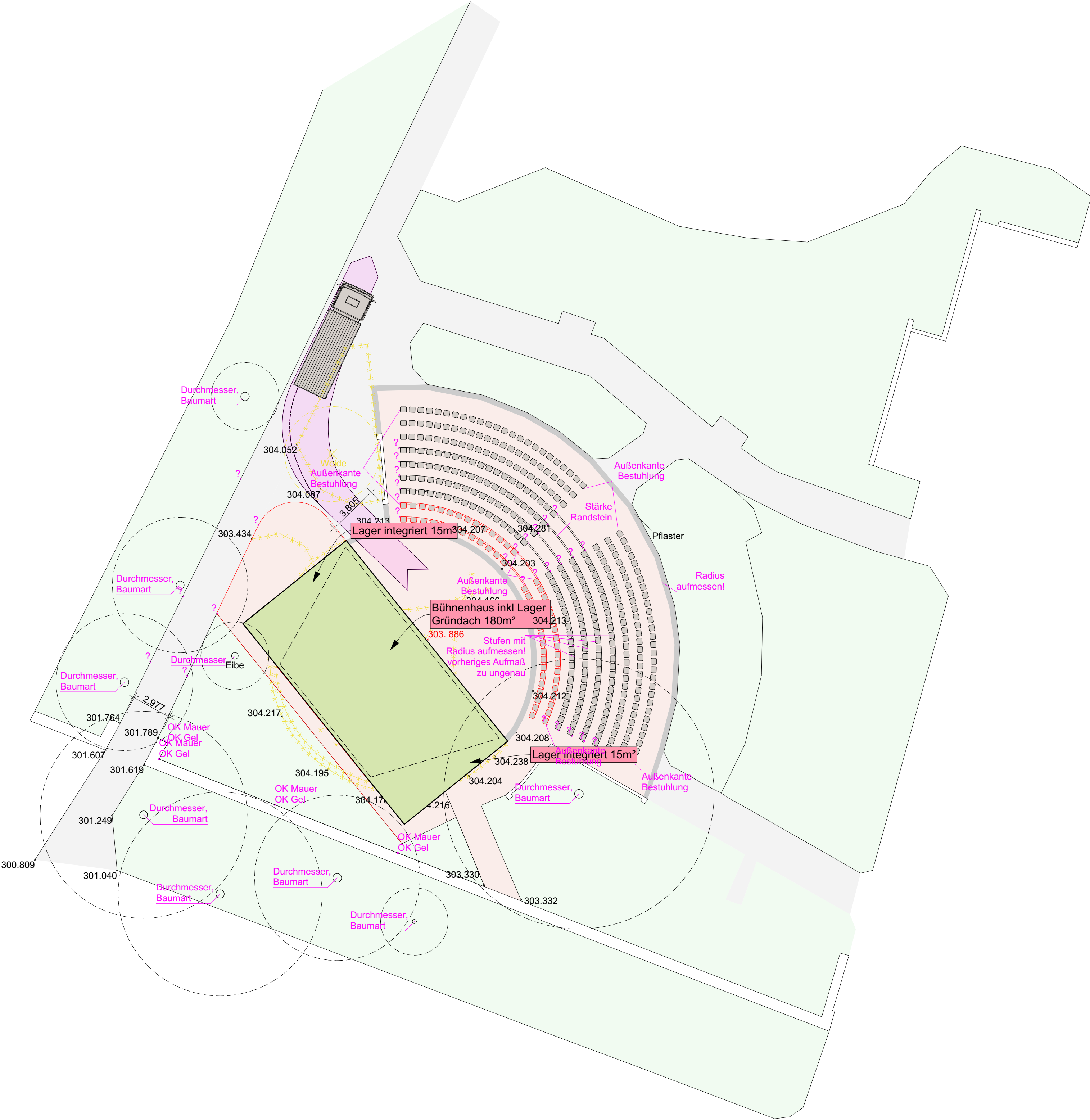
Datum: 01.09.2021 M 1/200

Sauerzapfe Architekten GmbH  
Lindenstraße 91,  
10969 Berlin,  
T 030 / 26390490  
info@sauerzapfearchitekten.de  
www.sauerzapfearchitekten.de

BAUHERR  
Universitätsstadt Siegen  
Abteilung 4/6 Grünflächen,  
Fludersbach 56, 57074 Siegen



Variante 2



Variante: V 2

Lageplan

Datum: 01.09.2021 M 1/200

Sauerzapfe Architekten GmbH  
Lindenstraße 91,  
10969 Berlin,  
T 030 / 26390490  
info@sauerzapfearchitekten.de  
www.sauerzapfearchitekten.de

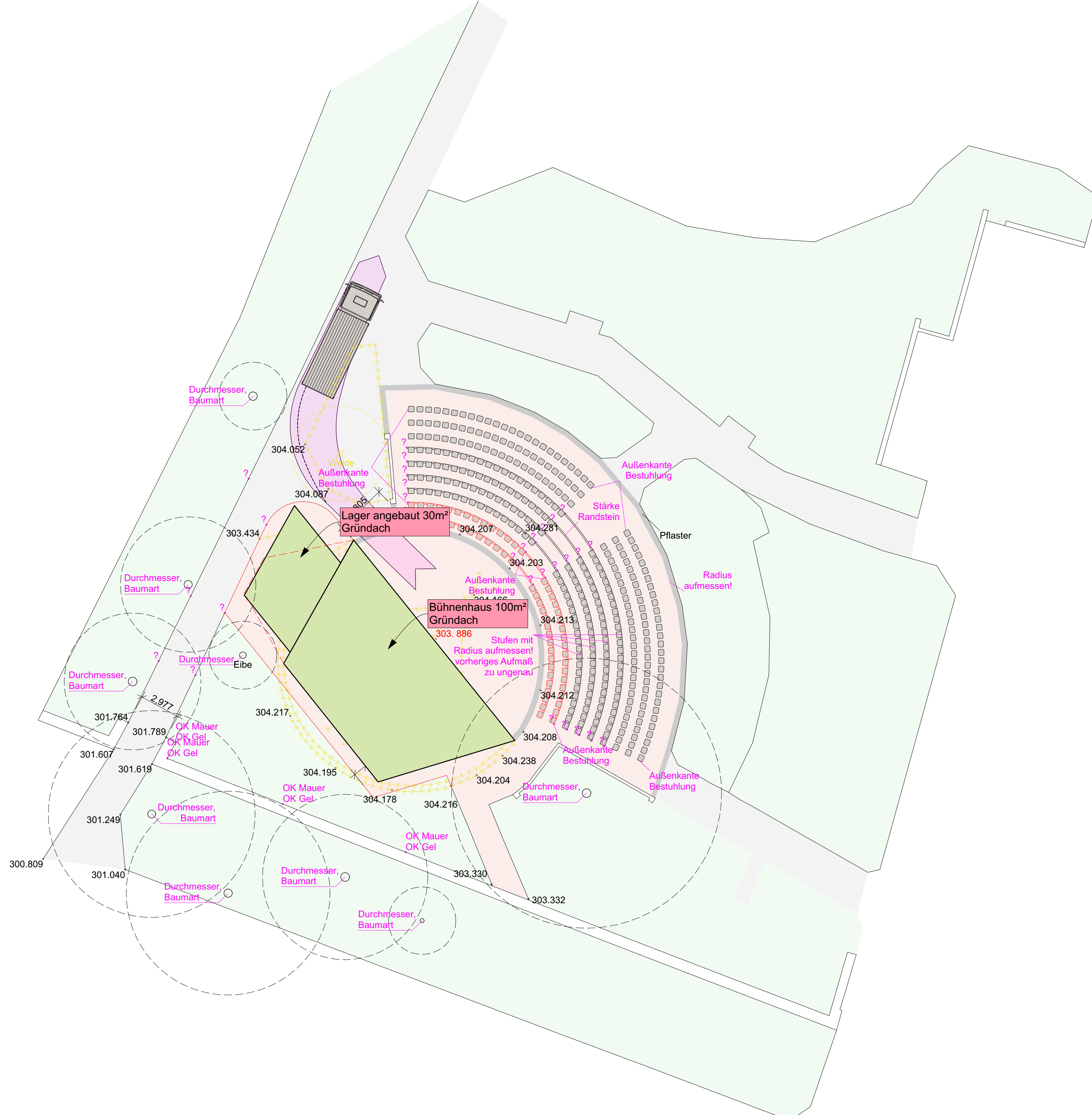
BAUHERR

Universitätsstadt Siegen  
Abteilung 4/6 Grünflächen,  
Fludersbach 56, 57074 Siegen





## Variante 3



\_\_\_\_\_  
Variante: V 3

## Lageplan

Datum: 01.09.2021 M 1/200

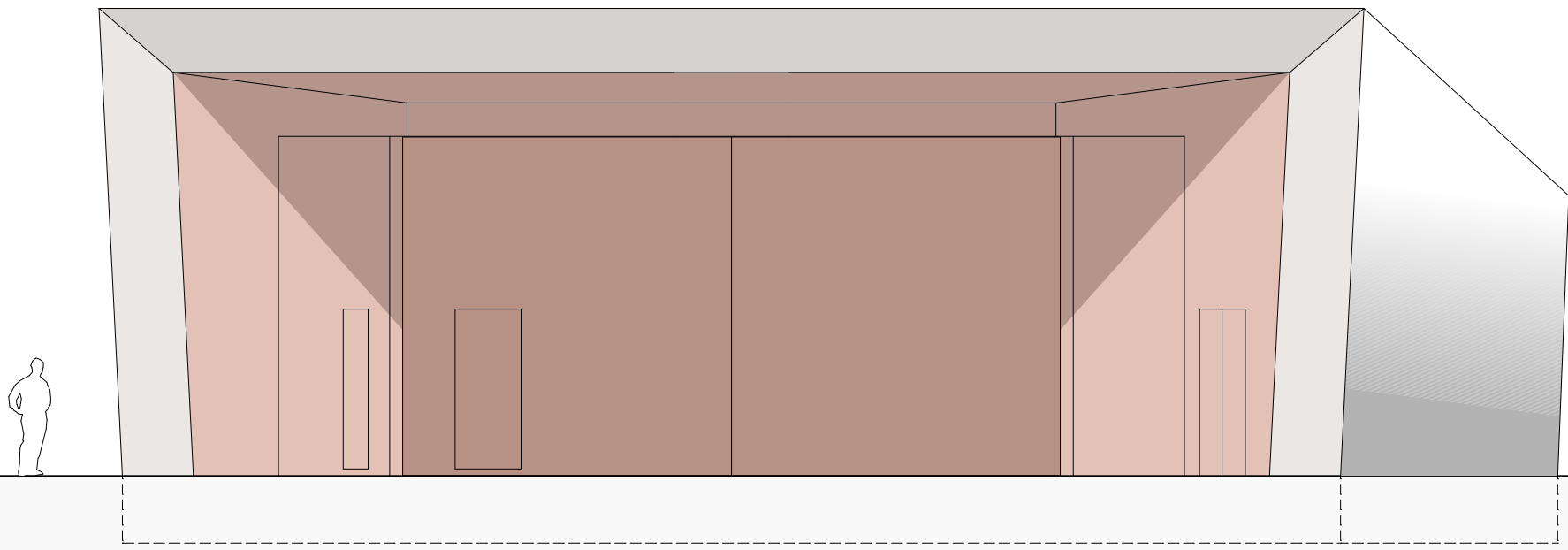
**Sauerzapfe Architekten GmbH**  
Lindenstraße 91,  
10969 Berlin,  
T 030 / 26390490  
info@sauerzapfearchitekten.de  
www.sauerzapfearchitekten.de

BAUHERR

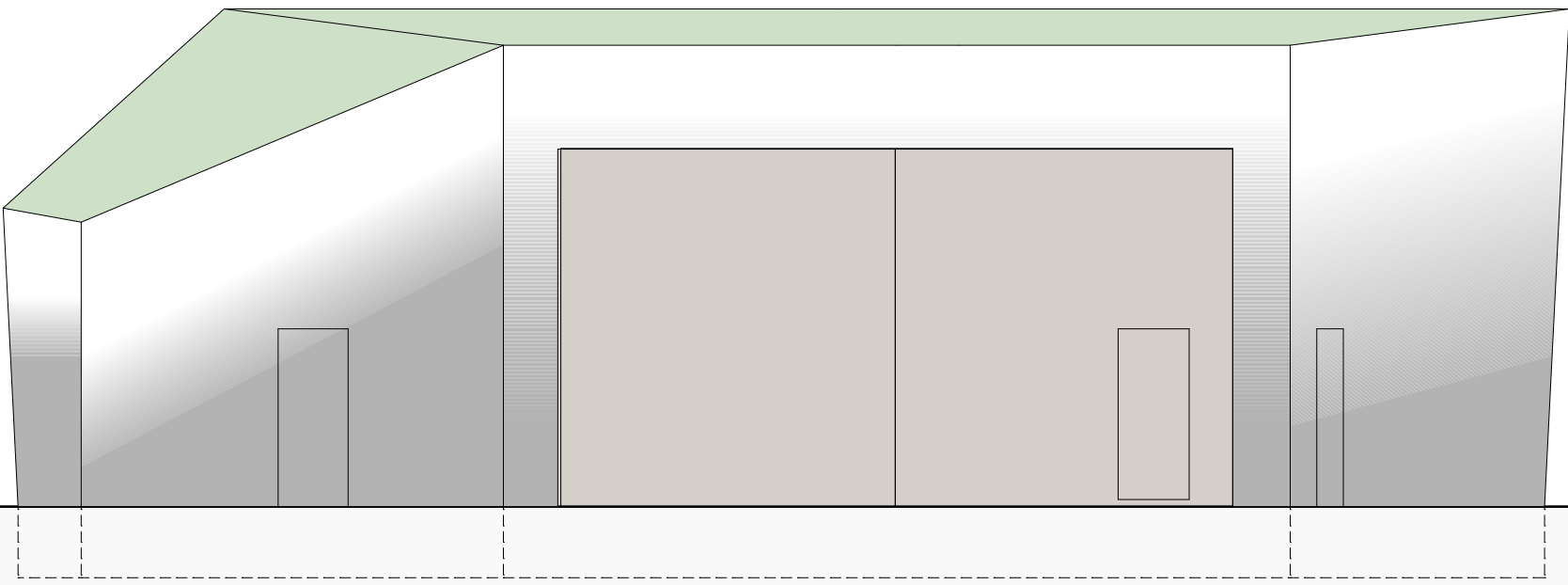
Universitätsstadt Siegen  
Abteilung 4/6 Grünflächen,  
Fludersbach 56, 57074 Siegen



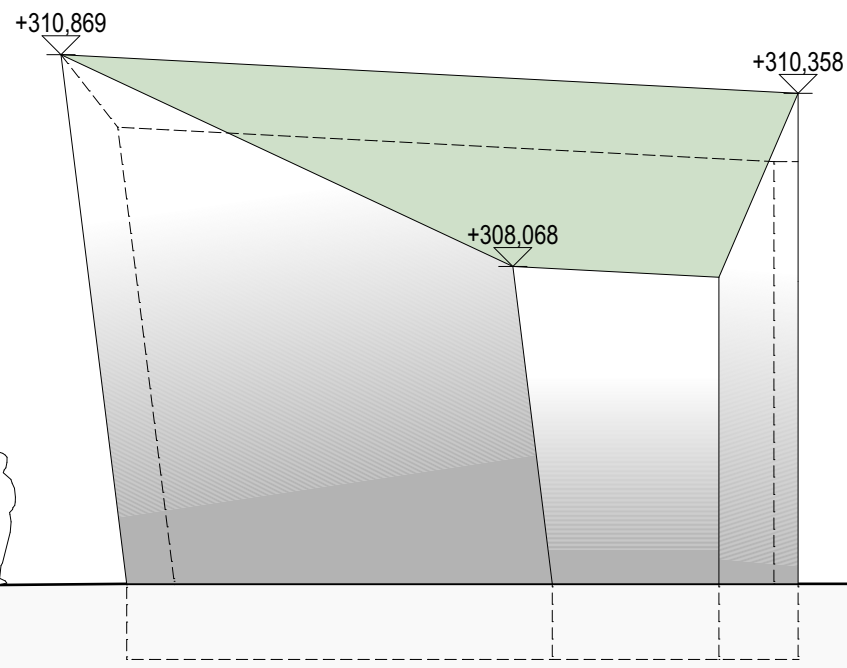
Variante 1



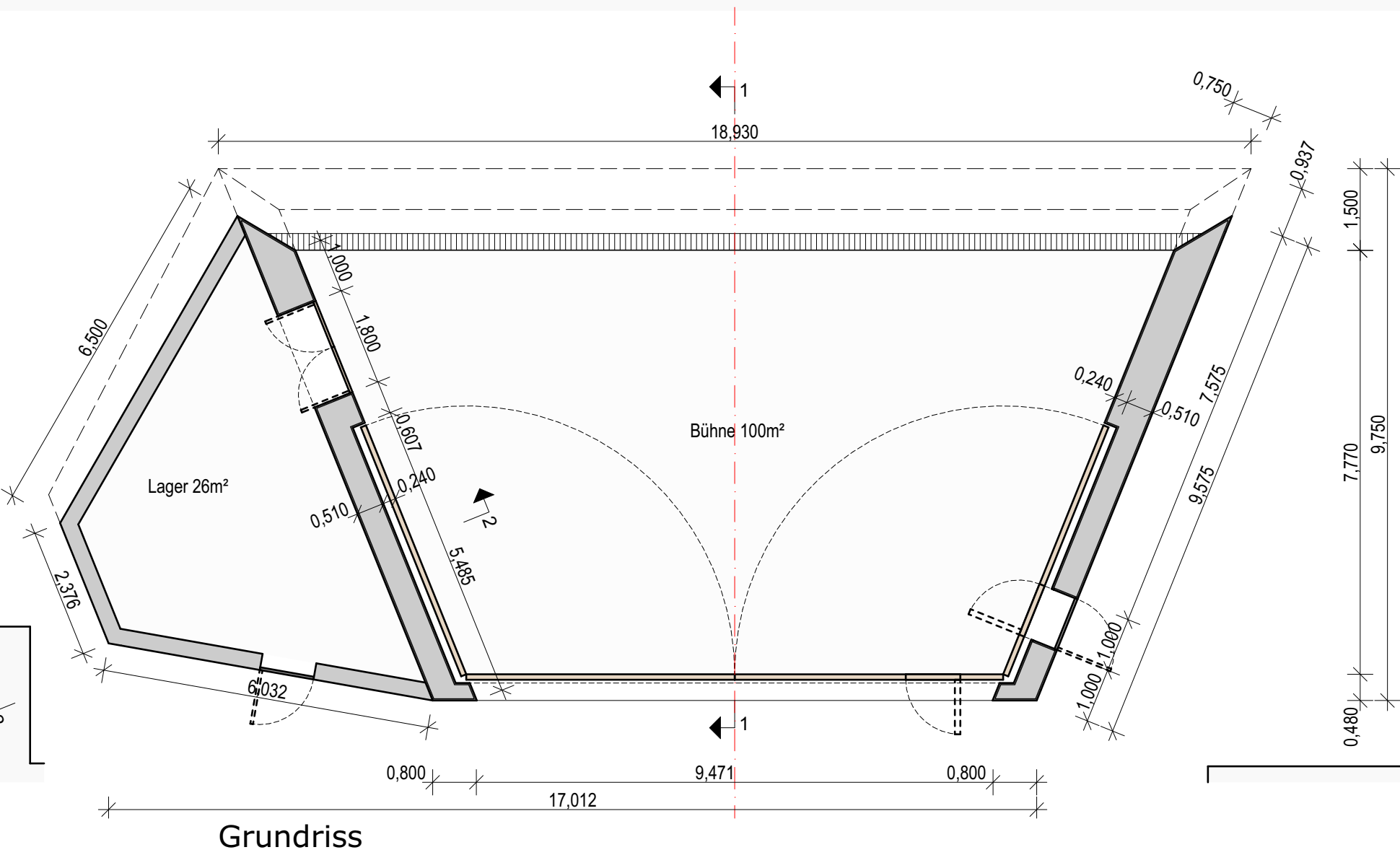
Ansicht Nord



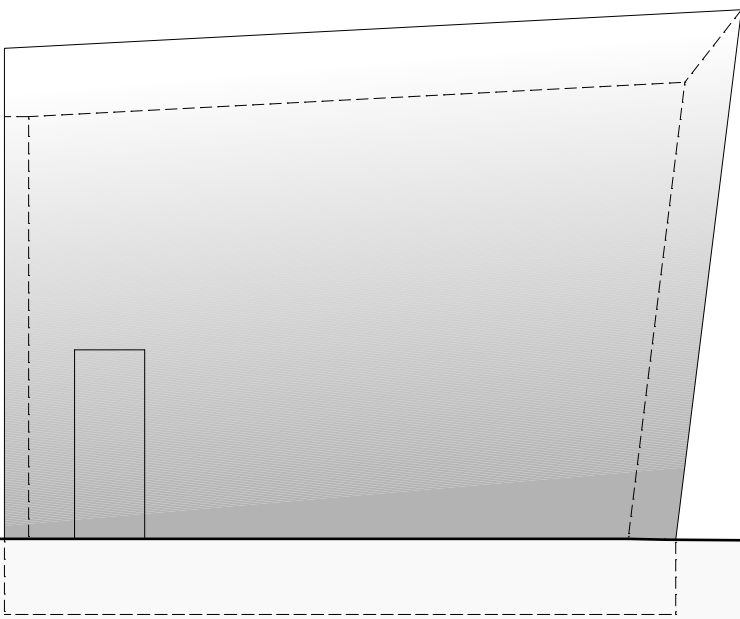
Ansicht Süd



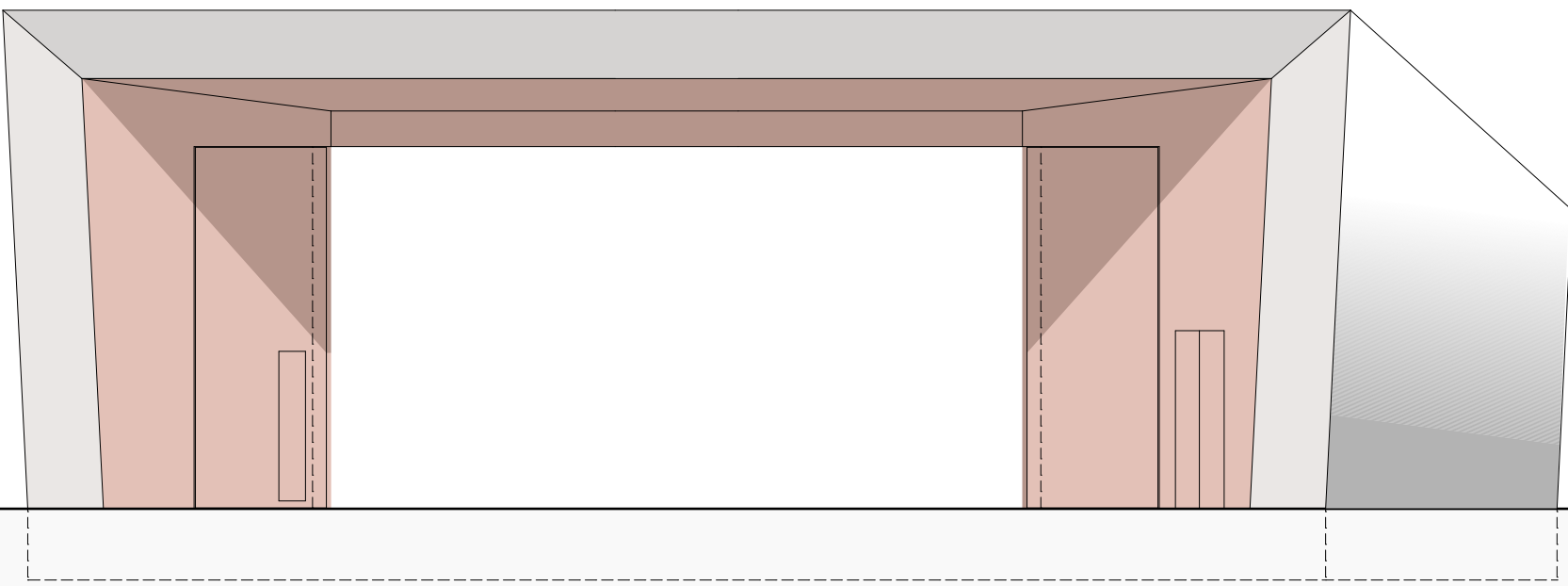
Ansicht West



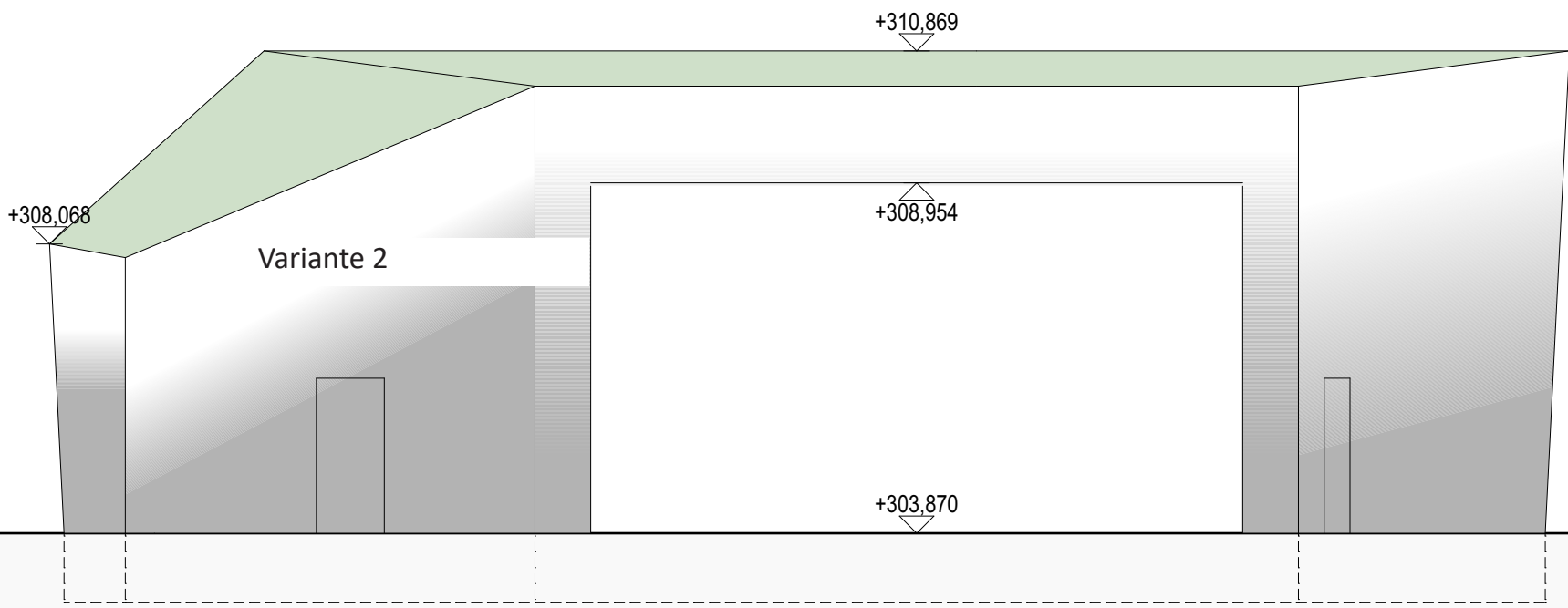
Grundriss



Ansicht Ost



Ansicht Nord

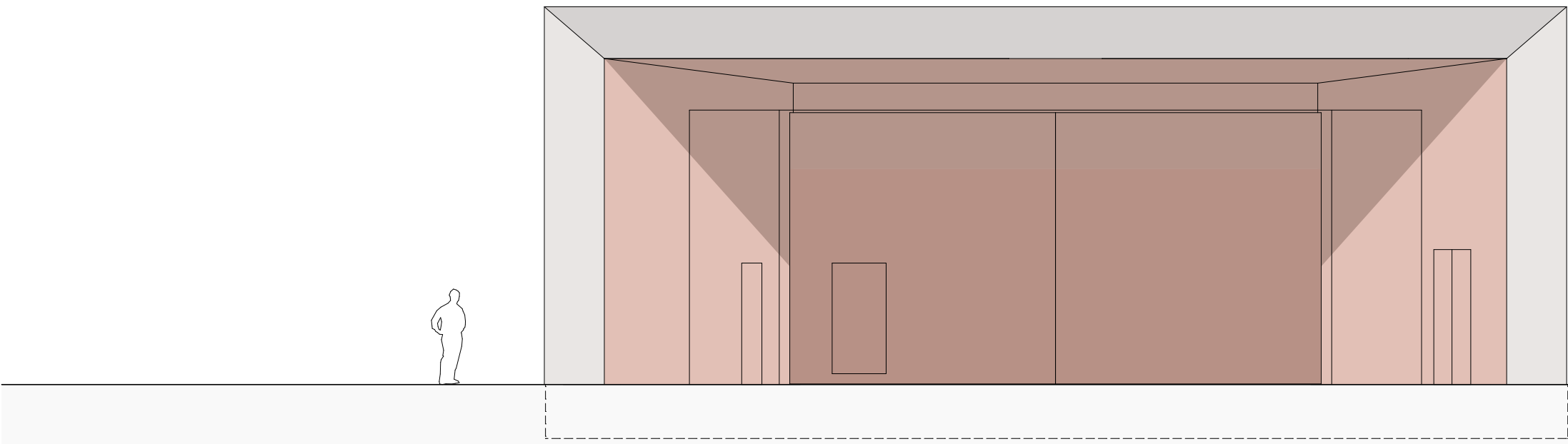


Ansicht Süd

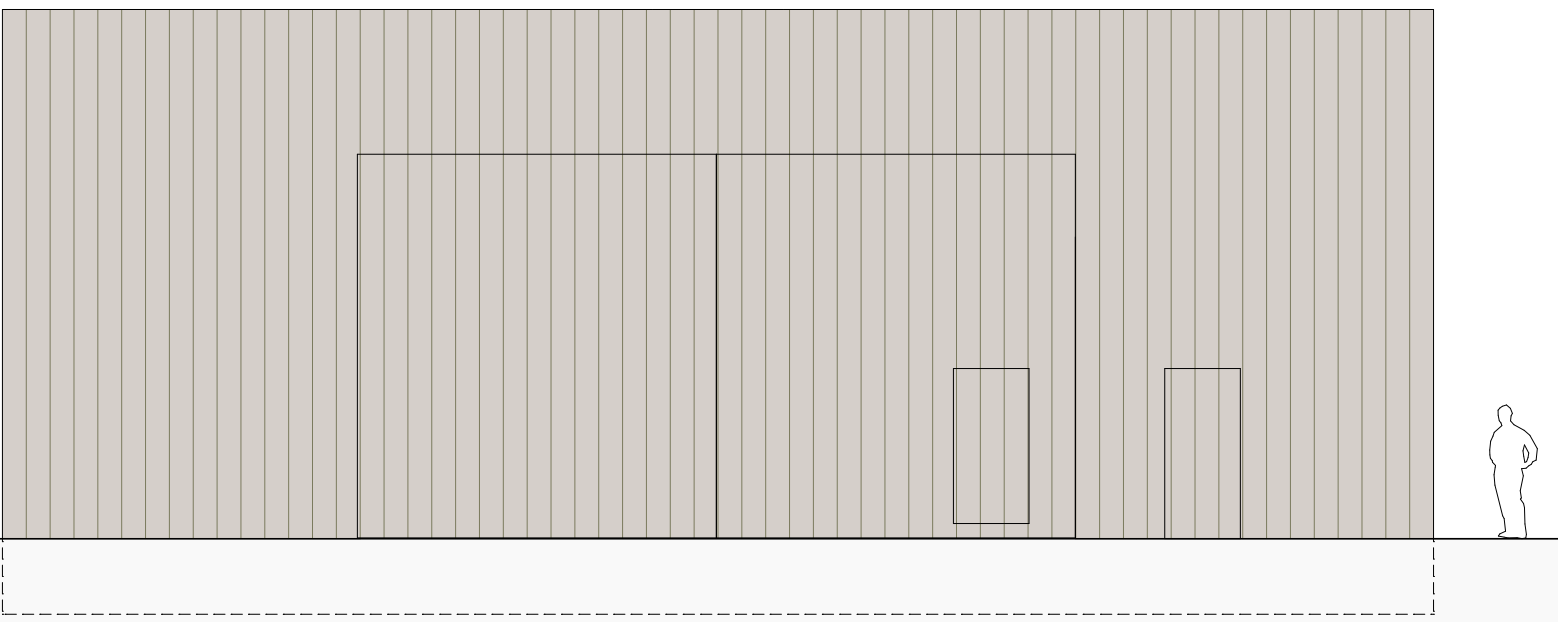




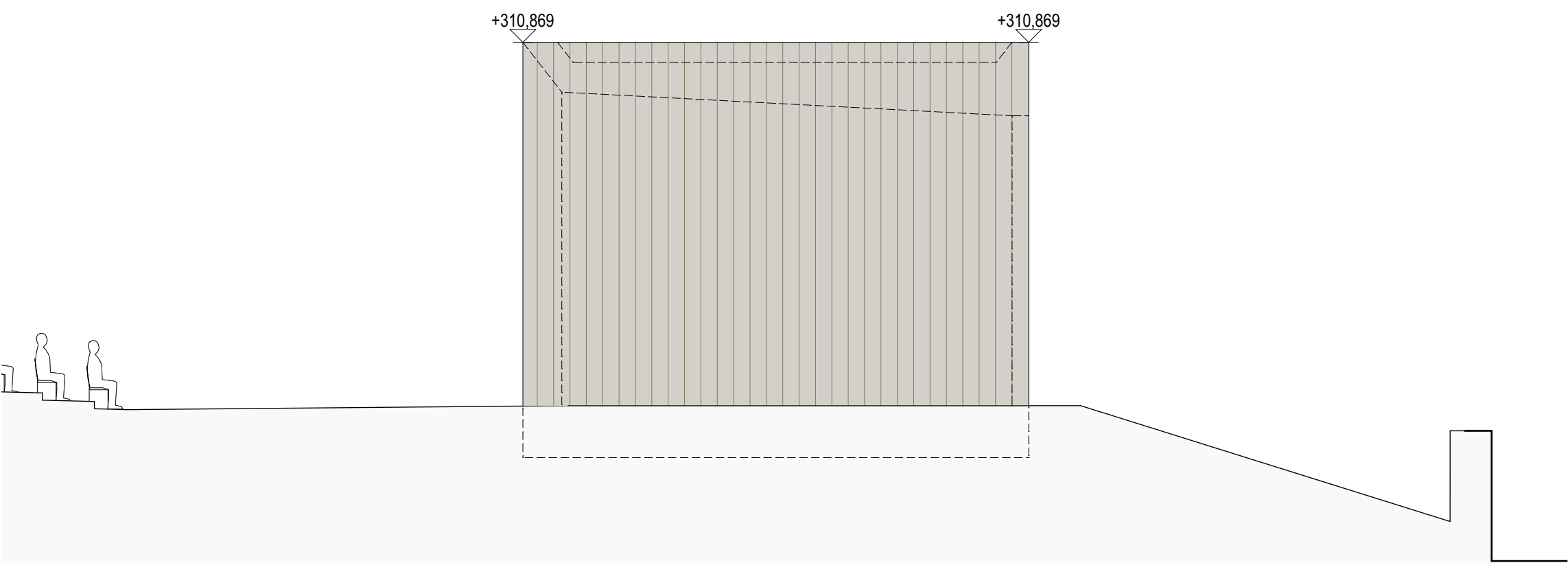
Variante 2



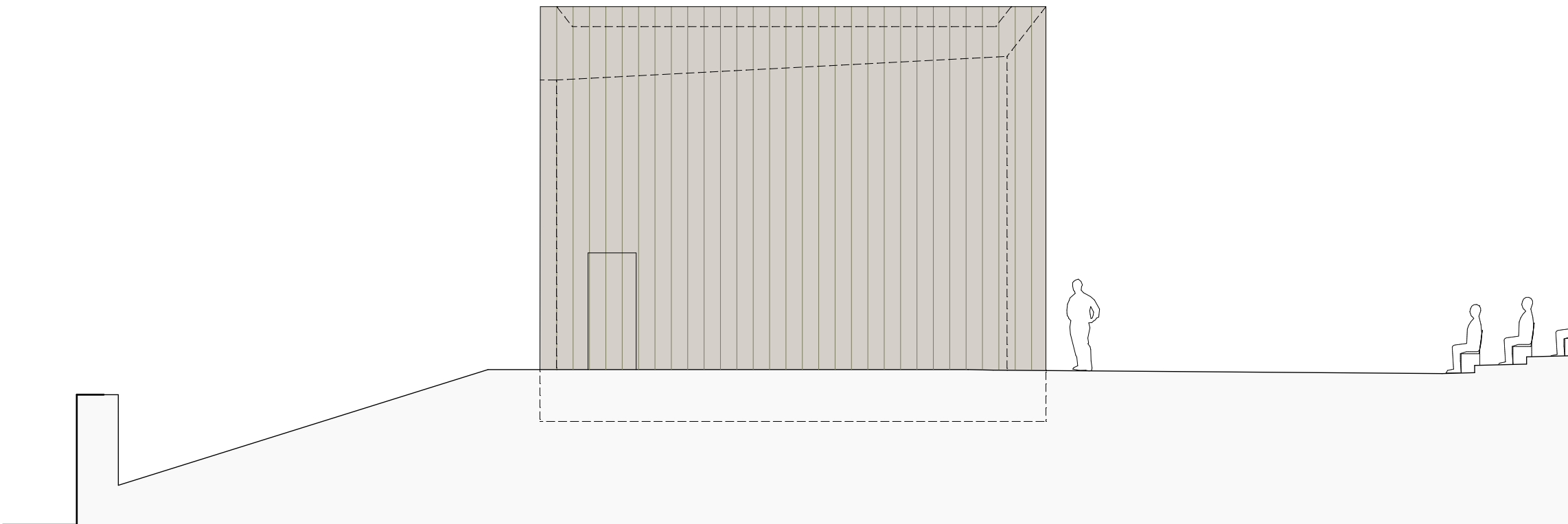
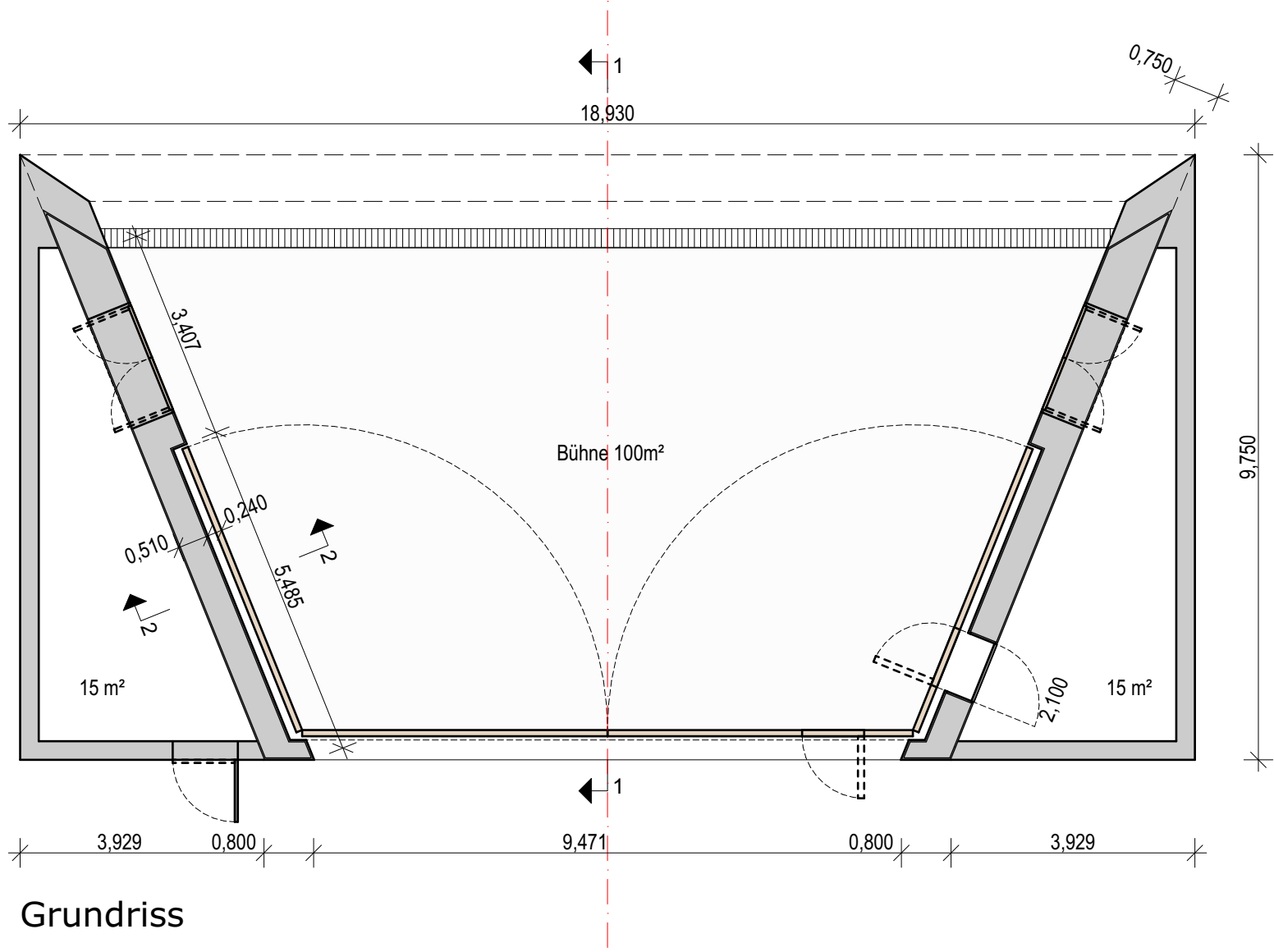
Ansicht Nord



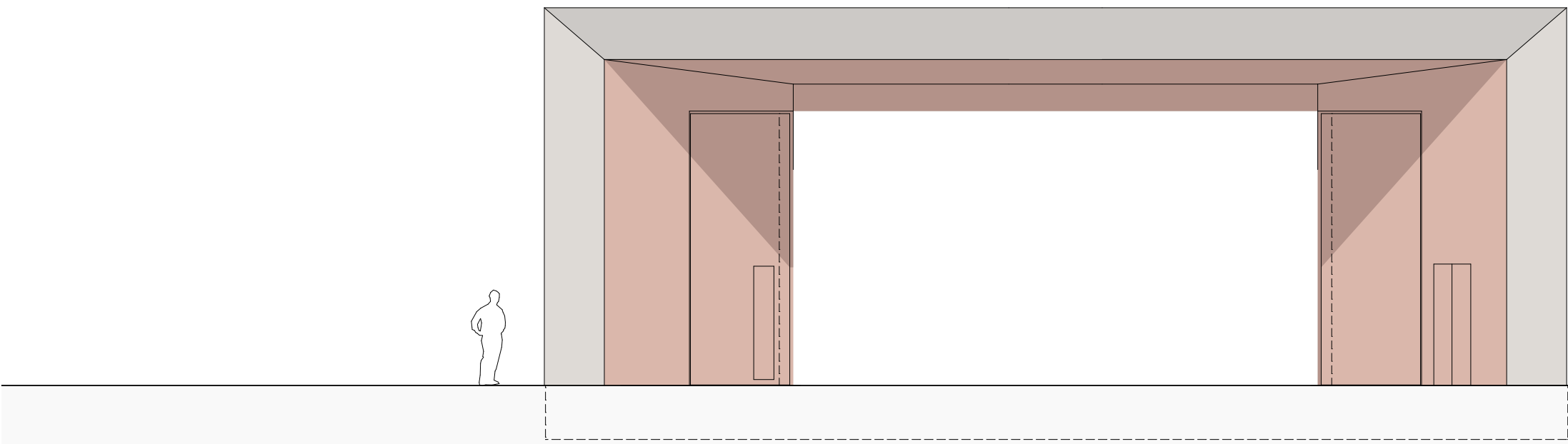
Ansicht Süd



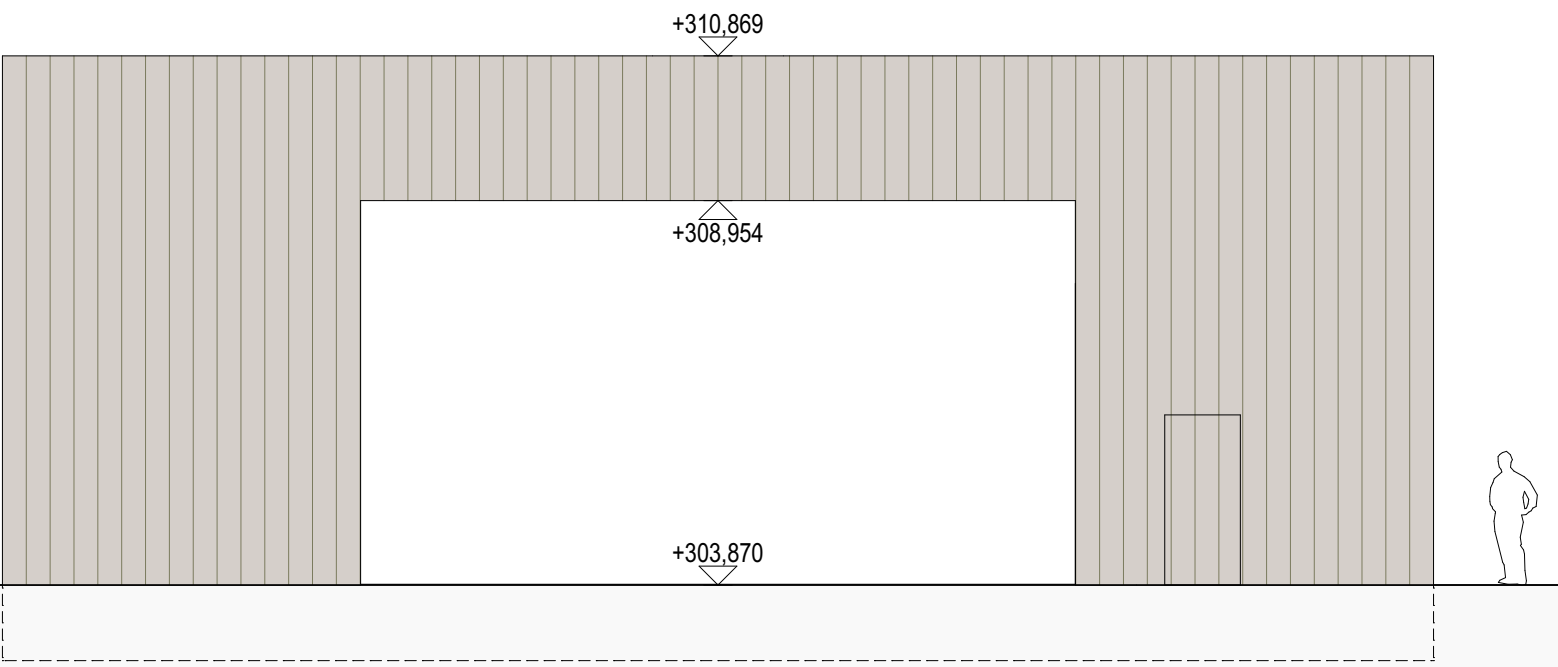
Ansicht West



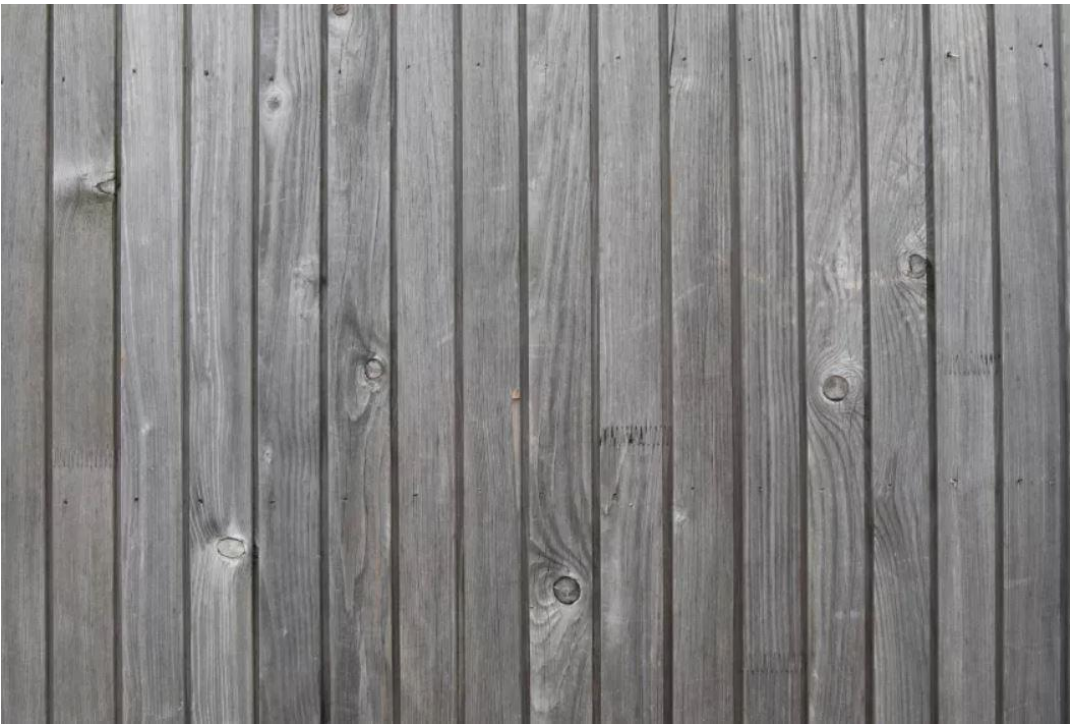
Ansicht Ost



Ansicht Nord



Ansicht Süd



Variante V 2

Fassade: Holz-Schalung vertikal  
Lärche vorbewittert

Datum: 01.09.2021 M 1/100

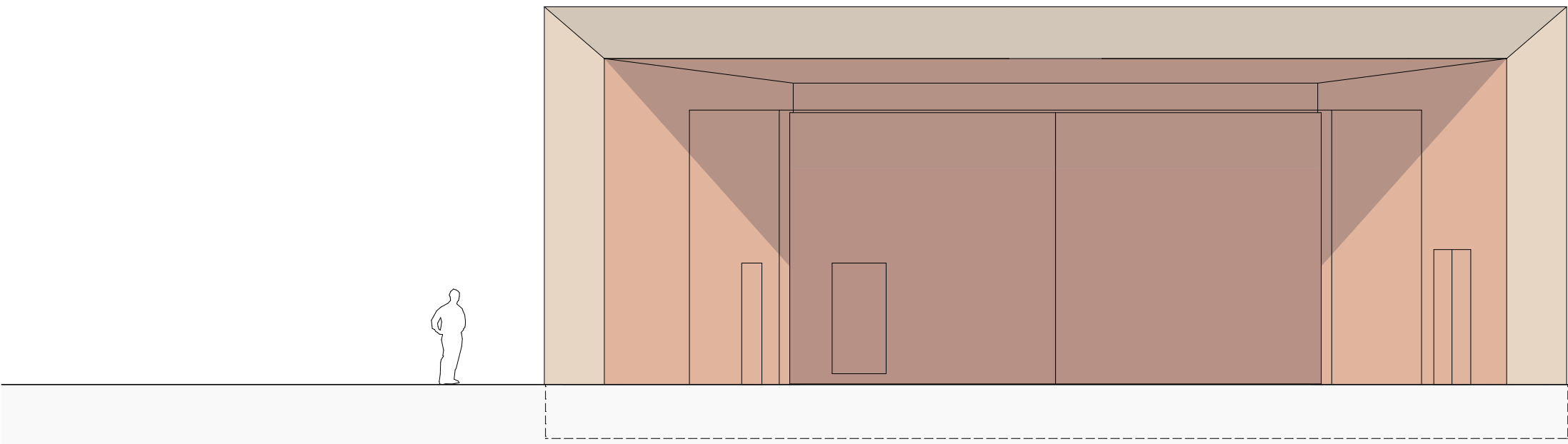
Sauerzapfe Architekten GmbH  
Lindenstraße 97,  
10563 Berlin,  
T 030 / 26390490  
info@sauerzapfearchitekten.de  
www.sauerzapfearchitekten.de

BAUHERR  
Universitätsstadt Siegen  
Abteilung 4/6 Grünflächen,  
Fludersbach 56, 57074 Siegen

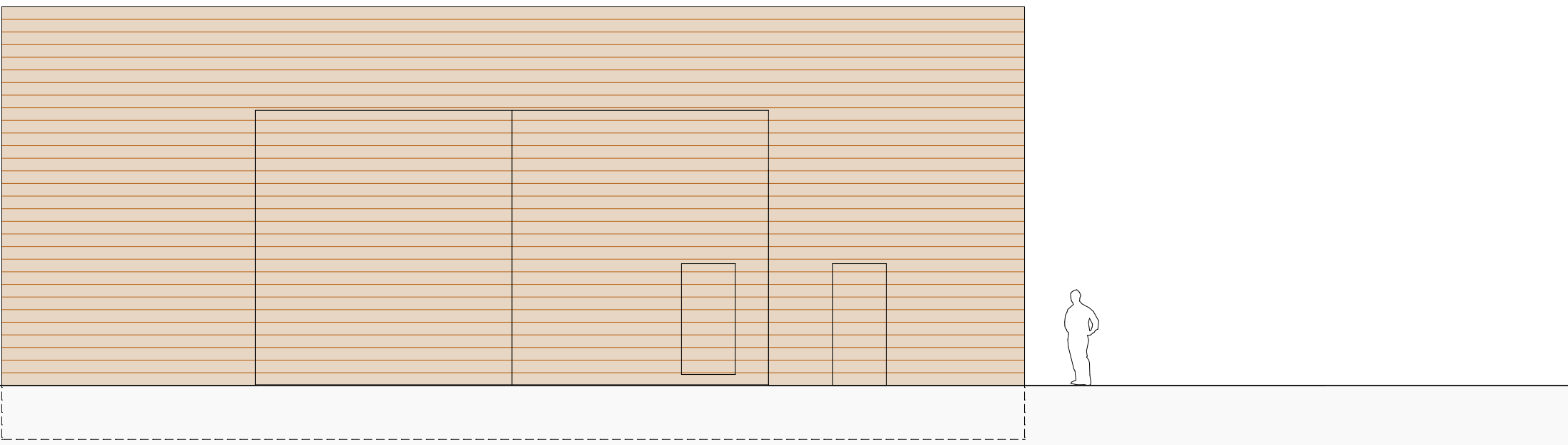




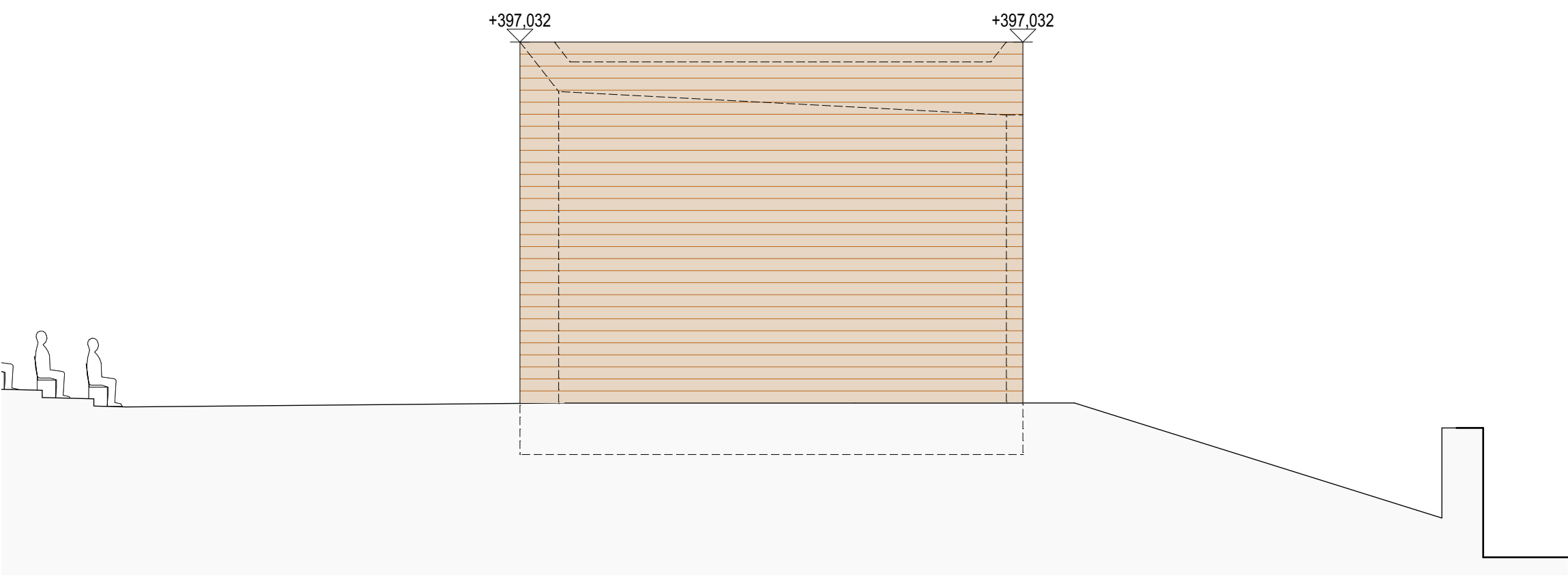
Variante 2



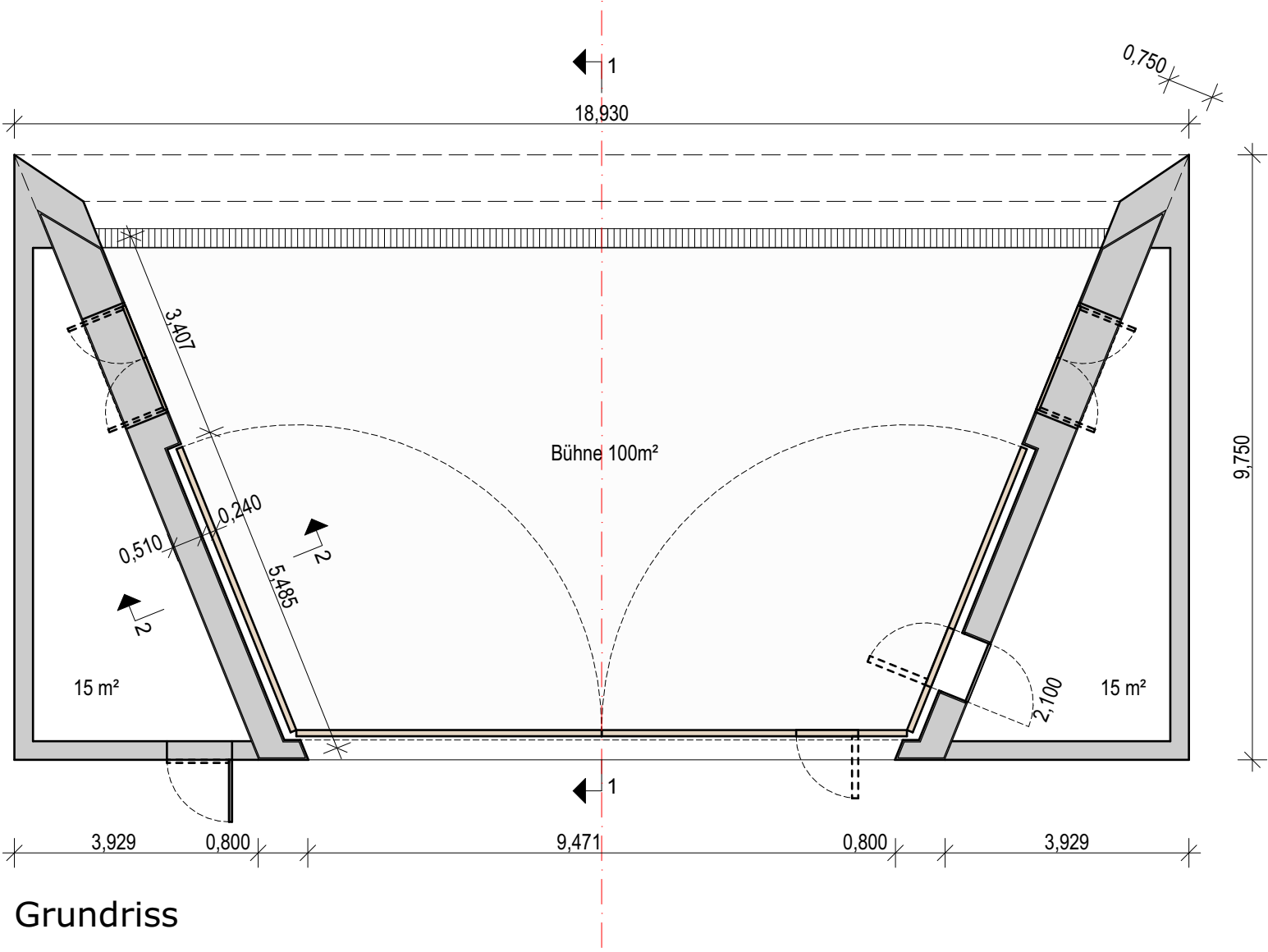
Ansicht Nord



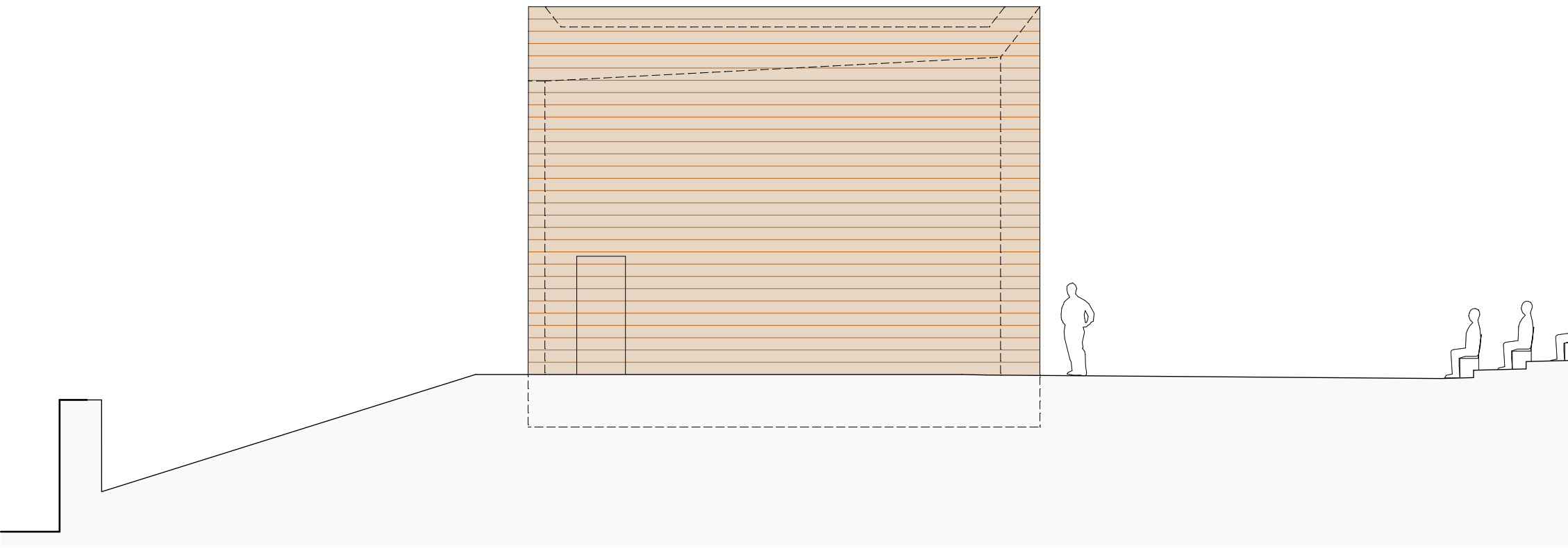
Ansicht Süd



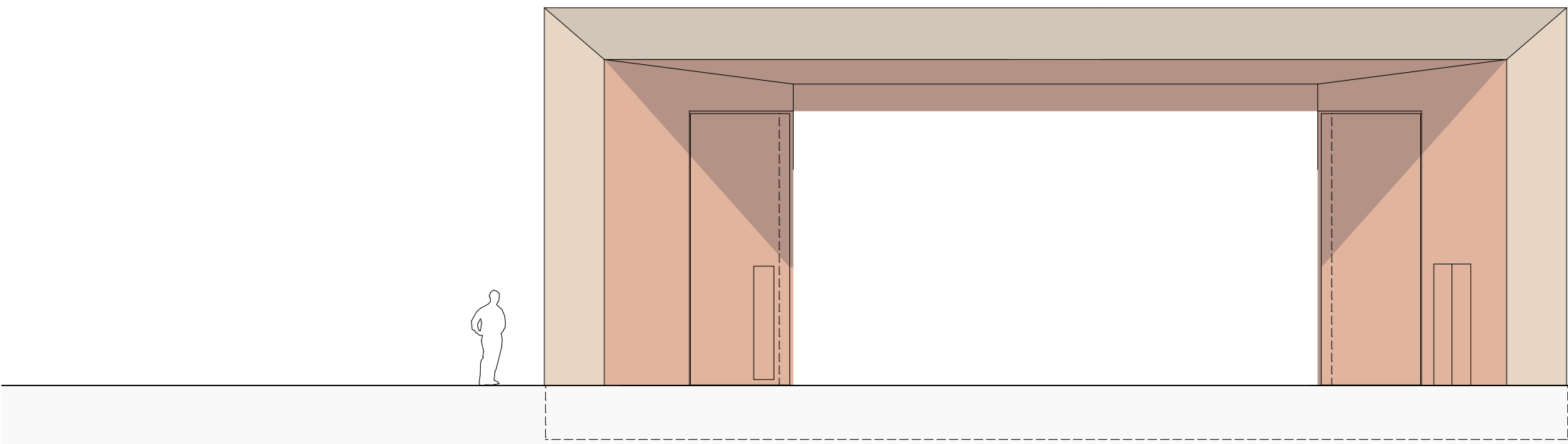
Ansicht West



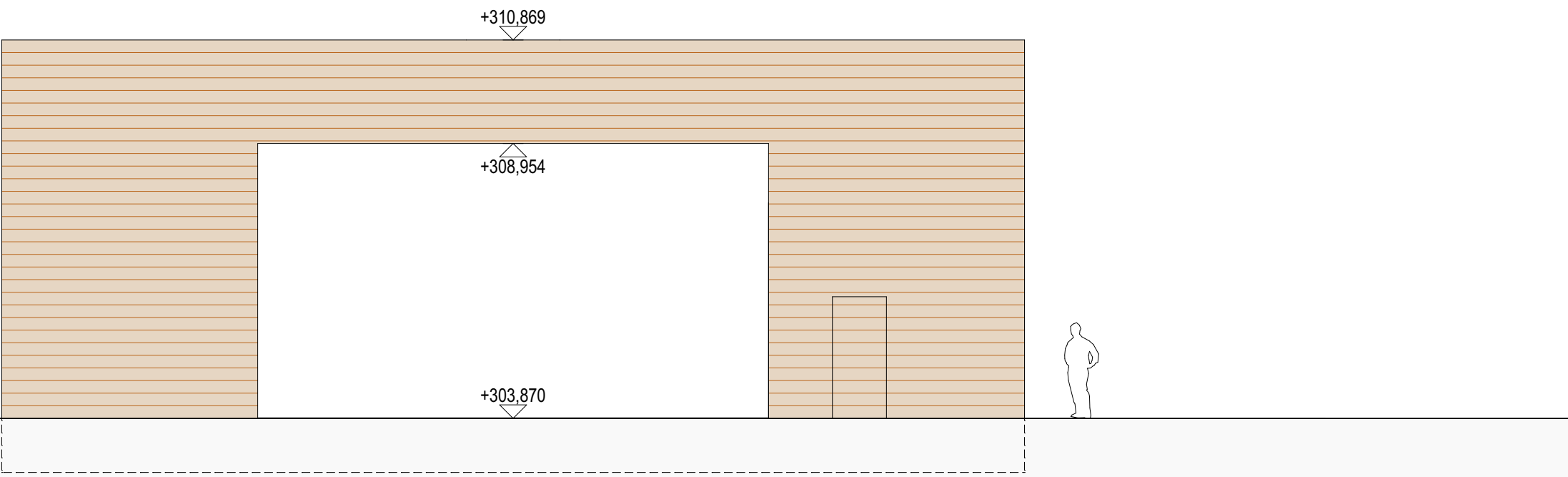
Grundriss



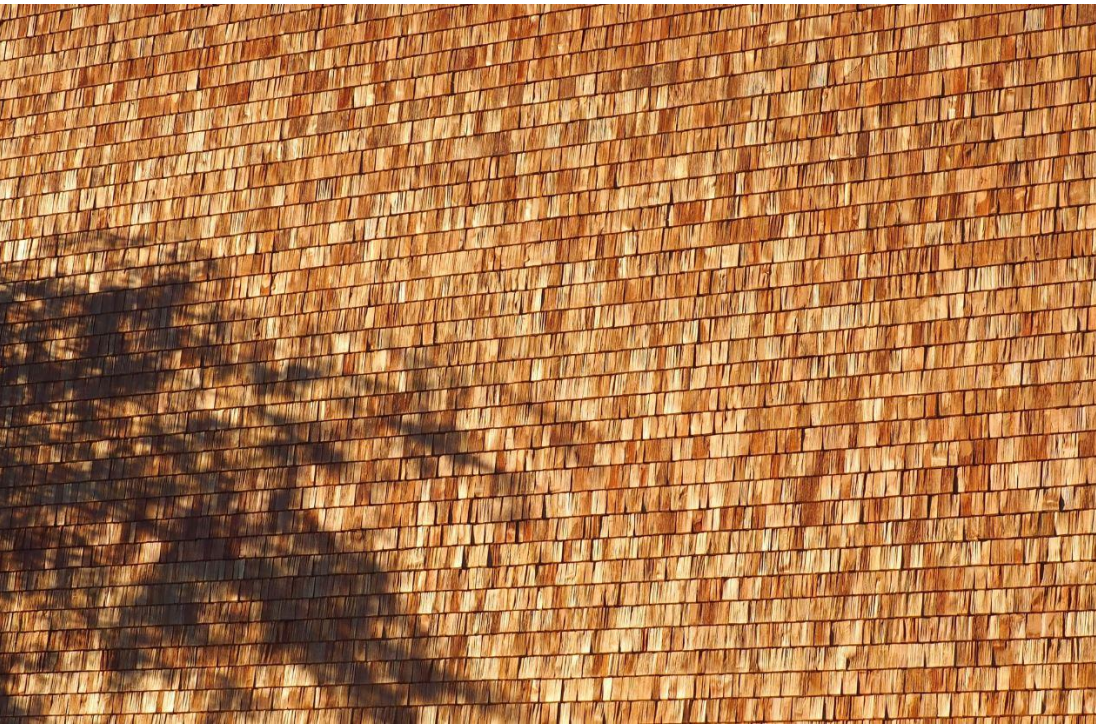
Ansicht Ost



Ansicht Nord



Ansicht Süd



Variante: V 2

Fassade: Holz-Schindeln horizontal

Datum: 01.09.2021 M 1/100

Sauerzapfe Architekten GmbH  
Lindenstraße 97,  
10585 Berlin,  
T 030 / 26390490  
info@sauerzapfearchitekten.de  
www.sauerzapfearchitekten.de

BAUHERR  
Universitätsstadt Siegen  
Abteilung 4/6 Grünflächen,  
Fludersbach 56, 57074 Siegen



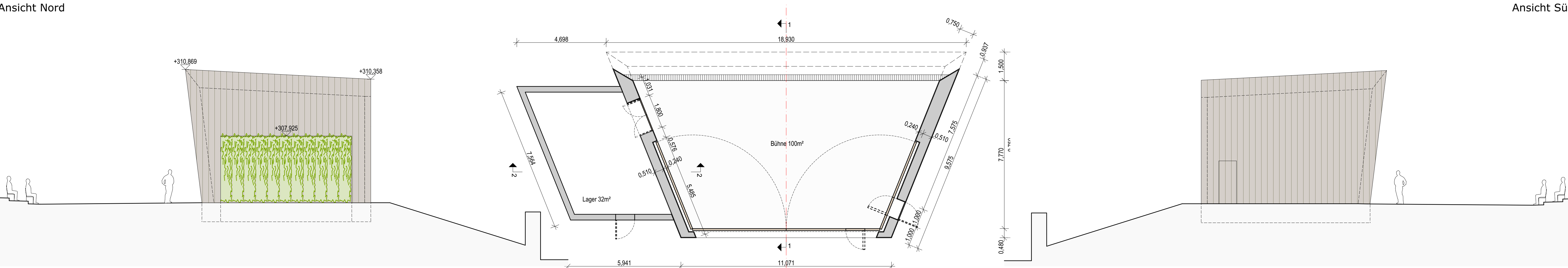


Variante 3



Ansicht Nord

Ansicht Süd



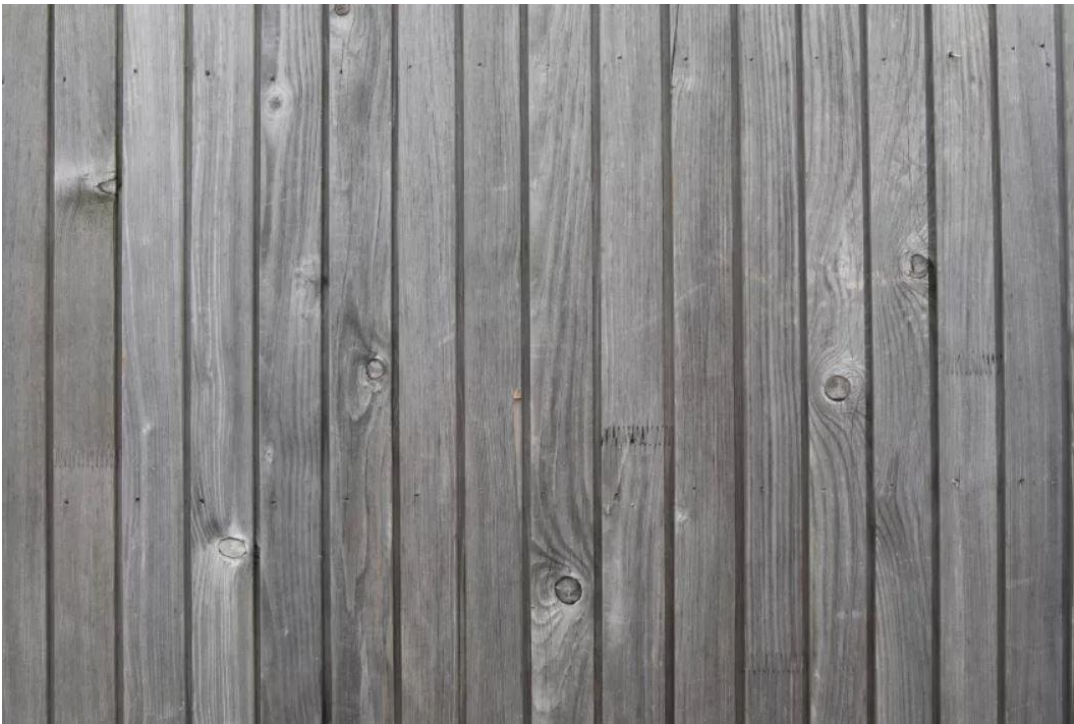
Ansicht West

Ansicht Ost



Ansicht Nord

Ansicht Süd



## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4  
Bereich: Stadtentwicklung  
Bearbeitet von: Lisa Peter

Siegen, 02.08.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

<b>Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften</b>	<b>23.09.2021</b>
<b>Bauausschuss</b>	<b>29.09.2021</b>
<b>Bezirksausschuss V - Siegen-West</b>	<b>30.09.2021</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>06.10.2021</b>

Kurzbezeichnung:

**Schaffung einer barrierearmen Verbindung zwischen Backes und Turnhalle in Trupbach**

### Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Universitätsstadt Siegen

1. beschließt den Bau einer Rampe und die Ertüchtigung des anschließenden Weges sowie die damit verbundene Umgestaltung des Spielplatzes „Kleeweg“ zur Herstellung einer barrierearmen Verbindung zwischen Backes und Turnhalle in Trupbach,
2. beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des Projektes,
3. beauftragt die Verwaltung mit der Beantragung von Fördermitteln aus dem Dorferneuerungsprogramm des Landes NRW.

### Sachverhalt / Begründung:

Der Backes in Trupbach liegt neben dem örtlichen Spielplatz, rückwärtig angrenzend an die Turnhalle. Durch die große Höhendifferenz zwischen den beiden Gebäuden kann der Backes aus Richtung der Turnhalle derzeit nur über eine steile Treppe oder einen steilen, asphaltierten Weg erreicht werden. Aus Richtung der südwestlich angrenzenden Wohnbebauung führt ein kleiner, steiler Trampelpfad zum Backes, der über eine Brücke und teilweise über Privatgrundstücke verläuft. Somit ist die Erreichbarkeit des Backes und des Spielplatzes derzeit für mobilitätseingeschränkte Personen sehr beschwerlich bis unmöglich. Zudem gibt es keine



WC-Anlage im oder am Backes, sodass bei Veranstaltungen die WC-Anlage in der Turnhalle genutzt werden muss. Auch hier ist aufgrund der Gegebenheiten die Erreichbarkeit für mobilitätseingeschränkte Personen unbefriedigend.

Im 2018 erstellten **DIEK Trupbach** wurden zur Behebung dieser Missstände zwei Projekte definiert, die die Situation an diesem wichtigen Ort des Dorfgemeinschaftslebens verbessern sollen: „Gestaltung eines barrierefreien Weges mit Sitzgelegenheiten zum Backes“ (Projekt 1.1) und „WC-Anlage am Backes einrichten“ (Projekt 1.5). Nach Prüfung verschiedener Möglichkeiten zur Umsetzung beider Projekte favorisiert die Verwaltung eine Verbindung beider Vorhaben durch den Bau einer Rampe zwischen Backes und Turnhalle.

Folgende Alternativen wurden geprüft:

Planungen zur Einrichtung eines Treppenlifts an der vorhandenen Treppe wurden aufgrund der Anfälligkeit des Bauwerkes für Vandalismus verworfen. Zur Bedienung des Treppenlifts wäre aus Sicherheitsgründen zudem ein Schlüssel notwendig gewesen, der durch den Heimatverein verwaltet werden müsste. Dies hätte zur Konsequenz, dass der Treppenlift nur in Absprache mit dem Heimatverein genutzt werden könnte, wohingegen eine Rampe jederzeit nutzbar ist (beispielsweise auch durch Eltern mit Kinderwagen auf dem Weg zum Spielplatz). Auch die Einrichtung einer WC-Anlage am Backes wurde nicht weiter verfolgt, weil zum einen in der Turnhalle und somit in unmittelbarer Nähe eine moderne WC-Anlage vorhanden ist und zum anderen damit keine Verbesserung der Erreichbarkeit des Backes erzielt werden kann.



Skizze zum Bau einer Rampe zwischen Backes und Turnhalle (ohne Maßstab)

Durch die geplante Rampe mit einer Steigung von ca. 10 % kann eine barrierearme Verbindung zwischen Backes und Turnhalle hergestellt werden. Eine barrierefreie Anbindung ist aufgrund der topographischen Verhältnisse nicht möglich.

Um eine durchgehend barrierearme Verbindung bis zum Backes herzustellen, muss zusätzlich der Weg von der Rampe bis zu den vorhandenen Rasenwabensteinen ertüchtigt werden, die dann zum Backes führen. Da diese Verbindung über den vorhandenen Spielplatz verläuft, ist dort der Rückbau der vorhandenen Seilbahn notwendig. Die vorhandene Stehwippe wird für die Zeit während der Bauarbeiten ebenfalls abgebaut, kann aber nach dem Bau der Rampe wieder aufgebaut werden (eventuell leicht versetzt). Zudem ist als Ersatz für die weggefallene Seilbahn vorgesehen, ein neues Spielgerät in Form einer Kletterkombination aufzustellen.

Die Kosten für den Bau der Rampe, der Ertüchtigung des Weges und dem Umbau des Spielplatzes werden mit 90.009,82 € geschätzt.

Da die Rampe über zwei Grundstücke verläuft, die sich in Privateigentum befinden und aktuell zur Nutzung als Spielplatz an die Stadt verpachtet sind, werden derzeit Vorbereitungen (Erwerb, neuer Pachtvertrag) getroffen, um für die geplante Nutzung dauerhaft auf die betroffenen Grundstücke zugreifen zu können. Der Bau der Rampe erfordert zudem die Fällung von zwei Birken, die nicht unter die städtische Baumschutzsatzung fallen.

Eine zeitnahe Umsetzung des Projektes ist geplant. Aufgrund der aktuell hohen Nachfrage nach Handwerkerleistungen ist bei einer kurzfristigen Ausschreibung und Umsetzung noch in diesem Jahr jedoch mit erheblichen Mehrkosten zu rechnen. Somit wird eine Umsetzung in 2022 angestrebt. Eine Umsetzung im Jahr 2022 bietet zudem die Möglichkeit, zum 30.09.2021 Fördermittel im Rahmen des Dorferneuerungsprogramms 2022 des Landes Nordrhein-Westfalen zu beantragen. Bei erfolgreicher Bewerbung ist mit einer Förderung in Höhe von 65 % der zuwendungsfähigen Ausgaben zu rechnen. Für die Finanzierung des Projektes ergeben sich somit folgende finanziellen Rahmenbedingungen:

Kosten geplant ohne Fördermittel	90.009,82 €
Förderquote Dorferneuerungsprogramm	65 %
voraussichtliche Fördermittel bei erfolgreicher Bewerbung	58.506,38 €
verbleibender Eigenanteil bei erfolgreicher Bewerbung	31.503,44 €

Bei einer Umsetzung des Projektes im Jahr 2022 und der entsprechenden Beantragung von Fördermitteln aus dem Dorferneuerungsprogramm ergibt sich folgender Zeitplan:

- Antrag auf Förderung „Dorferneuerung 2022“: 30.09.2021
- Förderbescheid: März/April 2022
- Ausschreibung: April/Mai 2022
- Umsetzung: Sommer 2022

Sollte ein entsprechender Antrag auf Förderung keinen Erfolg haben, kann die Maßnahme im Jahr 2022 aus den zur Umsetzung der DIEK-Maßnahmen bereitgestellten Haushaltsmitteln finanziert werden.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
90.009,82 €		90.009,82 € 31.503,44 €	ohne Förderung mit Förderung	

## Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im Finanzplan 2022	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode T090201200 Sachkonto
50.000 €				

## Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input checked="" type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  Die Fällung von zwei Birken ist unumgänglich, um eine barrierearme Zuwegung zum Backes zu ermöglichen.			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>  Alternativen wurden geprüft und sind nicht realisierbar.			

i.A.

gez.

Schumann  
Statbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5  
Bereich: Fachberatung / Verw. Kindertagesstätten  
Bearbeitet von: Isabella Klempau

Siegen, 30.08.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

<b>Jugendhilfeausschuss</b>	<b>16.09.2021</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>06.10.2021</b>
<b>Rat</b>	<b>27.10.2021</b>

Kurzbezeichnung:

**Mittelbereitstellung für die Weiterführung des Brückenprojekts "Kinderbetreuung in besonderen Fällen für Kinder aus Flüchtlingsfamilien und vergleichbaren Lebenslagen" im Zeitraum 01.01.2022 - 31.12.2022**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Mittelbereitstellung in Höhe von 93.600,00 € für Personal- und Sachkosten auf 06020100/5019000 + 5281000 für die Weiterführung des Brückenprojektes in der Hüttenstr. 16c in Siegen-Geisweid ab 01.01.2022

### Sachverhalt / Begründung:

Wie bereits in der Vorlage VL 247/2021 dargestellt, haben auch im Kindergartenjahr 2021/2022 im Stadtteil Geisweid insbesondere Flüchtlingskinder und Kinder aus osteuropäischen Ländern noch keinen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung.

Diese Kinder haben einerseits einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung und zudem wird bei zahlreichen Kindern durch das Gesundheitsamt ein Sprachförderbedarf festgestellt, da die Kinder vor der Einschulung stehen und nur ungenügende Deutschkenntnisse vorweisen. Das Schulamt spricht in diesen Fällen eine gesetzliche Verpflichtung unter Androhung von Bußgeldern aus, die Kinder an einem Sprachförderangebot teilnehmen zu lassen. Für das Sprachförderangebot sind die örtlichen Kindertageseinrichtungen zuständig, sofern die Kinder einen Kindergartenplatz haben. Sollte dies nicht der Fall sein, obliegt die Pflicht, ein solches Angebot bereitzustellen, dem örtlichen Jugendamt.

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe stellt ein Förderangebot für das Brückenprojekt zur Verfügung. Der Antrag für den vorgesehenen Zeitraum wird zum Ende des Jahres gestellt. Die Fördersumme beträgt voraussichtlich 93.600,00 € im Kalenderjahr.

Im Projekt soll für 15 Kinder mit 20 Stunden pro Woche ein Förderangebot bereitgestellt werden. Aktuell werden in dem Brückenprojekt 10 Kinder betreut. Es handelt sich insofern um die Fortführung des bereits begonnenen Projektes und damit ein lückenloses Förderangebot für die Kinder bis zum Schuleintritt in 2022.

Da eine Antragstellung beim Landschaftsverband erst gegen Ende des Jahres möglich ist und der Bewilligungsbescheid erfahrungsgemäß erst im ersten Drittel des neuen Jahres zugehen wird, ist die Bereitstellung der Mittel für Personal- und Sachkosten vorab notwendig, damit das Projekt zum Jahresbeginn (vor Bewilligung der Förderung) pünktlich starten bzw. lückenlos weiter geführt werden kann.

**Finanzielle Auswirkungen** ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
93.600,00 €				

#### Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan 2021	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 93.600,00 €	Kostenträger/ Investitionscode 06020100 Sachkonto 5019000/5281000
--	---	-------------------------------	--	---

#### Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>  			



--

Im Auftrag

gez.

Andree Schmidt  
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5

Siegen, 12.07.2021

Bereich: Fachberatung / Verw. Kindertagesstätten

Bearbeitet von: Y. Matzke, S. Wüst-Dahlhausen, H. Rosenheinrich, Dr. A. Matzner, Dr. R.

Jung

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss	01.09.2021
Jugendhilfeausschuss	16.09.2021
Rat	22.09.2021
Haupt- und Finanzausschuss	06.10.2021
Rat	27.10.2021

Kurzbezeichnung:

Stadtteilzentrum Lindenberg

### Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Einrichtung eines Kinder- und Jugendhilfezentrums im Wohngebiet Lindenberg (Stadtteilzentrum Lindenberg) gemäß den inhaltlichen Eckpunkten dieser Vorlage zum 01.01.2022.
2. Für die Ausstattung der Einrichtung erfolgt eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung gem. § 83 Abs. 2 GO NW in Höhe von 30.000 € auf H060201117 für das Jahr 2021. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben bei H060201106 – Kita Breitscheidstraße, Umbau ehem. Hüttentalschule.
3. Für Personal- und Sachkosten werden ab dem Haushaltsjahr 2022 Personal und Sachkosten in Höhe von 270.000 € haushaltsneutral bereitgestellt.

### Sachverhalt / Begründung:

1. Sozialräumliche Situation

Die Universitätsstadt Siegen veröffentlicht seit dem Jahr 2013 einen regelmäßigen Sozialbericht. In diesem werden soziale Lebenslagen in der Stadt und deren Entwicklungen beschrieben (siehe VL 296/2021).

Der Siegener Lindenberg wurde in allen städtischen Berichten seit dem Jahr 2013 als ein Stadtteil identifiziert, in welchem viele Menschen leben, die einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt sind. Von den 3.800 dort wohnenden Menschen beziehen bspw. viele Mindestsicherungsleistungen nach dem 2. Sozialgesetzbuch, die SGB II-Quote ist mit 16,5% vergleichsweise doppelt so hoch ausgeprägt wie im gesamtstädtischen Durchschnitt. Auch die Arbeitslosenrelation ist mit 13,4% erhöht, ebenso liegen der Altenquotient (36,1%) und der Jugendquotient (26,0%) über den städtischen Durchschnittswerten. 34,4% der Menschen, die am Lindenberg leben, besitzen einen Migrationshintergrund. Mehr über 65 Jährige als im städtischen Durchschnitt nehmen am Lindenberg Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII ins Anspruch (6,1%). Im Sozialmonitoring 2021 der Universitätsstadt Siegen wurde der Stadtteil auf Basis dieser Daten erneut in die Kategorie „hohes Armutsrisiko“ eingeordnet.

Vergleichbare Stadtteile, wenn auch mit teilweise noch höheren Werten im Bereich des Armutsindex, sind Siegen-Fischbacherberg und Siegen-Geisweid.

Am Fischbacherberg besteht seit mehreren Jahrzehnten eine ausgeprägte Struktur an sozialen Einrichtungen, Hilfsangeboten und Projekten (z.B. Kinder- und Jugendtreff Fischbacherberg; Stadtteilbüro; ASD-Außenstelle; freie Träger der Jugendhilfe wie V.A.K.S., Ev. Jugendhilfe Friedenshort, RaBauki e.V.; "DIAS.komm"/BIWAQ-Standort; Runder Tisch Fischbacherberg; SchönUndGut Erfahrungsfeld). Auch im Raum Siegen-Geisweid haben Menschen bei Bedarf die Möglichkeit wohnortnah Förderung, Unterstützung und Hilfe zu finden (z.B. Kinder- und Jugendtreff Geisweid & Westhang; Haus der interkulturellen Bildung (HiB); Jugendmigrationsdienst Siegen; Multiprofessionelle Teams an Schulen; Stadtteilkonferenzen; freie Träger der Jugendhilfe wie Ev. Jugendhilfe Friedenshort, Kath. Jugendwerk Förderband, Sozialwerk St. Georg).

Am Lindenberg finden sich u.a. Angebote über das "Familienzentrum am Lindenberg"(Kooperation Montessorischule Siegen, Kindertreff Lindenberg, Ev. Kindertagesstätte "Unterm Sternenzelt"), jedoch in erster Linie für Kinder (und deren Eltern), die die entsprechenden Einrichtungen besuchen. Eine vergleichbare Struktur an wohnortnahen Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten wie am Fischbacherberg oder in Siegen-Geisweid hat sich am Lindenberg bislang nicht etabliert, trotz des ausgewiesenen Bedarfes.

Bei der Beratung des Sozialmonitorings sowie des Kinder- und Jugendförderungsplans in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 22.04.2021 wurde daher in der Diskussion zur Situation im Wohngebiet Lindenberg nach Handlungsoptionen zum Ausbau der Infrastruktur in der Kinder- und insbesondere der Jugendarbeit und der stadtteilbezogenen Sozialarbeit gefragt.

Gleichzeitig bestätigen die Anmeldezahlen für das Schuljahr 2021/2022 an der Montessori-Schule den zusätzlichen Bedarf an Räumlichkeiten für den Unterricht und Betreuung, der kurzfristig nur durch die Räume des Kindertreffs Lindenberg abzudecken ist. Dadurch ist ein zusätzlicher Handlungsdruck gegeben.

In dieser Situation hat die evangelische Erlöser-Kirchengemeinde angeboten, für Zwecke der Kinder- und Jugendarbeit sowie für Beratungs- und Gruppenangebote im Stadtteil Linden-

berg, das derzeitige Gemeindehaus in der Gießener Str. ab Januar 2022 anzumieten, da dieses im Zuge der Gemeindereform aufgegeben und entwidmet wird.

## 2. Aufbau eines Stadtteilzentrums

In mehreren Gesprächen mit den verschiedenen Fachdiensten im Jugendamt und in der Abstimmung mit freien Trägern sozialer Arbeit ist die Idee entstanden, das Gemeindezentrum künftig als Stadtteilzentrum herzurichten.

Das Stadtteilzentrum Siegen-Lindenberg soll als niedrigschwellige und attraktive Anlaufstelle u.a.

- gezielte Angebote für Kinder, Jugendliche, deren Eltern und die Bewohnenden des Lindenbergs bieten
- bestehende Hilfs- und Unterstützungsangebote stärken/bündeln
- leichte und schnelle Zugangswege für die Bewohnenden des Stadtteils schaffen
- Raum für Begegnung bereitstellen
- Engagierten und professionell Handelnden im Stadtteil die Möglichkeit geben, sich zu vernetzen und gemeinsam Ideen für den Lindenberg zu entwickeln und umzusetzen.

In der Angebotsstruktur des Stadtteilzentrums Siegen-Lindenberg soll für die Umsetzung dieser Ziele u.a. das "Jugendamt als Ganzes" in der Zusammenarbeit mit Angeboten freier Träger abgebildet werden. Zusätzlich sollen Räumlichkeiten von der Frauengruppe der Kirchengemeinde und anderen Gruppen und Zusammenschlüssen im Haus genutzt werden<sup>1</sup>.

Die Angebotsstruktur der Einrichtung soll anhand von drei Bausteinen entwickelt werden:

- Offene Kinder- und Jugendarbeit / -förderung
- Frühe Hilfen / „Kinderstark NRW“
- Erzieherische Hilfen / Soziale Dienste

### 2.1 Offene Kinder- und Jugendarbeit / -förderung

Der Kindertreff (früher in der Fludersbach untergebracht, seit über 15 Jahren in der Montessori-Schule) ist seit Jahrzehnten eine etablierte Institution am Lindenberg. Federführend im Verbund „Familienzentrum Lindenberg“ ist er eine verlässliche Einrichtung für Kinder, Jugendliche sowie Eltern und bietet Beratung, Begleitung, Bildungsangebote, kreative Freizeitgestaltung und schulische Förderung. Der Kindertreff ist durch eine Kooperationsvereinbarung eng mit der Montessorischule verbunden und trägt zum Gelingen eines vielfältigen und bedarfsgerechten Angebotes im Rahmen der OGS bei. Die Zusammenarbeit im interdisziplinären Team mit dem OGS-Träger VAKS, dem Integrationsfachdienst INVEMA und den Lehrkräften ist geprägt durch einen hohen Anspruch an Inklusion von Schülerinnen und Schülern

---

<sup>1</sup> Vergl. dazu die Neufassung den neuen § 4a im SGB VIII, wonach die öffentliche Jugendhilfe künftig selbstorganisierte Zusammenschlüsse von Adressatinnen und Adressanten der öffentlichen Jugendhilfe unterstützen, fördern und beteiligen soll, „... insbesondere zur Lösung von Problemen im Gemeinwesen oder innerhalb von Einrichtungen...“

mit besonderen Förderbedarfen im Rahmen des „Pool-Modells“. Aktuell werden ca. 150 Kinder in der OGS betreut, das entspricht einem Anteil von etwa 82%.

Eine Besonderheit ist die Verzahnung von OGS und Offenen Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit. Täglich ab 15 Uhr steht der Treff allen Kindern im Grundschulalter aus dem Stadtteil offen. An drei Tagen finden von 17 bis 19 Uhr Angebote für Jugendliche statt.

Die Räumlichkeiten des Kindertreffs in der Montessorischule sind auf einen Trakt mit großer Küche, Kickerraum und Kreativraum sowie einem zusätzlichen Büro beschränkt. Die Einrichtung der Räume ist auf die Bedarfe der Kinder, die nachmittags dort betreut werden, abgestimmt. Bei der Befragung im Vorfeld der Erstellung des aktuellen Kinder- und Jugendförderungsplans haben Jugendliche eigene Jugendräume gefordert. Derzeit nutzten etwa 25 Jugendliche zwischen 10 und 14 Jahren regelmäßig die Angebote, vorwiegend Ausflüge und sportliche Aktivitäten. Der Bedarf an breiteren Angeboten für Jugendliche im Stadtteil wurde bereits mehrfach formuliert. Die Räume des Kindertreffs in der Montessorischule bieten aber kaum Möglichkeiten für attraktive, bedarfsgerechte Jugendarbeit und keinen Freiraum zur Mitgestaltung.

Der Kindertreff kann im Stadtteilzentrum Offene Kinder- und Jugendarbeit mit dem Schwerpunkt Jugendarbeit leisten und somit einen niedrigschwelligen Treffpunkt für junge Menschen im Wohnumfeld bieten. Unter Berücksichtigung der Interessen von Jugendlichen sollen, verschiedene Bildungs- und Freizeitangebote (Erlebnispädagogik, Kreativangebote etc.) umgesetzt werden. Fachkräfte können Beratung und Unterstützung bei der Berufsorientierung (Bewerbungen schreiben etc.) sowie schulische Förderung bieten. Eigene Räume im Stadtteilzentrum sollen Kindern und Jugendlichen außerschulische Freiräume für Mitgestaltung und selbstbestimmte Bildung bieten.

Insbesondere für Kinder im Alter ab 10 Jahren fehlen nach der Ganztagsbetreuung in der OGS strukturierende außerschulische Angebote. Durch das Stadtteilzentrum entsteht zudem eine niedrigschwellige Anlaufstelle für junge Menschen, die unbürokratisch Zugänge zu Beratung in schwierigen Lebenssituationen eröffnet. Für die Angebote für Jugendliche sind eine 0,5 Stelle sozialpädagogische Fachkraft und 20 Wochenstunden für Honorarkräfte vorzusehen.

Im Stadtteilzentrum können sozialräumliche Angebote des Kindertreffs ausgebaut werden:

- Mittagstisch, Koch- und Backangebote für Kinder und Jugendliche
- wöchentliches Elterncafé (freitags, ca. 15 erwachsene Teilnehmende plus Kinder)
- Bildungsangebote für Eltern (Vorträge, Workshops, Seminare ec.)
- Freizeitangebote für Väter mit Kindern, Vater-Kind-Wochenenden
- Freizeitangebote für Mütter
- Sprachkurse für Elternteile inklusive Kinderbetreuung
- Kreativ- und Freizeitangebote für Familien, Ausflüge für Familien
- Erziehungsberatung in Kooperation mit der Erziehungsberatungsstelle der Ev. Jugendhilfe Friedenshort
- Feste und Veranstaltungen mit sozialem und kulturellem Schwerpunkt (multikulturelles Buffet, Weihnachtsbäckerei, Lesenächte, Laternen- und Lichterfest etc.)
- Offenes Stadtteilcafé
- verschiedene generationsübergreifende Angebote
-

Die sozialräumlichen Angebote können im Verbund des Familienzentrums am Lindenberg umgesetzt werden. Hier stehen dem Verbund Fördermittel in Höhe von 20.000 € jährlich zur Verfügung. Einzelne Projekte (außerschulische Jugendarbeit, Freizeiten etc.) können über das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ gefördert werden.

Der Kindertreff Lindenberg ist seit vielen Jahren im Stadtteil verwurzelt und die Mitarbeitenden kennen die Bedarfe und die Ressourcen vor Ort. Ein offenes Stadtteilzentrum bietet viele Möglichkeiten, die Angebote im Bereich der Jugendarbeit und der Sozialraumarbeit auszuweiten. Die Verknüpfung von erzieherischen Angeboten (EJA) und Offenen Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit unterstützt den inklusiven Ansatz des Kindertreffs (s.u.).

## 2.2 Frühe Hilfen für Familien / Familienhebammen, Willkommensbesuche, Lotsendienste

Unter dem Stichwort „FRÜHE HILFEN für Familien“ erarbeitet das Jugendamt Angebote, die darauf abzielen, frühzeitig die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern zu verbessern und Eltern in ihrer Erziehung – und Beziehungskompetenz zu stärken. Zielgruppe der Frühen Hilfen sind Eltern mit Kindern in der Schwangerschaft und bis zum 3. Lebensjahr.

**Der Blick auf die Zielgruppe der Frühen Hilfen macht deutlich, dass eine Verzahnung des Systems der frühen Kindertagesbetreuung (Kindertagespflege und Kindertageseinrichtung / Familienzentrum) und der Frühen Hilfen äußerst sinnvoll ist und sich positiv ergänzen kann.**

Unter diesem Blickwinkel soll im Stadtteilzentrum Lindenberg die Kooperation zwischen den Angeboten des Familienzentrums vor Ort und den Angeboten des Familienbüros/Frühe Hilfen intensiviert werden.

Im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit dem Familienzentrum werden sich im Stadtteil sowohl fallübergreifende als auch fallbezogene Kooperationen intensivieren.

Die fallübergreifende Kooperation hat vor allem das Ziel, sich gegenseitig über das jeweilige Aufgabenspektrum zu informieren, Fragen der Angebotsgestaltung zu klären und Verfahren im Kinderschutz aufeinander abzustimmen. Die fallbezogene Kooperation zielt darauf, Eltern Zugänge zu passgenauen Beratungs – und Unterstützungsangeboten zu eröffnen. Nehmen Familien bereits das Angebot des Familienzentrums bzw. der frühen Kindertagesbetreuung in Anspruch können diese in Angebote der Frühen Hilfen gelotst werden. Nehmen Familien Angebote der Frühen Hilfen in Anspruch, können diese als Lotsinnen/en in die Kindertagesbetreuung fungieren.

Um eine hohe Akzeptanz für die Angebote Früher Hilfen im Stadtteil zu erreichen wird es erforderlich sein, eine feste Anlaufstelle vor Ort zu schaffen. Hier sollte eine ansprechende Spielecke eingebunden sein in eine verlässliche Anlaufstelle, die Raum für Begegnung, Austausch und Beratung bietet. Neben der im Stadtteil bekannten Fachkraft der Frühen Hilfen, die die Willkommensbesuche durchführt, sollte eine feste Ansprechperson im Stadtteilzentrum (Sozialarbeiter/in/ Sozialpädagoge/in/Erzieher/in, Heilpädagoge/in) zum einen die Kontinuität für Beziehung im Stadtteil sichern (mindestens 0,5 Stellenanteil) und darüber hinaus die Maßnahmen und Projekte vor Ort anregen und initiieren. Hier ist eine Verknüpfung der Angebote Früher Hilfen und im Rahmen des Projektes kinderstark NRW mit Schwerpunkt in Geisweid möglich.

## 2.3 Erzieherische Hilfen / Soziale Dienste

Aus Sicht des Allgemeinen Sozialdienstes (ASD) fehlen am Lindenberg wohnortnahe Unterstützungsmöglichkeiten für Kinder, die einen erhöhten Bedarf an tagesstrukturierenden Maßnahmen haben. Der Rahmen der Offenen Ganztagsschule zeigt sich für diese Kinder oft als zu anstrengend aufgrund der Gruppengrößen im Offenen Ganztag, Verhaltensauffälligkeiten sprengen zudem nicht selten die Möglichkeiten des dortigen Personals.

Es ist aufgrund dieses Bedarfes geplant, im Stadtteilzentrum Lindenberg eine „EJA“-Gruppe im Rahmen von Hilfen zur Erziehung einzurichten, die damit im direkten Lebensumfeld der Kinder liegt. Diese niederschwellige Form von erzieherischen Hilfen richtet sich im Besonderen an Kinder im Grundschulalter und ist verknüpft mit Offener Kinder- und Jugendarbeit („EJA“ = Erziehungshilfe und Jugendarbeit). Durch ein integratives Konzept mit Durchlässigkeit zum Regelbetrieb wird Ausgrenzung entgegenwirkt.

Das kontinuierlich hohe Aufkommen an Beratungsbedarfen bei Familien am Lindenberg, oftmals im Rahmen von Kinderschutztätigkeiten, verdeutlicht darüber hinaus seit Jahren, dass viele Familien im Stadtteil Orte der Begegnung brauchen. Gerade über das Fehlen an Kontaktmöglichkeiten aufgrund der Einschränkungen der Covid 19-Pandemie, verstärkten sich z.B. Tendenzen der Mediennutzung bis hin zu Medienabhängigkeit in den Familien. Gleichzeitig ist das Nutzen von Vereinsmöglichkeiten oftmals eine Hürde und bedarf vorbereitender Kontakträume, das Finden von Interessen, das Zutrauen, sich in fremde Gruppen zu begeben. Ein „Vakuum“ zeigt sich hier auch im Bereich von Angeboten für Kinder im Übergang zum Sekundarbereich (ca. 10-13 Jahre) und bei wohnortnahen Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche.

Ein leicht zugängliches Stadtteilzentrum am Lindenberg bietet aus ASD-Sicht daher viele Chancen. Es wäre für junge Menschen und ihre Familien ein Gewinn, sowohl als attraktiver Treffpunkt wie für das Kennenlernen von Freizeitmöglichkeiten, die bestenfalls in Vereinsanbindungen münden. Entwicklungen und Bedarfe im Stadtteil wären im Blick und die Akzeptanz für z.B. Runde Tische im Stadtteil würde erhöht. Daneben können Beratungsangebote des ASD vor Ort stattfinden, die Raumknappheit in der städtischen Verwaltung würde teilweise kompensiert und fußläufige Beratungsmöglichkeiten für Familien ermöglicht.

### 3. Personal- und Sachkosten

Zur Herrichtung / dem Umbau des derzeitigen Gemeindehauses haben Gespräche mit der Kirchengemeinde und des von ihr beauftragten Architekturbüros stattgefunden. Aufgrund der vorhandenen räumlichen Ausstattung sind lediglich kleinere – meist Trockenbau- Arbeiten erforderlich. Zusätzlich müssen die erforderlichen Brandschutzvorschriften baulich umgesetzt werden. Die erforderlichen Anträge auf Nutzungsänderung wird die Kirchengemeinde bei der Bauaufsicht einreichen. Der Mietpreis wird sich im Rahmen der ortsüblichen Miethöhe bewegen (vergl. dazu die separate Vorlage). Die Nutzung kann ab Januar 2022, frühestens aber nach Fertigstellung der baulichen Erfordernisse und der vorliegenden Nutzungsgenehmigung erfolgen.

Das Detailkonzept des Stadtteilzentrums soll unter breiter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und in Abstimmung mit freien Trägern erfolgen. Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft gem. §78 SGB VIII haben konstruktive Planungsgespräche mit den bei der Erstellung des aktuellen Kinder- und Jugendförderungsplans beteiligten Vereine und Verbände stattge-

funden und werden fortgesetzt. Die Konzeption soll im Kontext der aktuellen Förderprogramme „Aufholen nach Corona“ insbesondere für die Arbeitsfelder nach den §§ 11-13 SGB VIII (Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendsozialarbeit) erfolgen und entsprechend der Hinweise des für u.a. für Kinder, Jugend und Integration zuständigen Ministeriums des Landes NRW gezielt eingesetzt werden.

#### Angebote und Dienste (Eckpunkte)

Angebot	Wer?	Kosten	Refinanzierung 2022
Angebote Offene Jugendarbeit	Zusätzliche Honorarkräfte zus. 0,5 Stelle Fachkraft soziale Arbeit Sachkosten	15.000 €  34.400 €  20.000 €	Präventionsmittel (im Haushalt veranschlagt) / und Förderprogramm 2 „Aufholen nach Corona“
Ausflüge und Freizeiten	Wie vor und vorhandene Fachkraftstunden		
Schulsozialarbeit	Wie vor und vorhandene Fachkraftstunden		
Tagesgruppe (EJA)	Evangelische Jugendhilfe	90.000 €	Teilstationäre Hilfen zur Erziehung (im Haushalt veranschlagt)
Sozialräumliches Gruppenangebot	Bildungswerk Sieg / Lahn	Ca. 5.000 €	Ambulante Hilfen zur Erziehung (im Haushalt veranschlagt)
Jugendsozialarbeit	Kath. Förderband	Ca. 5000 €	Präventionsmittel (im Haushalt veranschlagt) / und „Förderprogramm Aufholen nach Corona“
Koordination der Angebote und Stadtteilmanagement	Zus. 0,5 Stelle Fachkraft soziale Arbeit	34.400 €	Frühe Hilfen / Kinderstark NRW
Niedrigschwellige Angebote frühkindlicher Bildung (musikalische Früherziehung, Vorleseangebote, Kreativangebote)	Städt. Musikschule Honorarmittel	1.000 €	Frühe Hilfen
Familienfreizeiten / Wochenendfreizeiten oder Ausflüge/ Ausflüge mit kulturel-	Hier Kooperation mit anderen Akteuren im Stadtteil /		Programm „Aufholen nach Corona“ „Familienfreizeiten

<sup>2</sup> Zur Verteilung der Fördermittel wird die Verwaltung des Jugendamtes nach weiterer Abstimmung mit freien Trägern noch eine separate Beratungs- und Beschlussvorlage für den Jugendhilfeausschuss vorlegen.



Item Angebot			erleichtern“
Summe		204.800 €	

Die Kostendeckung erfolgt durch vorhandene Haushaltsmittel und durch zusätzlich zur Verfügung stehende Mittel aus den Programmen „Frühe Hilfen“, „Kinderstark NRW“, „Aufholen nach Corona“.

### Finanzplanung

**Investive Ausgaben 2021 für Ausstattung: ca. 30.000 €**

### **Ausgaben 2022**

Personalkosten 2 X 0,5 VZÄ Sozialpäd. Fachkräfte	68.800 €
Honorarmittel	15.000 €
Evangelische Erziehungshilfe und Jugendarbeit (EJA)	90.000 €
Gruppenangebote Freie Träger Fachkräfte Frühe Hilfen (Familien Hebamme / Familien-, Gesundheits-, Kinderpflegende)	11.000 €
Miete und Nebenkosten	ca. 65.000 €
Sachkosten	20.000 €
Summe	269.800 €

### **Finanzierung**

Vorhandene Haushaltsmittel und Förderprogramme:

06.01.01 / 5332001 für teilstationäre erzieherische Hilfen:	1.400.000 €
06.01.01 / 5331000 für ambulante Hilfen zur Erziehung:	3.200.000 €
06.03.01 / 5318800 Jugendsozialarbeit und Prävention:	179.700 €
06.02.02.00 / 5318000 und 5281000 Kinderstark NRW erhöhte Förderung durch Corona Aufholprogramm	77.411 €
06.02.02.03 / 5291000 und 5281000 Bundesstiftung Frühe Hilfen erhöhte Förderung durch Corona Aufholprogramm	101.429 € <sup>3</sup>

<sup>3</sup> Vorbehaltlich der Genehmigung eines bis zum 30.11.2021 zu stellenden Folgeantrags

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
269.800 € ab 2022 30.000 € (investiv) 2021	278.800			

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan  2021 / 2022	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit  179.700 € 1.400.000 € 3.200.000 € 77.411 € 101.429 €	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto 06.03.01 / 5318800 06.01.01 / 5332001 06.01.01 / 5331000 06.02.02 / 5318000 06.02.02 / 5291000
--	--	-------------------------------	---	--

## Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>			

Im Auftrag

gez.

Andree Schmidt  
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4, 5  
Bereich: ZGW, Schulen  
Bearbeitet von: Fr. Busch, Fr. Wieczorek, Fr. Uhr

Siegen, 16.09.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

**Haupt- und Finanzausschuss** **06.10.2021**

**Rat** **27.10.2021**

Kurzbezeichnung:

**Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung und außerplanmäßiger Mittel zur Errichtung des temporären Containergebäudes an der Albert-Schweitzer-Schule**

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt gemäß § 85 i. V. m. § 83 GO NRW die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe 1.540.000,00 € für die Maßnahme H030102105 – Albert-Schweitzer-Schule, Containerbau. Die Deckung erfolgt aus T120204084 - Kreisverkehr Schleifmühlchen -.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt gemäß § 83 GO NRW die Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel im Jahr 2021 in Höhe von 10.000 Euro für die Maßnahme H030102105 - Albert-Schweitzer-Schule, Containerbau Erweiterung -. Die Deckung erfolgt aus H130101000 – Stadtgärtnerei Neubau Sozialgebäude -.

### Sachverhalt / Begründung:

In der Vorlage „Ausbau der Albert-Schweitzer-Schule zur Erfüllung des Raumbedarfs – kurzfristiges Erfordernis eines Containerbaus“ (Nr. 391/2021) wurde dargestellt, dass für die Albert-Schweitzer-Schule im Übergang bis zur endgültigen Erfüllung des Raumbedarfes einer dann vierzünftig geführten Ganztagsgrundschule ein Containergebäude erworben werden muss.

Diesem Beschlussvorschlag zum Erwerb eines Containergebäudes wurde in der Ratssitzung vom 23.06.2021 zugestimmt.

Aufgrund der Bau- und Lieferzeiten für die Containeranlage ist es erforderlich, das Vergabeverfahren bereits im 4. Quartal 2021 zu beginnen.

Hierzu ist eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung i. H. v. 1.540.000 € erforderlich. Die Deckung kann aus T120204084 - Kreisverkehr Schleifmühlchen - erfolgen, da diese Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2021 nicht mehr vollständig in Anspruch genommen wird.

Außerdem werden bereits in 2021 Auszahlungsmittel i. H. v. 10.000 € für vorbereitende Maßnahmen benötigt. Die Deckung kann aus H130101000 – Stadtgärtnerei Neubau Sozialgebäude - erfolgen, da diese Maßnahme in diesem Haushaltsjahr nicht mehr umgesetzt werden kann.

**Finanzielle Auswirkungen** ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer
1.550.000,00 € 2021: rd. 10.000,00 € 2022: 1.540.000,00 €				<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

#### Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im Finanzplan  2022	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit  H030102105: 1.550.000,00 €	Kostenträger/ Investitionscode 01130200 Sachkonto 0978510 / 0978310
---	--	-------------------------------	--	---

#### Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>			

--

gez.

A. Schmidt  
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1 und 5

Siegen, 01.06.2021

Bereich: Fachberatung / Verw. Kindertagesstätten

Bearbeitet von: Johannes Werthenbach / Andree Schmidt

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Bezirksausschuss II - Siegen-Weidenau**

**22.06.2021**

**Kulturausschuss**

**07.09.2021**

**Haupt- und Finanzausschuss**

**06.10.2021**

Kurzbezeichnung:

**Sachstand zur Errichtung eines Ortes der Erinnerung an den ermordeten Siegener Bürger Bruno Kappi durch die Stadt Siegen**

### Beschlussvorschlag:

Der Bezirksausschuss Weidenau, der Kulturausschuss und der Haupt- und Finanzausschuss nehmen den Bericht und Planungsstand zur Errichtung eines Ortes der Erinnerung an den ermordeten Siegener Bürger Bruno Kappi zur Kenntnis.

Die städtischen Abteilungen sind aufgefordert, das Vorhaben weiter zu unterstützen.

### Sachverhalt / Begründung:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Universitätsstadt Siegen hat am 03.07.2019 der Anregung gem. § 24 GO NRW des Siegener Bündnisses für Demokratie zugestimmt, einen Ort der Erinnerung einzurichten. Dabei war Maßgabe, dass Planung, Organisation und Durchführung des Projektes durch die Petenten erfolgen.

Das Siegener Bündnis für Demokratie ist dem nachgekommen und hat den Planungs- und Durchführungsprozess begonnen. Hierfür wurde eine Projektgruppe eingerichtet.

Die Projektgruppe und auf deren Vorschlag die „Vollversammlung“ des Siegener Bündnisses für Demokratie haben sich zur künstlerischen Ausgestaltung auf eine Zusammenarbeit mit dem Künstler Olaf Neopan Schwanke und Umsetzung dessen Konzeptes entschieden.

Örtlichkeit des Erinnerungsortes

Der Erinnerungsort soll in unmittelbarer Nähe des Tatortes im Weidenauer EKZ entstehen, unmittelbar vor dem dortigen Kaufhaus, am Übergang vom Hauptmarkt über die Ferndorf zur Weidenauer Straße. Es handelt sich um städtische Grundstücksfläche. Eine grobe Abstimmung mit der Grünflächenabteilung hat stattgefunden.

Inwiefern dort durch Veränderungen im Straßen-/Gehwegsbelag und den Grünbereichen eine insgesamt Aufwertung des Bereichs vorgenommen werden kann, muss noch abgestimmt werden.

(Aus-)Gestaltung des Erinnerungsortes

Der Erinnerungsort soll mit einer Bronzeplatte und einer figurativen Plastik ausgestaltet werden.

Die Bronzeplatte soll mit den Maßen 55 cm x 55 cm und einer „Dicke“ von 2 – 5,5 cm in den Boden eingelassen werden. Neben einem Portrait des Gewaltopfers Bruno Kappi werden auch zwei Texte, eine Kurzform der Texte in Brailleschrift und ein QR-Code, mit dem man auf detaillierte Informationen geführt wird, auf der Platte zu sehen sein.

Die figurative Plastik wird ca. 111 cm hoch sein und eine Standbreite von ca. 40 cm haben. Die Plastik wird aus Bronze und in der für den Künstler typischen surrealen Stilisierung als „Augenmännchen“ gegossen. Ihr Blick wird in ca. 150 cm Abstand auf die Bronzeplatte gerichtet sein.

Ausdrücklich ging und geht es bei der Entscheidung nicht um das Gefallen und den Geschmack der künstlerischen Ausgestaltung, sondern um die Intention des Künstlers. So drückt die Plastik mit krummen Rücken, aufgerissenem, stilisierten Auge, nackt und an den Kopf geführten Armen das „blanke Entsetzen“ über die grausame, menschenverachtende Gewalttat aus. Zugleich drückt sie Demut und eine pietätsvolle Neigung vor dem Opfer aus.

Finanzierung

Die Finanzierung des Erinnerungsortes wird fast ausschließlich durch Spenden und Sponsoring erfolgen. Das Siegener Bündnis für Demokratie hat eine entsprechende Spendensammlung im Dezember 2020 gestartet. Das Spendenkonto wurde bei einem gemeinnützigen Verein, der Mitglied des Bündnisses ist, eingerichtet. Derzeit sind auf dem Spendenkonto 5.984,05 €. Gezielte öffentlichkeitswirksame Aktionen und Ansprache von Spendern sind vorgesehen.

In den Sitzungen werden die Ausführungen mündlich ergänzt.



Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme  sind noch zu ermitteln	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
--	-----------------------	-----------------------------	--	--

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

## Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>          			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>          			

Im Auftrag

gez.

Andree Schmidt  
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 2  
Bereich: Gewerbe und Verkehrsüberwachung  
Bearbeitet von: Herrn Schmelzer

Siegen, 09.09.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

**Haupt- und Finanzausschuss** **06.10.2021**

**Rat** **27.10.2021**

Kurzbezeichnung:

### **Aufstockung des Personals der Verkehrsüberwachung**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Universitätsstadt Siegen empfiehlt dem Rat die in der Vorlage dargestellte Aufstockung des Personals (Variante 1 oder 2) zur Überwachung des ruhenden Verkehrs im Stellenplan 2022 und die Ausweitung der Dienstzeiten zu beschließen und die Verwaltung mit der Umsetzung zu beauftragen.

#### **Sachverhalt / Begründung:**

##### **1) Allgemeines**

Seit den 80er Jahren wurden die Überwachungen des ruhenden und zunehmend auch des fließenden Verkehrs von der Polizei auf die Kommunen, so auch auf die Universitätsstadt Siegen, verlagert.

Im Verkehrssicherheitsprogramm des Ministeriums für Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen wird dargelegt, welche Bedeutung die kommunale und polizeiliche Verkehrsüberwachung für die Sicherheit im Straßenverkehr hat:

- Prävention statt Nachsorge und Opferbetreuung sowie
- Verkehrssicherheit durch Überwachung

Jedes Jahr kommt eine Vielzahl von Personen im Straßenverkehr ums Leben oder wird schwer verletzt. Gründe sind neben Hauptunfallursachen, wie nicht angepasste Geschwindigkeit und Fahren unter Alkoholeinfluss, u.a. auch zugeparkte Gehwege auf Schul- und Kindergartenwegen, welches

Kinder oftmals zum Benutzen der Fahrtbahn zwingt. Gerade der Schutz der schwächsten Verkehrsteilnehmer, von Kindern, Radfahrern, Behinderten und älteren Menschen, sollte im Fokus der Verkehrsüberwachung stehen.

Durch die zuvor genannten Aspekte wird deutlich, welche Bedeutung einer umfangreichen und flächendeckenden Überwachung des fließenden und ruhenden Verkehrs durch die Stadt Siegen zukommt. In der Vergangenheit wurde seitens BürgerInnen und Politik bereits mehrfach der Wunsch nach einer Ausweitung der Kontrollzeiten und der Intensität der Verkehrsüberwachung an Wochentagen sowie Wochenenden vorgebracht.

Auf Antrag eines Bürgers nach § 24 GO im Januar 2019 auf Ausweitung der Kontrollzeiten und des Personals wurde der HFA erstmals mit der Thematik befasst. In der Auseinandersetzung mit der Angelegenheit verständigte man sich darauf, die personelle Situation der Verkehrsüberwachung im Stellenplangespräch 2019 zu thematisieren. Im Stellenplangespräch wurde vereinbart, verschiedene Möglichkeiten zu prüfen, die einen effektiven Kosten-Nutzen-Faktor bieten. Für die favorisierte Lösung mussten zunächst umfangreichere Recherchen bezüglich einer Softwareunterstützung vorgenommen werden. Die Softwarefirma hat in der 5. KW 2021 signalisiert, dass die Umsetzung durchführbar wäre.

Ein entsprechender Vorschlag zur organisatorischen und personellen Veränderung in diesem Bereich wird nachstehend dargelegt.

## **2) Ausgangslage Verkehrsüberwachung**

Im Folgenden wird die (personelle) Ausgangslage der Verkehrsüberwachung skizziert.

### **2.1) Verkehrsüberwachung Außendienst**

#### Stellenbesetzung

Im Außendienst der Verkehrsüberwachung stehen derzeit laut Stellenplan 14,28 Vollzeitäquivalente (VZÄ) zur Verfügung. Diese Arbeitszeitanteile sind auf 16 Verkehrsüberwachungskräfte wie folgt verteilt:

2,00 VZÄ	Fahrzeug für die mobile Geschwindigkeitsüberwachung
4,00 VZÄ	Fahrende Streife
8,28 VZÄ	Fußstreife

#### Bezirkseinteilung/Generelle Dienstzeiten

Die Bezirke der Fuß- und fahrenden Streifen sowie die entsprechenden Dienstzeiten einschließlich der mobilen Geschwindigkeitsüberwachung stellen sich wie folgt dar:

#### Mobile Geschwindigkeitsüberwachung:

<i>Bezirke</i>	Messstellen ganzes Stadtgebiet
<i>Dienstzeiten</i>	06:00 — 22:00 Uhr
montags bis freitags	

#### Fahrende Streife:

<i>Bezirk 12/13</i>	Eiserfeld, Eisern, Niederschelden, Gosenbach, Oberschelden, Achenbach, Trupbach, Seelbach
<i>Bezirk 14</i>	Kaan-Marienborn, Bürbach, Volnsberg, Breitenbach, Feuersbach,
<i>Bezirk 15</i>	Geisweid Außenbezirke, Birlenbach, Langenholdinghausen, Buchen, Sohlbach, Meiswinkel, Obersetzen, Untersetzen
<i>Bezirk 16/17</i>	Weidenau Außenbezirke

<i>Dienstzeiten</i>	06:00 — 14:20 Uhr
montags bis freitags	12:30 — 20:50 Uhr

*Fußstreife:*

<i>Bezirk 1/2</i>	Oberstadt
<i>Bezirk 3/4</i>	Unterstadt (Innenstadt, Heeserstrasse, Kirchweg)
<i>Bezirk 5/6</i>	Unterstadt (Friedrichstrasse)
<i>Bezirk 7</i>	Geisweid Innenstadt
<i>Bezirk 8/9/11</i>	Weidenau

<i>Dienstzeiten</i>	08:00 — 16:20 Uhr
montags bis freitags	10:40 — 19:00 Uhr

*Dienstzeiten bezirksbezogene besondere Bedarfe*

Die v.g. Dienstzeiten gelten grundsätzlich von montags bis freitags. In besonderen Fällen, z.B. im Zusammenhang mit Veranstaltungen oder bei Problemlagen, wird auch außerhalb der genannten Zeiten im Stadtgebiet kontrolliert.

<i>Anwohnerparkplätze</i>	Da Anwohnerparkplätze immer wieder durch „Fremdparker“ belegt und Anwohnern daher zu wenige Parkflächen zur Verfügung haben, besteht in den Bereichen der Anwohnerzonen hoher Überwachungsbedarf.
<i>Gastronomiebetriebe</i>	Die beschriebene Problematik wird vor allem in den Sommermonaten durch innerstädtische Gastronomiebetriebe, deren Gäste zusätzlich Parkraum belegen, verschärft. Deswegen ist auch in Bereichen mit einer hohen Anzahl an gastronomischen Angeboten eine intensivere Bestreifung notwendig.
<i>Wochenende</i>	An Wochenenden, an denen innerstädtisch ebenfalls großer Bedarf besteht, findet eine Parkraumüberwachung derzeit nur samstagsvormittags in Siegen Mitte statt. Darüber hinaus nur anlassbezogen bei Veranstaltungen.
<i>Wochen- und Flohmärkte</i>	Momentan erfolgen in den Sommermonaten alle 4 Wochen Kontrollen samstags im Bereich des Geisweider Flohmarktes sowie wöchentliche Kontrollen samstagsvormittags im Bereich des Wochenmarktes in der Innenstadt (derzeit nur freiwillig möglich).
<i>Fahrradwege</i>	Es besteht ein hoher Bedarf der Bestreifung der gesamten Fahrradwege im Stadtgebiet, da diese von einer Vielzahl von Verkehrsteilnehmern - anders als bereits in anderen Städten - noch nicht eine entsprechende Akzeptanz erfahren und oftmals zugeparkt werden.

Dieser Umstand betrifft nicht nur „neu“ geschaffene Fahrradwege, sondern es wird eine (noch) fehlende generelle Akzeptanz gesehen.

Betreffend aller v.g. bezirksbezogenen Bedarfe ist zu nennen, dass erhöhter Bedarf anlassbezogen oftmals erst zu Zeiten entsteht, in denen die Fußstreifen ihren Dienst beendet haben. Bislang wurden daher die fahrenden Streifen im Spätdienst in den innerstädtischen Bereich abgezogen. Eingesetzt als Fußstreife vermögen die 2 Mitarbeiter angesichts der Zuständigkeit für den gesamten Innenstadtbereich jedoch nur punktuell gegen Parkverstöße vorzugehen.

## **2.2) Verkehrsüberwachung Innendienst**

### Stellenbesetzung

Im Innendienst der Verkehrsüberwachung sind derzeit 8,641 VZÄ eingesetzt. Die eingesetzten Personen sind für das derzeitige Fallaufkommen ausreichend, soweit die Stelle im Überhang zukünftig dauerhaft dem Stellen-Soll zugewiesen wird.

### Prognostische Entwicklungen

#### Radarwagen:

Mitte 2021 wird der vorhandene Radarwagen durch ein neues Fahrzeug für die Verkehrsüberwachung ersetzt.

Die demnächst neu eingesetzte Technik zur Geschwindigkeitsüberwachung wird durch Überwachung mehrerer Fahrbahnen in beide Fahrtrichtungen eine größere Anzahl an Geschwindigkeitsverstößen und mutmaßlich auch Verfahren nach sich ziehen.

Nachdem die entsprechenden Fallzahlen vorliegen und ausgewertet wurden, wird die Situation der Personalbemessung im Innendienst neu zu bewerten sein. Die ersten validen Zahlen werden voraussichtlich zu Beginn des 4. Quartals 2021 vorliegen.

### Novellierung des Tatbestandskatalogs

Im April 2020 ist eine Novellierung des Tatbestandskatalogs durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) in Kraft getreten, die allerdings zwischenzeitlich auf Grund eines Formfehlers wieder außer Kraft gesetzt wurde und zu einem späteren Zeitpunkt, nach erfolgter Überarbeitung, die bisherigen Vorschriften ersetzen soll. Unter anderem hat die Situation im April 2020 jedoch gezeigt, dass durch erhöhte Rahmensätze für Verwarn- und Bußgelder eine erhebliche Mehrarbeit auf den Stellen des Innendienstes durch eingelegte Einsprüche und Beschwerden zu erwarten ist.

Hier müsste dann zu gegebenem Zeitpunkt eine Anpassung des Personals vorgenommen werden.

### Mehrpersonal Außendienst:

Bei einer Optimierung der Verkehrsüberwachung ist davon auszugehen, dass mehr Verstöße festgestellt werden, so dass wiederum eine höhere Anzahl von Verfahren im Innendienst zu bearbeiten sind.

### **3) Vorschlag zur organisatorischen Veränderung und zum Personalbedarf**

In der Arbeitsgruppe 2/2-2 Gewerbe und Verkehrsüberwachung ergeben sich auf Grundlage der v.g. Ausführungen folgende organisatorische und personelle Veränderungsbedarfe:

#### **3.1) Verkehrsüberwachung Außendienst**

##### Allgemeines

Unabhängig von den nachstehend aufgeführten Dienstzeiten und Personalbedarfen gilt grundsätzlich, dass der Einsatz des verfügbaren Personals möglichst flexibel und bedarfsorientiert erfolgen muss. Die genannten Einsatzstärken sollen bei besonderen Bedarfen oder neuen Problempunkten dergestalt angepasst werden, dass z.B. der Personaleinsatz an den Wochenenden erhöht wird, wenn sich neben Veranstaltungen ein zusätzlicher Überwachungsbedarf ergibt. Es wäre dann möglich nicht nur zwei, sondern vier oder mehr MitarbeiterInnen einzusetzen. Im Ausgleich würde eine bewusste Reduzierung zu anderen Zeiten und/oder an anderen Orten in entsprechendem Umfang bei der Überwachung z.B. während der Woche erfolgen. In vergleichbarer Art und Weise würde bei Bedarf eine Verstärkung der fahrenden Streife erfolgen. Gleiches gilt für die geplanten Einsatzzeiten. Auch hier soll im Bedarfsfall eine Ausweitung/Verstärkung erfolgen, z.B. im Zeitraum März - Oktober eine Verlängerung des Dienstes ebenfalls auf 22.00 Uhr, der ein Ausgleich in entsprechendem Umfang, z.B. durch späteren Dienstbeginn gegenübersteht. Der genannte Zeitraum ist lediglich exemplarisch genannt. Die Einsatzzeiten des Personals sollen flexibel an die verschiedenen Gegebenheiten (Veranstaltungen, Events, etc.) angepasst werden.

Dadurch wird es ermöglicht, mit einem vertretbaren Personalmehraufwand die vorgesehenen und neu entstehenden Verkehrsüberwachungsaufgaben wahrzunehmen.

##### IT – Beschaffung

Für Ende diesen Jahres ist die Beschaffung eines weiteren Moduls der bereits derzeit in der Verkehrsüberwachung eingesetzten Software WINOWiG geplant. Das neue Modul nennt sich „WINOWiG Auftragsmanagement“ und wird eine sinnvolle Ergänzung der bisherigen Software darstellen. Neben einer medienbruchfreien Kommunikation zwischen Innen- und Außendienst der Verkehrsüberwachung wird auch die Anbindung weiterer Organisationseinheiten möglich und geplant.

Die durch eine Schnittstelle mit WINOWiG verbundene sog. „Mängelmelder-App“ wird es BürgerInnen beispielsweise ermöglichen, neben illegalen Müllablagerungen, defekten Ampeln oder fehlenden Verkehrszeichen, auch potenzielle Parkvergehen wie zum Beispiel zugeparkte Feuerwehrezufahrten und Behindertenparkplätze mitteilen zu können. Etwaige Behinderungen oder Gefährdungen werden für den Außendienst im sog. „Auftragspool“ sichtbar, was ermöglicht, dass diesen unmittelbar nachgegangen werden kann.

Bislang laufen Beschwerden, die außerhalb der regulären Dienstzeiten des Innendienstes - zumeist per Mail oder Nachricht auf dem Anrufbeantworter - eingehen, oftmals zunächst ins Leere, da der Außendienst erst am Folgetag entsprechende Informationen erhält. Durch die Nutzung der App würde diese Verzögerung entfallen und die Anliegen der BürgerInnen effizienter bearbeitet.

##### Dienstzeiten

Eine Ausweitung der Dienstzeiten der Verkehrsüberwachung ist an den tatsächlichen örtlichen Bedarf und an die stattfindenden Veranstaltungen anzupassen. Vor diesem Hintergrund wird die Ausweitung der Verkehrsüberwachung durch die Fußstreife auf folgende Dienstzeiten vorgeschlagen:

*Oktober bis März*

Montag – Freitag	08:00 - 16:18 Uhr 11:42 - 20:00 Uhr	
Samstag	08:00 - 14.00 Uhr 14.00 - 22.00 Uhr	Innenstadt + Wochenmarkt Innenstadt, Weidenau und Geisweid

*April bis September*

Montag – Freitag	08:00 - 16:18 Uhr 13:42 - 22:00 Uhr	
Samstag	08.00 - 14.00 Uhr 14.00 - 22.00 Uhr	Innenstadt + Wochenmarkt Innenstadt, Weidenau und Geisweid
Sonntag	bedarfsorientiert	Veranstaltungen, Jahrmärkte

Personalbedarf**Variante 1 (minimale Lösung):**

## Fuß- und fahrende Steife:

Montags bis freitags	Um die Bezirke unter der Woche in 2 Schichten bedarfsorientiert einschließlich der Ausweitung der Kontrollzeiten, der gesicherteren „Brennpunkt“- Bestreifung sowie der Bearbeitung anlassbezogener Beschwerden aus dem Auftragspool ausreichend zu kontrollieren, würden zusätzlich mindestens 4 VZÄ benötigt.
Samstags	Um die Bezirke wie gewünscht, nunmehr auch samstags zu bestreifen, würden aus dem dann wie v.g. aufgestockten Personal ebenfalls mindestens 4 VZÄ eingesetzt.
Sonntags	Die Bestreifung der Bezirke an Sonntagen sollte in Form von Sonderdiensten zunächst im Umfang von 15 Tagen pro Jahr stattfinden. Die Notwendigkeit für diese Sonderdienste entsteht insbesondere bei Veranstaltungen, Jahrmärkten oder bei Zuwachs von Stadtbesuchern, bedingt durch besonders schönes Wetter. Ebenso kann ein Einsatz im Umfeld von publikumsintensiven gastronomischen Angeboten oder Freizeiteinrichtungen in Betracht kommen.

**Variante 2 (erweiterte Lösung):**

## Fuß- und fahrende Steife:

Montags bis freitags	Um der gewünschten Ausdehnung der Kontrollen des ruhenden Verkehrs mithilfe des Auftragspools und der damit zunehmenden Fall-
----------------------	---



zahlen flexibel nachgehen zu können werden unter der Woche in 2 Schichten zusätzlich 8 VZÄ benötigt.

Samstags	Um die Bezirke auch samstags nicht nur flexibel zu bestreifen und bei anstehenden Veranstaltungen für besondere Sicherheit zu sorgen, sondern auch weiterhin die Bearbeitung anlassbezogener Beschwerden aus dem Auftragspool großzügig zu kontrollieren, würden ebenso zusätzlich 8 VZÄ aus dem aufgestockten Personal eingesetzt.
Sonntags	Die bedarfsorientierte Bestreifung an Sonntagen sollte wie v.g. im Umfang von 15 Tagen pro Jahr stattfinden. Um die Bezirke für diese Sonderdienste ausreichend zu bestreifen, vor allem bei erhöhtem Überwachungsbedarf z.B. durch Veranstaltungen oder Jahrmärkte, insbesondere bei schönem Wetter würden 8 VZÄ eingesetzt.

Bezugnehmend auf die Einführung der „Mängelmelder-App“ und dem daraus resultierenden Mehraufwand, der potenziell entsteht, wenn Bürger die Möglichkeit haben über die App auch außerhalb der Öffnungszeiten Meldungen dem Ordnungsamt mitzuteilen, ergibt sich eine Veränderung der Personalbedarfe. Eine flächendeckende, zeitlich erweiterte Bestreifung des Stadtgebietes durch Mitarbeiter (Fußstreife) erfordert einen hohen Einsatz an Personal, der besonders außerhalb der Hauptverkehrszeiten nicht umsetzbar ist.

Um die Bearbeitung der Anliegen durch die „Mängelmelder-App“ flexibler gestalten zu können, soll dies in Form einer fahrenden Streife erfolgen, diese kann variabel die verschiedenen Stadtgebiete nach aktuellem Bedarf aufsuchen und zügig Abhilfe schaffen.

Vorgesehen für den voraussichtlichen Arbeitsaufwand sind nach Variante 1 jeweils zwei fahrende Streifen mit zwei Mitarbeitern und nach Variante 2 jeweils vier fahrende Streifen mit vier Mitarbeitern. Der Einsatz soll bevorzugt zu den Zeiten erfolgen, wo bis jetzt gerade dann Verstöße mangels Verfügbarkeit von Personal oft nicht nachgegangen werden konnte (beispielsweise am Wochenende oder abends). Gleichzeitig soll flexible Planung ermöglicht werden, die durch Erfahrungswerte nach einiger Zeit stetig angepasst werden kann. Der erhöhte Personaleinsatz am Wochenende soll durch die Schaffung von den vier bzw. acht neuen Arbeitsplätzen kompensiert werden.

Durch den Einsatz dieser zusätzlichen Mitarbeiter kann bei gravierenden Verstößen im ruhenden Verkehr, wie Parken auf den Geh- und Radwegen oder in Feuerwehranfahrtszonen, rechtzeitig und effizient Abhilfe geschaffen werden, sodass es zu keiner unmittelbaren Gefährdung für die Bürger kommt. Langfristig werden Hotspots effektiv erkannt und gefährliche sowie sicherheitsrelevante Parkverstöße eingedämmt.

Zugleich bietet dies die Möglichkeit herauszufinden, was von Anwohnern und Bürgern am meisten als störend empfunden wird, um darauf dann unmittelbar mit dem zusätzlichen Personal zu reagieren.

Auch in anderen Städten wurde dieses Modell bereits erfolgreich umgesetzt und die unbürokratische Möglichkeit für die Mitteilung von Mängeln geschätzt. Seit einiger Zeit hat zum Beispiel die Stadt Fürth durch die FürthApp die Möglichkeit geschaffen, Mängel im öffentlichen Raum zu melden. Im Zeitraum von Ende Januar 2018 bis Mitte März 2019 gingen mit 347 Meldungen ein Drittel von insgesamt 1073 Parkverstößen ein. Diese Anzahl an eingegangenen Meldungen zeigt, dass es besonders in diesem Bereich Bedarf gibt, näher hinzuschauen und Mängel zu beheben.

Die Tätigkeit erfordert ein hohes Maß an Eigenständigkeit sowie gesteigerte Qualifikationen, da hier eine abschließende Bearbeitung eines Falles erfolgt, die außerhalb der Dienstzeiten des Innendienstes vollständig von den Mitarbeitern im Außendienst geleistet werden muss.

Mobile Überwachung:

Betreffend die mobile Überwachung ergibt sich derzeit kein Veränderungsbedarf. Die angemietete semistationäre Messanlage erfordert Personaleinsatz nur für die Verlegung des Standortes und kann ansonsten autark betrieben werden.

Insgesamt:

Wie den vorgenannten Ausführungen zu entnehmen ist, sind für die dargestellte Bestreifung der Bezirke im Rahmen der v.g. Dienstzeiten insgesamt mindestens 4 VZÄ bzw. bei der erweiterten Variante 8 VZÄ erforderlich.

Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Aufstockung des Außendienstes entstehen zunächst Mehrkosten in Höhe von ca. 55.000 € je Außendienstmitarbeiter, legt man die „Kosten je Arbeitsplatz“ nach KGSt zu Grunde. Dies würde bei 4 Mehrstellen Mehrkosten in Höhe von 220.000 € zur Folge haben (entsprechende Verdopplung der Kosten bei Variante 2). Demgegenüber stehen Einnahmen aus der Verkehrsüberwachung des ruhenden Verkehrs je Mitarbeiter unter Voraussetzung eines durchschnittlichen Krankenstandes gemäß KGSt. Bei einem „normalen“ Krankenstand des/der MitarbeitersIn werden die Personalkosten voraussichtlich durch die erzielten Einnahmen gedeckt sein.

Weitere Kostenpunkte:

- Dienst- und Schutzkleidung: Für Dienst- und Schutzkleidung werden pro Mitarbeiter pro Jahr 900,00 € veranschlagt.
- Diensthandy: Ein Außendienstmitarbeiter erhält ein Diensthandy. Die Anschaffung eines Handys erfolgt über einen Leasingvertrag. Der Vertrag kostet aktuell 35,70 € pro Monat/428,40 € p.a.
- Eine zusätzliche Beschaffung von Fahrzeugen für den Außendienst (Fußstreife) wird nicht benötigt. Zu den Einsatzorten wird mit privateigenem PKW gefahren. Dort fallen die gewohnten 0,30 € pro gefahrenem Kilometer an. Erfahrungsgemäß liegen die Kosten hier im Schnitt bei ca. 350 € pro MA pro Monat/4.200 € p.a.
- Anschaffung von Spinden: Die Kosten pro Spind werden auf 100,00 € geschätzt.
  - ➔ Einmalige Kosten pro Mitarbeiter = 100,00 € (Spind)
  - ➔ Kosten pro Jahr pro Mitarbeiter = 5.528,40 € (Kleidung, Handy, Fahrtk.)

**3.2) Verkehrsüberwachung Innendienst**

Die personelle Situation im Innendienst der Verkehrsüberwachung wird - wenn alle Stellen wiederbesetzt sind - unter den jetzigen Voraussetzungen als ausreichend angesehen. Sollten die Fallzahlen bezüglich der Umweltzone im aktuellen Umfang bestehen bleiben, muss die bearbeitende Stelle zukünftig regulär in den Stellenplan aufgenommen werden.

Sollte einer Ausweitung der Kontrollzeiten, respektive der Aufstockung des Personals im Außendienst zugestimmt werden, so ist das Personal im Innendienst an die dann steigenden Fallzahlen entsprechend quantitativ anzupassen.

Folgekosten im Innendienst bei entsprechender Personalaufstockung im Außendienst (bei Lösung 1):

Erfasste Fälle 2020 ruhender Verkehr	=	<b>46.024</b> Fälle
Momentane Stellen Außendienst (abzüglich mobile Streife)	=	<b>12,28</b> Stellen
Fälle pro Mitarbeiter im Außendienst (46.024 / 12,28)	=	<b>3748</b> Fälle (gerundet)
Fälle bei linearem Fallanstieg durch 4 Mehrstellen im Außendienst ruhender Verkehr	=	15,91 * 3748 = <b>59.631</b>
Momentane Stellen Innendienst (abzüglich 2 für den fließenden Verkehr)	=	<b>6,641</b> Stellen
Zu bearbeitende Fälle Innendienst ruhender Verkehr mit der aktuellen Besetzung	=	46.024/6,641 = <b>6.930</b> Fälle
Theoretischer Bedarf Innendienststellen	=	59.631 / 6930 = <b>8,60</b> Stellen
Bedarf	=	8,60 – 6,641 = <b>1,96</b> Stellen
Kosten Innendienstmitarbeiter, EG 5, Stufe 3	=	<b>55.000 €/Jahr</b> nach KGSt
<b>Jährliche Mehrkosten Lösung 1</b> €	=	<b>55.000 € x 1,96 St. = 107.800</b>

Bei Lösung 2 (erweiterte Lösung) verdoppelt sich der Personalmehrbedarf, so dass sich folgende Mehrkosten ergeben:

<b>Jährliche Mehrkosten Lösung 2</b> €	=	<b>55.000 € x 3,92 St. = 215.600</b>
---	---	--------------------------------------

#### 4) Zusammenfassung

- Aus den dargestellten Informationen wird deutlich, dass mit dem aktuellen Personalbestand die Aufgabe der Verkehrsüberwachung entsprechend der derzeitigen Bedürfnisse grundsätzlich wahrgenommen werden kann. Wenn zusätzlich die gewünschte und sinnvolle Ausdehnung der Kontrollen des ruhenden Verkehrs erfolgen soll, ist mehr Personal erforderlich. Nicht nur der eingangs erwähnte Bürgerantrag, sondern eine Vielzahl von Wünschen aus Bevölkerung und Politik sprechen dafür. Die umfangreichen Regelungen, die Zunahme des Fahrzeugbestandes und eine sinkende Bereitschaft, eigenes Fehlverhalten einzugestehen, machen sowohl die tägliche Arbeit für den Außendienst der Verkehrsüberwachung als auch die Bearbeitung im Innendienst anspruchsvoll und durchaus belastend.

Mit den vorgeschlagenen Varianten der Personalaufstockung, der Ausweitung der Dienstzeiten und der Flexibilisierung des Einsatzes soll es ermöglicht werden, den gestiegenen Anforderungen an die

Verkehrsüberwachung bei höherem Parkplatzdruck zu entsprechen, um unerwünschte Auswüchse im Parkverhalten einzudämmen und dem Auftrag, die schwächeren Verkehrsteilnehmer zu schützen, zuverlässig nachzukommen. Die dargestellten Personalbedarfe und Einsatzzeiten ergeben sich aus den Erfahrungen im täglichen Dienstbetrieb in Verbindung mit dem Beschwerdeaufkommen und sind an der Praxis ausgerichtet. Eine regelmäßige Anpassung der Einsatzkriterien ergänzt die Wirksamkeit der Verkehrsüberwachung und trägt zum Erreichen der eingangs genannten Ziele bei.

Abschließend werden die geschätzten finanziellen Auswirkungen beider Varianten in tabellarischer Form gegenübergestellt:

	<b>Variante 1</b> (minimale Lösung mit zusätzlichen 4 Außendienst- und 1,96 Innendienstkräften)	<b>Variante 2</b> (erweiterte Lösung mit zusätzlichen 8 Außendienst- und 3,92 Innendienstkräften)
Einmalige Kosten	AD: 4 Spinde: 400 €	AD: 8 Spinde: 800 €
Kosten pro MA p.a.	<u>AD - Personalkosten:</u> 55.000 € * 4 = 220.000 € <u>AD - Kleidung, Handy, Fahrtk.:</u> 5.528,40 € * 4 = rd. 22.100 € <u>ID - Personalkosten:</u> 107.800 €	<u>AD - Personalkosten:</u> 55.000 € * 8 = 440.000 € <u>AD - Kleidung, Handy, Fahrtk.:</u> 5.528,40 € * 8 = rd. 44.200 € <u>ID - Personalkosten:</u> 215.600 €
<b>SUMME Mehrkosten</b>	<b>einmalig: 400 €</b> <b>jährlich: 349.900 €</b>	<b>einmalig: 800 €</b> <b>jährlich: 699.800 €</b>

Die Anzahl der Innendienstkräfte wurde in direkter Relation zu den AD-Kräften errechnet. In Absprache mit der Organisationsabteilung wird hier ggf. zunächst ein geringerer Stellenanteil zur Verfügung gestellt und in Abhängigkeit zur Fallzahlenentwicklung angepasst.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

#### Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

#### Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>
<input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein

<input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>			

gez.

Arne Fries  
Stadtrat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.